

**2. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Mittwoch, 17. November 2010
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 23.10 Uhr**

Anwesend sind: 47 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler, 2. Heinz Eng, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Alexandra Kämpf,
6. Urs Knapp, 7. Stefan Nünlist, 8. Dr. Max Pfenninger, 9. Daniel Probst, 10. Andreas Schibli,
11. René Wernli, 12. Christian Wüthrich, 13. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Corinne Bader, 3. Ramazan Balkaç, 4. Rolf Braun,
5. Lukas Derendinger, 6. Werner Good, 7. Thomas Marbet, 8. Huguette Meyer Derungs,
9. Dr. Rudolf Moor, 10. Dr. Arnold Uebelhart, 11. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Patrick Kissling, 5. Thomas
Pfluger, 6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller (ab 19.30 Uhr)

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Anita Huber, 3. Sandra Näf, 4. Theo Schöni, 5. Patrick Weibel,
6. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Markus Flury, 3. André Köstli, 4. Domenico Maiolo, 5. Christian Werner,
6. Marc Winistörfer, 7. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Franco Giori, Leiter Sicherheitsdienste
Mark Haggenmüller, Polizeikommandant
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Markus Sieber, Finanzverwalter
Sven Wagner, Feuerwehrkommandant

Entschuldigt abwesend:

Daniel Schneider
Luzia Stocker Rötheli
Anna Engeler

Vorsitz: Heinz Eng

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
 2. Mitglieder des Gemeindeparlaments/Demissionen
 3. Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitgliedes
 4. Kommission für Öffentliche Sicherheit/Demission und Ersatzwahl
 5. Sportkommission/Demission
 6. Kommission für Stadtentwicklung/Ersatzwahl
 - * 7. Dringliche Motion Stephan Hodonou /EVP) betr. Liegenschaftsstiftung/Frage der Dringlichkeit
 7. Voranschlag 2011/Genehmigung
Mit dem Voranschlag in Zusammenhang
 - 7.1 Personalwesen, Lohnanpassung/Festlegung Budgetgrundlage
 - 7.2 Sek-I-Reform, Schulraumplanung, Werkenpavillon Frohheim/Projekt- und Kreditgenehmigung
 - 7.3 Sälischulhaus, Asbestsanierung/Kreditbewilligung
 - ** 8. Führung Stadtratsgeschäfte und Geschäftskontrolle/Berichterstattung
 9. Disteli-Haus, Veräusserung/Genehmigung
- * Ergänzung der Traktandenliste
** folgt am 18.11.2010

* * *

Parlamentspräsident Heinz Eng: Mit dem französischen Proverbe „Avant l’heure, c’est pas l’heure“ et après l’heure c’est plus l’heure“ begrüsse ich Sie Frau Stadträtin, Herren Stadträte, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, Vertreter der Presse, zur heutigen Parlaments-sitzung.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Heinz Eng:

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 24. Juni 2010 ist vom Büro am 2. November 2010 definitiv genehmigt worden.

* * *

Referendumsvorlage/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 16. September 2010 folgendem Geschäft zugestimmt:

- Stadtentwicklung Olten/Neuorganisation und Stellenbewilligung
(*Beschluss Ziffer 1./2.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 21. September 2010 und die Referendumsfrist ist am 21. Oktober 2010 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehende Vorlage in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und der Beschluss somit rechtskräftig ist.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliche Motion Stephan Hodonou (EVP) und Mitunterzeichnende betr. Schaffung einer Liegenschaftsstiftung Olten Ost
Postulat Stephan Hodonou (EVP/CVP/GLP) und Mitunterzeichnende betr. Fachkommission Bildung

* * *

Anträge Fraktion Grüne betr. Voranschlag der Investitionsrechnung 2011

Die Behandlung ist in der Detaildebatte zur Investitionsrechnung vorgesehen. Es handelt sich um folgende Vorstösse:

„Die Grünen beantragen, dass

- A das Investitionsprojekt 620.501.69 Verkehrskonzept Innenstadt wieder in den Voranschlag 2011 der Investitionsrechnung aufgenommen wird.
- B für das Jahr 2011 dafür ein Kredit von Fr. 500'000.— gesprochen wird.“

Der zweite Antrag lautet wie folgt:

„Die Fraktion der Grünen beantragt, dass zulasten des Investitionsprojektes 620.501.030 ERO flankierende Massnahmen der Stadt der Investitionskredit für das Jahr 2011 um Fr. 200'000.— auf Fr. 450'000.— erhöht wird“.

* * *

Antrag SVP-Fraktion betr. Voranschlag zu den Beschlussesanträgen 4 und 5

„Der Steuerfuss der Stadt Olten wird für natürliche wie auch juristische Personen auf 97 % der einfachen Staatssteuertarife gesenkt“.

* * *

Zusatzsitzung Gemeindeparlament vom 15. Dezember 2010

Ihr habt alle ein Mail des Büros bezüglich der Zusatzsitzung von Mittwoch, 15. Dezember 2010 erhalten. Rückmeldungen sind nur wenige erfolgt. Wer am 15. Dezember anwesend sein wird, möchte dies durch Handerheben bezeugen.

Beschluss

Mit 28 Stimmen ist das Quorum noch nicht erreicht. Wir werden die Abstimmung nach der Pause wiederholen.

Der Zusatzabend ist notwendig, weil eine grosse Flut von Vorstössen auf der Traktandenliste steht, die abgetragen werden müssen, weil sie zum zweiten, dritten oder gar vierten Mal traktandiert werden. Die Effizienz des Parlaments muss hier so wirken, dass wir wieder einmal einen normalen Vorstossanfall haben.

Wir werden morgen noch einmal prüfen, ob die Zusatzsitzung notwendig sein wird.

* * *

Hauptübung Feuerwehr

Am Samstag habe ich an der Hauptübung der Feuerwehr teilgenommen. Thomas Herber hat mir zu Händen des Parlaments eine CD überreicht. Es geht vor allem um die Jugendfeuerwehr. Ich werde sie beim Büro deponieren, falls jemand Interesse hat, sie

einmal anzuschauen. Besten Dank an Sven Wagner für dieses Geschenk, auch zu Händen von Thomas Herber. Es war eine tolle Sache am Samstag.

* * *

Adressliste Gemeindeparlament

Bitte überprüft die Adressliste. Man kann Umfragen als Führungsinstrument nur brauchen, wenn auch Eure Adressen stimmen. Ich bitte, diese zu verifizieren und dann dem Büro respektive der Kanzlei allfällige Änderungen direkt bekannt zu geben.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 15

Gemeindeparlament/Demissionen

Für das Gemeindeparlament sind zwei Demissionen zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Schreiben vom 10. September 2010 gibt Nico Zila (FDP) seinen Rücktritt aus dem Gemeindeparlament per 31. Dezember 2010 bekannt.

Mit Schreiben vom 16. September 2010 gibt Marc Winistörfer (SVP) seinen Rücktritt aus dem Gemeindeparlament per 31. Dezember 2010 bekannt.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Nico Zila (FDP) und Marc Winistörfer (SVP) zu genehmigen.

Beschluss

Mit 35 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen werden die Demissionen von Nico Zila (FDP) und Marc Winistörfer (SVP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Nico Zila, Sälistrasse 76, 4600 Olten

Herrn Marc Winistörfer, Blumenweg 31, 4600 Olten

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 16/9

Prot.-Nr. 16

Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitgliedes

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung ist ein frei werdender Parlamentssitz durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Stephan Fröhlicher ist ein Sitz der Grünen Partei frei geworden. Frau Sandra Näf-Frei hat sich bereit erklärt, das Mandat als ordentliches Mitglied des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Heinz Eng begrüsst Frau Sandra Näf. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Frau Sandra Näf legt hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit ist sie vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:

Frau Sandra Näf-Frei, Schöngrundstrasse 27, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 16/18

Prot.-Nr. 17

Kommission für Öffentliche Sicherheit/Demission und Ersatzwahl

Für die Kommission für Öffentliche Sicherheit sind eine Demission, ein Wegzug und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Kommission für Öffentliche Sicherheit/Demission und Wegzug

Mit Schreiben vom 29. Oktober 2010 gibt Tomas Honegger (FdP) den Rücktritt als Mitglied der Kommission für Öffentliche Sicherheit per sofort bekannt.

Gemäss Einwohnerkontrolle ist Marion Bachmann-Rauber (SP) per 30. September 2010 nach Dulliken weggezogen.

Kommission für Öffentliche Sicherheit/Ersatzwahl

Als Ersatz für Marion Bachmann-Rauber schlägt die SP Caroline Wernli Amoser, Friedaustrasse 14, als neues Mitglied der Kommission für Öffentliche Sicherheit zur Wahl vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Tomas Honegger (FdP) und die Ersatzwahl von Caroline Wernli Amoser (SP) zu genehmigen sowie vom Wegzug von Marion Bachmann-Rauber (SP) Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Mit 40 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung werden die Demission von Tomas Honegger (FdP) und die Ersatzwahl von Caroline Wernli Amoser (SP) genehmigt. Vom Wegzug von Marion Bachmann-Rauber wird Kenntnis genommen.

Mitteilung:

Herrn Tomas Honegger, Ringstrasse 5, 4600 Olten
Frau Caroline Wernli Amoser, Friedaustrasse 14, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Frau Marion Bachmann-Rauber, Bielgasse 2, 4657 Dulliken
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Öffentliche Sicherheit
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 16/21

Prot.-Nr. 18

Sportkommission/Demission

Für die Sportkommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 13. September 2010 reicht Rolf Braun (SP) den Rücktritt als Mitglied der Sportkommission per 31. Dezember 2010 ein.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Rolf Braun (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Rolf Braun genehmigt.

Mitteilung:
Herrn Rolf Braun, Höhenstrasse West 19, 4600 Olten
Direktion Bildung und Sport
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 16/22

Prot.-Nr. 19

Kommission für Stadtentwicklung/Ersatzwahl

Für die Kommission für Stadtentwicklung ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 6. Oktober 2010 schlägt die CVP Wolfgang von Arx, Speiserstrasse 14, als neues Mitglied für die Kommission für Stadtentwicklung vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Wolfgang von Arx (CVP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Wolfgang von Arx (CVP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Wolfgang von Arx, Speiserstrasse 14, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Stadtpräsidium/Markus Dietler
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 3/13, 29/2

Prot.-Nr. 20

Dringliche Motion Stephan Hodonou (EVP) und Mitunterzeichnende betr. Schaffung einer Liegenschaftsstiftung Olten Ost/Frage der Dringlichkeit

Stephan Hodonou: Weshalb die Dringlichkeit der Motion? Dafür muss ich zuerst in einen Prozess zurück blenden, der schon fast seit einem Jahr läuft, zum Entwicklungsprojekt „Chance Olten Ost“. Dort gab es nach der Auftaktsveranstaltung im Januar dieses Jahres verschiedene Arbeitsgruppen. Eine hat sich mit den Liegenschaften beschäftigt. Als Ergebnis aus diesem Prozess hat man bald einmal gemerkt, dass es ein paar Schlüsselfaktoren gibt, die in der Entwicklung von Olten Ost eine Rolle spielen. Einer sind die Liegenschaften. Ein Ergebnis aus dieser Arbeitsgruppe war, dass es gut wäre, wenn die Liegenschaften, die im Finanz- und Verwaltungsvermögen der Stadt sind, aus einer Hand mit einer Strategie bewirtschaftet und verwaltet werden könnten. Dies zur Optimierung dieses Stadtteils. In der Arbeitsgruppe haben wir auch alle städtischen Liegenschaften erfasst. Mit dem traktandierten Geschäft des Distel-Hauses wird der mögliche Rahmen einer solchen Stiftung eingeschränkt bzw. es konnte nicht geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen würden, um das Ganze in diesem Rahmen aus einer Hand, aus einer Strategie machen zu können. Es geht darum, dass wir den Leuten, die sich engagiert haben respektive der Bevölkerung, die beim Mitwirkungsverfahren dabei war, sagen zu können: Wir sind an der Arbeit, und die Liegenschaften stehen auch im Zentrum von dem, was im Stadtteil Olten Ost passieren soll. Mit dem Verkauf des Disteli-Hauses werden Fakten geschaffen, die Möglichkeiten einer allfälligen Stiftung oder eines ähnlichen Gefässes eingeschränkt und ohne Not möchte ich Euch beliebt machen, die Motion dringlich zu erklären und am besten gleich zu überweisen. Dann dauert es auch nicht so lange.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Im Namen des einstimmigen Stadtrates – Peter Schafer kommt aus beruflichen Gründen etwas später – spreche ich nur zur Dringlichkeit. Der Stadtrat kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es bei der Schaffung dieser sogenannten Liegenschaftsstiftung darum geht, dies etwas vorzuschieben, auch um den Verkauf des Disteli-Hauses zu verhindern. Der Stadtrat hat den Handlungsspielraum betreffend Disteli-Haus eingehend geprüft und kommt zum Schluss, dass ein Verkauf die beste Option darstellt. Das Disteli-Haus, eingeklemmt zwischen Aare, Strasse und Bahntrasse, spielt keine Rolle für die Liegenschaftsstrategie auf der rechten Aarseite und kann dadurch isoliert betrachtet werden, zumal sich bei diesem geplanten Verkauf an die vorgesehene Firma nach Ansicht des Stadtrates eine sehr gute Verwendung dieses Hauses abzeichnet. Was den Vorwurf einer fehlenden klaren Strategie angeht – das haben wir auch gerade wieder gehört – so gilt es festzuhalten, dass die Stadt Olten bereits jetzt Richtlinien für strategisches Vorgehen bei einem Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken hat. Gemäss diesen Richtlinien werden die Kommission für Stadtentwicklung und die Baukommission immer frühzeitig in den Prozess einbezogen. Das war beim Disteli-Haus der Fall, und beide Kommission haben dem Verkauf zugestimmt. Weil es keinen Zusammenhang mit dem Gesamten hat, sieht der Stadtrat keinen Grund, die Motion dringlich zu behandeln, und empfiehlt Euch, die Dringlichkeit abzulehnen.

Urs Knapp: Die FdP-Fraktion wird die Dringlichkeit aus folgendem Grund ebenfalls ablehnen: Wir behandeln heute das Geschäft Disteli-Haus. Hier kann ja oder nein gestimmt werden. Es ist letztlich auch eine Willenskundgebung bezüglich des Vorstosses von Stephan Hodonou. Wenn man für den Verkauf des Disteli-Hauses ist, ist man im Prinzip auch gegen die Motion. Wenn man den Verkauf des Disteli-Hauses ablehnt, brauchen wir so etwas wie ein Sicherheitsnetz, und dann kann der Vorstoss von Stephan Hodonou ein Sicherheitsnetz sein. Noch eine kleine materielle Sache: Ich glaube, dass wir gar nicht über die Motion entscheiden könnten, weil wir nicht wissen, welche Konsequenzen sie hätte. Auch von daher kann man sie als Sicherheitsnetz in der Hinterhand haben, aber die Dringlichkeit ist nicht angebracht.

Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion: Wir haben die Frage der Dringlichkeit lange und intensiv diskutiert. Wir sind zum Schluss gelangt, dass wir durchaus einen inneren Zusammenhang mit dem Disteli-Haus sehen, und sind der Meinung, dass der Dringlichkeit zugestimmt werden soll.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Wir kommen zum gegenteiligen Schluss. Die Dringlichkeit wäre gegeben, wenn es tatsächlich einen Einfluss auf die Entscheidung bei Traktandum 9 hätte. Für uns ändert sich bezüglich unserer Haltung gegenüber dem Disteli-Haus nichts. Die Begründung kommt noch auf einer zweiten Ebene. Wir sprechen von den beiden Aarseiten. Realistischerweise ist es der Bahnstrang, der die beiden Stadtseiten trennt. „Chance Olten Ost“ bezieht sich definitiv auf das Gebiet, das vom Bahnstrang her nach Osten geht. Das Disteli-Haus gehört nicht zum Gebiet Olten Ost.

Gert Winter, SVP-Fraktion: Wir lehnen die Dringlichkeit aus den gleichen Gründen wie Urs Knapp ab. Wer gegen den Verkauf ist, wird dann im Rahmen der Ziffer 9 der Traktanden die Möglichkeit haben, gegen dieses Geschäft Stellung zu nehmen.

Antonia Hagmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ein Teil unserer Fraktion wird die Dringlichkeit aus den gleichen Gründen, wie Felix Wettstein dies begründet hat, ablehnen. Wir sehen das Disteli-Haus etwas ausserhalb des Gebietes von „Chance Olten Ost“ und daher für die Dringlichkeit der Motion auch keinen Zusammenhang.

Stephan Hodonou: Bezüglich demokratischem Prozess des Mitwirkungsverfahrens muss man sich fragen, welches Signal es auf die Leute, die mitarbeiten, hat. Man wird mobilisiert, soll mitdenken und mitarbeiten. Diese Leute arbeiten mit, klären Sachen ab, überlegen sich wirklich gute Ideen, auch im Zusammenhang mit dem Disteli-Haus. Es stand immer im Zentrum, auch bei Chance Olten Ost, begleitet durch die Fachhochschule. Es wurde nie gesagt, es gehöre nicht dazu. Dann ist man zur Ergebniskonferenz gekommen. Man hat konkrete Ideen gehabt, die nie überprüft worden sind. Man hat es nie angepackt. Im November hört man nun als Reaktion, es werde verkauft. Was mit diesen Ideen, dem Mitwirken war, löst sich in Luft auf. Ich stelle mir einfach vor, dass dies für viele Leute extrem demotivierend ist. Sie haben an dieser Stadt mitgewirkt, gebrütet, Ideen gehabt, und es wird nicht einmal geprüft. Deshalb ist die Dringlichkeit gegeben. Es ist auch keine Not für das andere Traktandum, das kommt. Natürlich besteht hier ein Zusammenhang. Für diejenigen Personen, die in der Arbeitsgruppe mitgewirkt hatten, war dies offensichtlich. Leider muss ich Stadtpräsident Ernst Zingg widersprechen. Es ist nicht ein Gefäss, um das Disteli-Haus zu verhindern. Ich gebe zu, dass ich gegen den Verkauf bin, und ich werde auch dagegen stimmen. Aber es geht hier wirklich darum, dass die Ideen der Leute, die hier mitgearbeitet und mitgewirkt haben, die sie in den Topf gebracht haben, nicht einfach von Anfang an schon so verunmöglicht werden, indem der Handlungsraum eingeschränkt wird.

Patrick Kissling: Ich möchte noch kurz eine Antwort auf das Votum von Stephan Hodonou geben. Grundsätzlich ist diese Liegenschaftsstiftung ja nicht eine schlechte Idee. Wir können dies immer noch behandeln, auch wenn wir die Dringlichkeit ablehnen. Ich habe einfach

auch das Gefühl, dass der Zeitrahmen, den Du für die Liegenschaftsstiftung setzt, relativ knapp ist. Wenn man so etwas initiieren möchte, würde es wahrscheinlich einige Überzeugungsarbeit brauchen. Ich kann ein Beispiel nennen. In Luzern sind auch Banken und diverse Unternehmungen in diese Stiftung involviert. Das kann nicht eins, zwei auf die Beine gestellt werden. Ich denke, das sind zwei Geschäfte, die etwas parallel gelaufen sind. Den Verkauf des Disteli-Hauses hat man schon angefangen, als die Mitwirkung noch im Gang war. Von daher ist es nicht ein übermässig gutes Zeichen für die Leute, die hier mitgearbeitet hatten. Hier gebe ich Dir recht. Aber ich denke, dass wir uns im Bereich Liegenschaften sicher Gedanken machen werden, allenfalls auch mit einer Stiftung. Aber das braucht einfach noch etwas Zeit.

Beschluss

Die Dringlichkeit wird mit 34 : 10 Stimmen wird abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 13/12

Prot.-Nr. 21

Voranschlag 2011/Genehmigung

Das Budget 2011 präsentiert sich mit einem Überschuss von rund Fr. 770'000 auf der Höhe der Resultate des Finanz- und Investitionsplans 2011 – 2017. Die markanteste Kostensteigerung ist im Bereich Bildung zu verzeichnen, welche hauptsächlich durch steigende Besoldungskosten aufgrund der laufenden Reformprojekte erklärt ist. Die übrigen Kostensteigerungen insbesondere in den Bereichen Soziale Wohlfahrt sowie Umwelt- und Raumordnung können unter Einbezug der - im Vergleich zum Vorjahr - deutlich aufgehellten konjunkturellen Erwartungen mit einem unveränderten Steuersatz von 100% für Natürliche und Juristische Personen getragen werden.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den Voranschlag für das Jahr 2011, basierend auf den Budgetrichtlinien sowie dem Finanz- und Investitionsplan, mit dem Antrag auf Zustimmung.

1. Ausgangslage

Der aktuelle Finanzplan 2011 – 2017 zeigt, dass aufgrund des hohen Investitionsvolumens nicht alle finanzpolitischen Grundsätze, insbesondere die mittelfristigen Zielsetzungen, erreicht werden können. Durch den hohen Investitionsbedarf und den damit verbundenen tiefen Selbstfinanzierungsgrad wird eine Abnahme des Pro-Kopf-Vermögens durch den aktuellen Voranschlag 2011 auf die Höhe von 860 Fr. prognostiziert.

Konjunkturelle Rahmenbedingungen:

Die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) hält in ihrer Herbstprognose folgendes fest: Die Weltkonjunktur hat im Jahr 2010 aufgedreht – davon profitiert auch die Schweiz. Mit einem BIP-Zuwachs von 2.7% übertrifft die Schweizer Wirtschaft 2010 sowohl die der EU als auch jene der USA. 2011 fällt das Wirtschaftswachstum mit 1.8% dagegen schwächer aus. Die Abkühlung der Weltwirtschaft und der starke Franken versetzen dem Aufschwung einen Dämpfer. Der private Konsum nimmt 2011 um 1.6% zu. Die Arbeitslosenquote sinkt im nächsten Jahr auf 3.2%.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Ergebnis der Laufenden Rechnung

Bei einem Aufwand von Fr. 117'292'300 (ohne interne Verrechnungen von Fr. 11'941'700) und einem Ertrag von Fr. 118'687'700 wird ein **Mehrertrag von Fr. 770'500** ausgewiesen.

2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Bei Brutto-Ausgaben von rund 37.1 Mio. Fr. und Investitionseinnahmen von 3.4 Mio. Fr. betragen die Netto-Investitionen 33.7 Mio. Fr. Die geplante Investitionstätigkeit bleibt, wie bereits im Bericht und Antrag zum Investitions- und Finanzplan 2011 – 2017 dargestellt, in den folgenden Jahren auf hohem Niveau. Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen an den konsolidierten Ausgaben) beträgt für das Budgetjahr sehr hohe 28.3% (= starke Investitionstätigkeit).

2.3. Gestufter Erfolgsausweis (in Tausend Fr.)

		Voranschlag 2011
3	Betrieblicher Aufwand vor Abschreibungen	-100'708
30	Personalaufwand	-52'315
31	Sachaufwand	-19'769
35	Entschädigungen Gemeinwesen	-4'083
36	Beiträge	-24'386
38	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-153
385	Vorfinanzierung	-2
4	Betrieblicher Ertrag vor Steuern	35'127
41	Regalien und Konzessionen	109
43	Entgelte	13'169
45	Rückerstattungen	5'789
46	Beiträge für eigene Rechnungen	10'520
48	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	40
485	Auflösung Vorfinanzierungen	5'500
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vor Abschreibungen und Steuern	-65'581
	Ergebnis aus Finanzierung	-11'910
32	Passivzinsen (Finanzaufwand)	-1'600
33	Abschreibungen (Finanzaufwand)	-14'985
42	Vermögenserträge (Finanzertrag)	4'675
	Operatives Ergebnis vor Steuern	-77'491
40	Steuerertrag	78'262
	Operatives Ergebnis nach Steuern	771

3. Finanzpolitische Grundsätze und Zielerreichung im Voranschlag 2011

3.1. Finanzpolitische Grundsätze

Nachfolgend die im Rahmen der Budgetweisung verabschiedeten finanzpolitischen Grundsätze des Stadtrates:

Leitsatz

Der Stadtrat verfolgt eine nachhaltige Finanzpolitik, damit die künftigen Generationen nicht unverhältnismässige Folgekosten von heutigen Entscheidungen zu tragen haben.

Auf die Dauer sind Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Somit sind langfristig alle Investitionen durch selber erarbeitete Mittel (cash-flow) gedeckt.

- Konjunkturelle Defizite sind mittelfristig auszugleichen.
- In wirtschaftlich besseren Zeiten ist ein konsequenter Schuldenabbau vorzunehmen.

Verschuldung

Das Resultat der nachhaltigen Finanzpolitik schlägt sich im Nettovermögen bzw. in der Nettoschuld pro Einwohner/in nieder. In der Planungsperiode 2011 – 2017 kann mit einem Nettovermögen gestartet werden. Aufgrund der starken Investitionstätigkeit bis Ende Planungsperiode wird eine Nettoverschuldung prognostiziert.

- Langfristig wird ein Nettovermögen pro Kopf angestrebt.
- Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab.

Investitionen

Das Investitionsvolumen der Stadt Olten richtet sich primär nach den finanziellen Möglichkeiten.

- Der Selbstfinanzierungsgrad für werterhaltende Investitionen beträgt dauernd 100%.
- Der Selbstfinanzierungsgrad der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%.

Steuern

Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen richtet sich an den mittelfristigen notwendigen Steuereinnahmen aus.

- Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen ist identisch.
- Die steuerliche Belastung liegt im tiefsten Drittel aller Solothurner Gemeinden.

Abschreibungen

Das Verwaltungsvermögen kann langfristig nach den Vorgaben von HRM2 abgeschrieben werden.

- Bezogen auf den aktuellen Anlagebestand liegt dieser Wert mittelfristig bei 12%.

3.2. Zielerreichung im Voranschlag 2011

Mit der Überarbeitung des Finanz- und Investitionsplans zeichnete sich ab, dass eine vorübergehende Abweichung von den mittelfristigen finanzpolitischen Grundsätzen notwendig bleiben wird.

Mit dem aktuellen Budget kann der Vorgabe der Selbstfinanzierungsgrad nicht entsprochen werden. Wird die gesamte Planperiode einbezogen, wird auch das Ziel des pro Kopf Nettovermögens nicht erreicht.

Mit einer mittel- bis langfristigen Optik bleibt der aktuelle Selbstfinanzierungsgrad mit 44.1% sicher zu tief. Insbesondere aufgrund des auch im letzten Jahr guten Rechnungsergebnisses und der Nachhaltigkeit der geplanten Investitionen besteht kurzfristig noch kein Handlungsbedarf.

Eine Orientierung an den mittelfristigen Finanzziele bleibt jedoch nach Beendigung der Grossprojekte ein zentrales Erfordernis.

Veränderungen im Budget / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

Veränderungen an der eigentlichen Organisationsstruktur wurden im Budget 2011 basierend auf den Vorgaben des Kantons im Bildungsbereich gemacht. Das Budget zeigt als neue Struktur die reformierte Oberstufe in der Dienststelle 212 Sekundarschule. Weiter wurden die Budgetierungspraxis der Vorjahre marginal angepasst, was bei Einzelpositionen zu Verschiebungen und Abweichungen führt (z.B. 520 Krankenversicherung wird neu in der Sozialregion abgebildet).

Im Budget der Sozialregion sind neu die erfolgsneutralen Positionen Krankenversicherung und Asylbewerberbetreuung enthalten. Damit wächst die Budgetsumme der Sozialregion. Die direkt beeinflussbaren Kosten im administrativ-technischen Bereich konnten auf dem Vorjahresniveau gehalten bzw. aufgrund der Ablösung der Overheadkostenpauschale durch effektive Aufwandpositionen sogar gesenkt werden. Mit der Ablösung dieser Pauschale kann ein wesentlicher Schritt in Richtung Kostentransparenz für die Gemeinden der Sozialregion gemacht werden.

4.1. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Aufwand)

Abweichungen in einzelnen Aufwandkonten über Fr. 200'000 (in Tausend Fr.), jedoch ohne Erwähnung falls die Position innerhalb der Rechnung lediglich anders gruppiert wurde:

- 028 Sozialversicherungsbeiträge +225
Kostenfolge aus höherer Lohnsumme und Versicherungssätzen.
- 210 Besoldungen Primarschule +1'617
Umsetzung der kantonalen Vorgaben. Die Mehrkosten sind zu 15% durch den Kanton gedeckt (vgl. Kommentarseite Budget Laufende Rechnung)
- 228 Besoldungen Heilpädagogische Sonderschule + 275
Umsetzung der kantonalen Vorgaben. Die Mehrkosten sind durch den Kanton gedeckt.
- 500 Gemeindebeitrag an die EL -234
Gemäss kantonalen Vorgabe tiefer als im Vorjahr.
- 542 Betriebsbeiträge Kinderkrippen +210
Höhere Auslastung und Erweiterung des Angebots
- 920 Beitrag an Finanzausgleich + 402
Umsetzung der kantonalen Vorgaben.
- 940 Darlehenszinsen - 350
Konsequenter Schuldenabbau aufgrund der guten Rechnungsergebnisse führt zu sinkenden Darlehenszinsen.

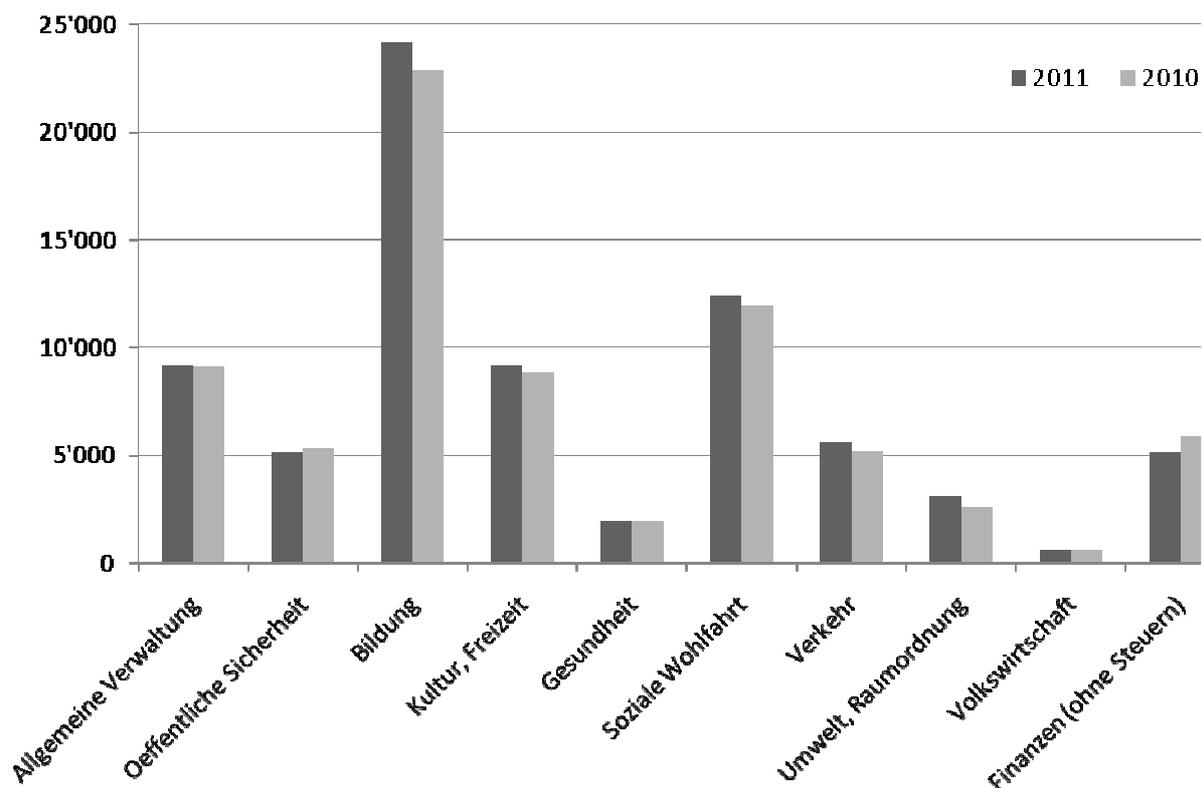
4.2. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Ertrag)

Abweichungen in einzelnen Ertragskonten über Fr. 200'000 (in 1'000 Fr.):

- 025 EDV-Dienstleistungen für Dritte + 250
Neu: Sichtbare Verrechnung an die Sozialregion
- 228 Kantonsbeitrag Heilpädagogische Sonderschule + 329
Mehrkosten aufgrund der kantonalen Vorgaben werden durch den Kanton übernommen.
- 584 Gemein- und Overheadkosten Sozialregion -600
Ablösung der Overheadkostenpauschale der Sozialregion
- 900 Kapital- und Gewinnsteuern + 1'500
Basierend auf dem Steuerabschluss 2008 und Jahresabschluss 2009 wurden die Steuern für 2011 geschätzt.

5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



0 Allgemeine Verwaltung

Die Funktion der allgemeinen Verwaltung wird durch Mehrausgaben im Bereich der Informatik und durch die Verschiebung der Besoldungskosten des Sicherheitsbeauftragten in die Dienststelle 029 Allgemeine Verwaltungskosten belastet. Die Erträge der Abteilung Informatik steigen aber insbesondere im Zusammenhang mit der Ablösung der Overheadkostenpauschale der Sozialregion um insgesamt Fr. 250'000.00. Insgesamt verbleibt für die Allgemeine Verwaltung eine Steigerung der Nettokosten um rund Fr. 40'000.00.

1 Öffentliche Sicherheit

Nach der Steigerung der Kosten im Vorjahr durch die Aufstockung des Korps der Stadtpolizei sinken die Kosten für die öffentliche Sicherheit um rund Fr. 170'000.00.

2 Bildung

In der Funktion Bildung fallen primär die weiterhin steigenden Bruttokosten auf. Diese sind mehrheitlich durch die Mehrausgaben bei der Primarschule und bei der Heilpädagogischen Sonderschule (HPSZ) zu begründen. Im gleichen Masse wie die Kosten der HPSZ steigen aber für diesen Bereich auch die Entschädigungen des Kantons. Die Kostensteigerungen im Bereich der Bildung sind durch die höheren Besoldungskosten vollständig erklärt.

3 Kultur und Freizeit

Die Kostensteigerung in dieser Funktion resultiert aus höheren Ausgaben bei den Beiträgen im Bereich der Kulturförderung und der Allgemeinen Freizeitgestaltung (Fr. 130'000) sowie höheren Kosten in den Bereichen Anschaffungen und Unterhalt der Museen und Freizeitanlagen.

4 Gesundheit

Keine Bemerkungen.

5 Soziale Wohlfahrt

Die Kostensteigerung in der Funktion der Sozialen Wohlfahrt kann durch folgende Veränderungen erklärt werden:

- In der Dienststelle 542 Kinderkrippen, Kinderhorte steigen die Kosten aufgrund der höheren Auslastung und der Erweiterung des Leistungsangebots mit der Kinderkrippe Neumatt um Fr. 210'000.00.
- Durch die Ablösung der Overheadkostenpauschale der Sozialregion fallen in der Dienststelle 584 Vormundschafts- und Sozialamt Erträge in der Höhe von rund Fr. 600'000.00 weg.
- Entlastend wirkt die Senkung des Gemeindebeitrags an die EL in der Höhe von rund Fr. 260'000.00.

6 Verkehr

Hauptsächliche Veränderungen sind hier der Beitrag an den Kanton gemäss öVG, welcher um rund Fr. 111'000 steigt, sowie die auf dem Niveau der Rechnung 2009 budgetierten Einnahmen der Parkplatzgebühren (Fr. -176'000.00)

7 Umwelt und Raumordnung

Die Kostensteigerung kann durch die Stellenschaffung Leiter/in Stadtentwicklung und die doppelte Budgetierung der Stelle Leiter/in Stadtplanung erklärt werden.

8 Volkswirtschaft

Keine Bemerkungen.

9 Finanzen ohne Steuern

Durch den wiederum markanten Anstieg des Finanzausgleichsbeitrags um rund Fr. 400'000 und das hohe Investitionsvolumens lässt sich der Finanzaufwand nicht mehr weiter senken.

6. Begründungen zu den einzelnen Sacharten (Abweichungen zum Vorjahresbudget)

30 Personalaufwand

Der Personalaufwand steigt im Vergleich zum Vorjahresbudget um 4.3%. In diesem Betrag eingerechnet ist eine 0.7% Lohnanpassung für die Lehrkräfte (Beschluss Regierungsrat) und eine 0.7% Lohnanpassung für das Verwaltungs- und Betriebspersonal.

- Weitere Kostensteigerungen sind seitens der Verwaltung durch die generelle Lohnentwicklung und die Stellenschaffung Leiter/in Stadtentwicklung begründet.
- Seitens der Lehrkräfte ist insbesondere die Stellenausweitung bei der Primarschule und Heilpädagogischen Sonderschule für steigende Kosten verantwortlich (vgl. Kommentarseite Budget Laufende Rechnung).

31 Sachaufwand

Der Sachaufwand liegt um rund Fr. 80'000.00 höher als im Finanz- und Investitionsplan, bzw. rund Fr. 750'000.00 höher als im Budget 2010. Nebst erzielten Einsparungen insbesondere im Bereich Wasser. Energie. Heizmaterialien handelt es sich im Wesentlichen um Mehrkosten im Vergleich zum Budget 2010 (in Tausend Fr.) bei:

- | | | |
|---------------------------------------|-------|-------|
| • 311 Anschaffungen | | + 107 |
| Nachholbedarf bei diversen Positionen | | |
| • 314 baulicher Unterhalt | | + 155 |
| Unterhalt bei diversen Positionen | | |
| • 318 Dienstleistungen Honorare | | + 251 |
| - Schülertransporte SHK, HPSZ | + 110 | |
| - Schulfest | + 100 | |

32 Passivzinsen

Obschon der Selbstfinanzierungsgrad nur bei 44.1% liegt, kann ausgehend vom aktuellen Finanzstatus damit gerechnet werden, dass der Investitionsbedarf ganz oder weitgehend aus vorhandenen Mitteln finanziert werden kann. Aufgrund der guten Rechnungsergebnisse konnten die Schulden rascher abgebaut werden.

33 Abschreibungen

Mit der Abschreibungsart nach HRM2 werden die gesetzlich vorgeschriebenen Minimalabschreibungen von 8 % des Verwaltungsvermögens übertroffen.

In der Sachart 33 sind weiter die Steuerabschreibungen und die Wertberichtigungen des Finanzvermögens enthalten. Weiter müssen zusätzliche Abschreibungen in der Höhe der Auflösung der Vorfinanzierung ERO in der Höhe von Fr. 5'500'000.00 gemacht werden.

35 Entschädigungen an Gemeinwesen

4'083

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

Betriebskostenanteil Kläranlage	1'445
Beitrag an Steueramt SO für Steuerveranlagung	1'100
Schulgelder für die Sonderschule inkl. HPS	636
Standortbeitrag für die Fachhochschule	380

36 Eigene Beiträge

24'386

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

- davon an Kanton, unter anderem		11'148
Gemeindebeitrag an die Ergänzungsleistungen	3'931	
Finanzausgleich	2'682	
Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr	2'128	
Schulgelder an Kanton (Mittelschulgesetz)	1'201	
Alimentenbevorschussung	340	
Beitrag gemäss Suchthilfegesetz	289	
- davon an Gemeinden, unter anderem		7'003
Beitrag an Sozialregion	4'339	
Restkosten Sozialregion	1'503	
Beitrag an Sozialadministration	958	
- davon an gemeinwirtschaftliche Unternehmen, u.a.		2'043
Sportpark Olten AG für Eissportbetrieb	750	
Stadttheater Olten AG, netto	647	
Beiträge für Kinder in Heimen	456	
- davon an private Institutionen, unter anderem		3'899
Spitex-Verein Olten	1'165	
Kinderkrippen	950	
Verein Olten Tourismus	282	
Verein offene Kinderarbeit (Robi-Spielplatz)	232	
Dispositionscredit SR, ordentlich	220	

38 Einlagen in Spezialfinanzierungen

Keine Bemerkungen

39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

40 Steuererträge

Für die Budgetierung wird einerseits das Steuerjahr 2008 mit einem recht hohen Veranlagungsstand als Basis angenommen und andererseits auf die Angaben der kantonalen Steuerverwaltung sowie auf die Prognosen zum Wirtschaftswachstum abgestützt. Die budgetierten Steuereinnahmen liegen insgesamt 1.5 Mio. Fr. über dem Budget 2010.

Festlegung der Steuerfüsse

§ 144 Gemeindegesetz besagt folgendes:

¹ Im Voranschlag ist der Steuerfuss für das nächste Jahr festzusetzen.

² Der Steuerfuss ist so zu bemessen, dass der voraussichtliche Steuerertrag mit dem übrigen Ertrag **mittelfristig** den Aufwand der laufenden Rechnung einschliesslich der notwendigen Abschreibungen finanziert.

Die Festlegung der Steuerfüsse ist somit abhängig von den **mittelfristigen** Planergebnissen und nicht vom Resultat eines Budgetjahres.

Durch die vom Volk beschlossene zeitliche Staffelung der Steuerentlastungen (Steuergesetzrevision) sind im Jahr 2012 weitere wiederkehrende Mindererträge von rund 2.3 Mio. Fr. zu erwarten.

41 Konzessionen

Keine Bemerkungen.

42 Vermögenserträge

Aufgrund des anhaltend tiefen Zinsniveaus liegen die erwarteten Vermögenserträge 2011 auf der Höhe des Budgetwertes 2010. Die gesteigerten Vermögenserträge stammen aus der Konzessionsabgabe der sbo.

43 Entgelte

Keine Bemerkungen.

45 Rückerstattungen von Gemeinwesen

Im Vergleich zum Vorjahr fallen die budgetierten Schulgelder von anderen Gemeinden etwas höher aus.

46 Beiträge für eigene Rechnung

Die höheren Kosten bei der Heilpädagogischen Sonderschule führen zu höheren Abgeltungen des Kantons. Für das Budgetresultat der Stadt Olten sind diese Positionen jedoch nicht erfolgswirksam.

7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

141 Feuerwehr

Bei einem Aufwand von rund 1.6 Mio. Fr. und einem Ertrag von rund 1.14 Mio. Fr. schliesst das Budget 2011 mit einem Nettoaufwand von Fr. 464'900 ab. Dieser Betrag liegt leicht tiefer als im Vorjahr und wird mit allgemeinen Steuermitteln finanziert.

201 und 228 Sonderschulbereich (Sprachheilklassen/Heilpädagogische Sonderschule)

Der Ausgleich der Betriebsrechnungen erfolgt mit einem Staatsbeitrag gemäss Volksschulgesetz.

711 Abwasserentsorgung

Im Bereich Abwasserentsorgung sind bei voller Selbstfinanzierung und einem Umsatz von 4.55 Millionen Franken Abschreibung von insgesamt 1.9 Mio. Fr. vorgesehen. Die Wiederbeschaffungswerte für die gemeindeeigenen Kanalisationen und Spezialbauwerke wurden vom Amt für Umwelt Kanton Solothurn auf 86,1 Millionen Franken berechnet. Der abzuschreibende Buchwert beträgt demgegenüber nur noch rund 3.4 Millionen Franken. Eine Überprüfung der Gebühren wird in Angriff genommen.

721 Abfallbeseitigung

Der Voranschlag rechnet mit einem Betriebsüberschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von Fr. 21'000.

783 Konfiskatsammelstelle

Der Voranschlag rechnet mit einem Überschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von Fr. 1'700.

8. Investitionsbudget

Das Gemeindeparlament nahm im September 2010 Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2011 – 2017. Das vorliegende Investitionsbudget 2011 stellt eine Weiterbearbeitung dieser Planungsgrundlage dar. Die Notwendigkeit der Investitionen bzw. der Kreditbedarf ist im Anhang zur Investitionsrechnung pro Objekt begründet.

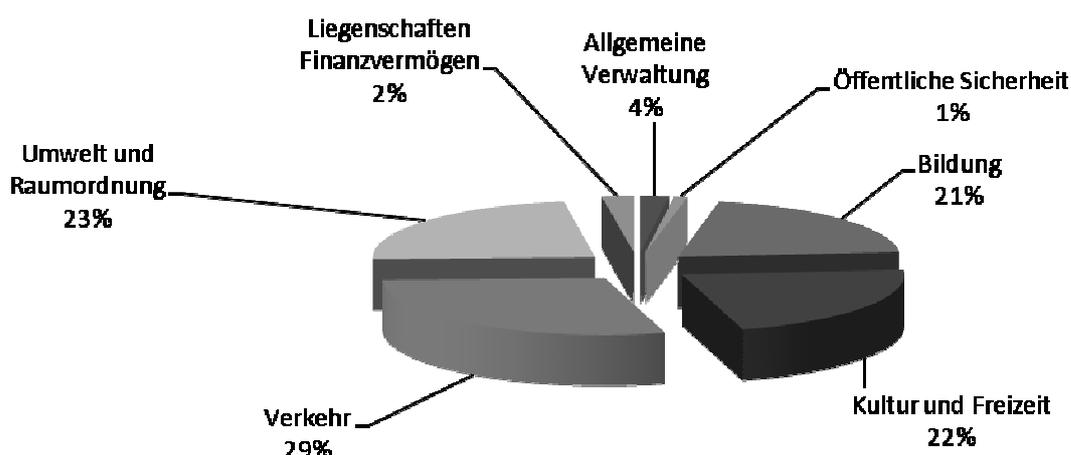
Nebst dem Bedarf für den stetigen Werterhalt im Hoch- und Tiefbau sind folgende priorisierte Projekte im Voranschlag enthalten:

- Eissportanlage, Investitionsbeitrag 7.100 Mio. Fr.
- Bahnhof Ost 2.000 Mio. Fr.
- Attraktivierung Aareraum 0.500 Mio. Fr.
- Verkehrsprojekt Entlastung Region Olten (ERO) inkl. Flankierende Massnahmen 4.680 Mio. Fr.
- Standortbeitrag für den Neubau der Fachhochschule Olten 1.500 Mio. Fr.

Weiter sind folgende Grossprojekte mit Jahrestanchen im Jahr 2011 von über Fr. 600'000 enthalten:

- Frohheim: Sek I Reform, Werkraumpavillion 3.210 Mio. Fr.
- Kleinholz, Erschliessung 1. Etappe, Kanalisation/Strasse 2.250 Mio. Fr.
- Parkleitsystem 2.000 Mio. Fr.
- Säli: Sanierung Fassade 2.000 Mio. Fr.
- Säli: Asbestsanierung Trakt I 1.000 Mio. Fr.
- Rankwogbrücke, Instandstellung 1.000 Mio. Fr.
- Erschliessung Olten Süd-West 1.000 Mio. Fr.
- Hochwasserschutz Kanal im Hasli 0.960 Mio. Fr.
- Altlastensanierung Kleinholz 0.800 Mio. Fr.

Die Bruttoinvestitionen teilen sich auf folgende Aufgabenbereiche auf:



Die Investitionen für den Werterhalt können vollständig aus eigenen Mitteln aus der Laufenden Rechnung finanziert werden und die restlichen Projekte durch vorhandenes Eigenkapital gedeckt werden. Das Nettovermögen sinkt dadurch auf Basis der Rechnung 2009 und Budget 2011 auf rund Fr. 860 pro Kopf (Rechnung 2009 = Fr. 2'095).

9. Interpretation und Anmerkungen zu relevanten Kennzahlen

Selbstfinanzierungsgrad

allgemein

unter 70 %	grosse Neuverschuldung
70 – 100 %	verantwortbare Neuverschuldung

Der Selbstfinanzierungsgrad eines Jahres ist nur bedingt aussagefähig, da er vom Investitionsvolumen stark abhängig ist und deshalb von Jahr zu Jahr grossen Schwankungen unterworfen sein kann. Die Beurteilung über eine längere Planperiode hat die grössere Aussagekraft. Zudem muss die Nutzungsdauer einer grösseren Investition in die Finanzüberlegungen miteinbezogen werden (Nachhaltigkeit der Investition).

Nettoschuld pro Einwohner

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

bis 1'000 Fr.	geringe Verschuldung
1'001 – 2'500 Fr.	mittlere Verschuldung
2'501 – 5'000 Fr.	hohe Verschuldung
> 5'000 Fr.	sehr hohe Verschuldung

Aufgrund der aktuellen Finanzkraft und den festgelegten Finanzziele mussten bereits im Rahmen des Finanzplans Prioritäten gesetzt werden.

Der im Finanzplan 2011 – 2017 aufgezeigte Abbau des Nettovermögens bis zu einer Nettoschuld von Fr. 2'789 pro Einwohner per Ende der Planperiode zeigt die Notwendigkeit einer langfristig ausgelegten, nachhaltigen Finanzplanung.

10. Zusammenfassung

Der Voranschlag 2011 wurde basierend auf den Budgetvorgaben und dem Finanzleitbild erstellt.

Gerade in der aktuellen Situation wird die Notwendigkeit einer seriösen und nachhaltigen Finanzplanung sicht- und spürbar.

Die hohe Investitionstätigkeit in der Planperiode des Finanzplans zeigt mit ihren Auswirkungen auf den Selbstfinanzierungsgrad und damit auf die Verschuldung mit aller Deutlichkeit die finanziellen Grenzen für den Haushalt der Stadt Olten und die damit verbundene Notwendigkeit der massvollen Prioritätensetzung,

Mögliche Veränderungen in der Wirtschaftslage und bei den Steuereinnahmen verlangen eine periodische und kritische Überprüfung der mittelfristigen Planung.

Nach Abschluss der Grossprojekte ist die Investitionstätigkeit auf ein langfristig finanzierbares Niveau zu bringen.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Voranschlag 2009 der **Laufenden Rechnung** mit einem **Mehrertrag** von **Fr. 770'500** wird genehmigt.
2. Die **Investitionsrechnung** der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von **Fr. 33'570'000** wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 593'000 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstab Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 52'900 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 27'685'700 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 10 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

EINTRETEN

Heidi Ehrsam: Die GPK hat sich an zwei konstruktiven Sitzungen vertieft mit dem Voranschlag auseinander gesetzt. Bevor ich auf die Budgetdebatte eingehe, danke ich im Namen der GPK der gesamten Verwaltung und dem Stadtrat für die geleistete Arbeit im Rahmen des Budgetprozesses und die ausführliche Dokumentation. Speziell möchte ich Ernst Zingg und Markus Sieber danken, die uns den Voranschlag wie gewohnt kompetent präsentiert haben. Ich nehme das Resultat der Budgetdebatte in der GPK vorweg. Der Voranschlag für 2011, der in der laufenden Rechnung einen Mehrertrag von Fr. 770'500.— und Nettoinvestitionen von 33,6 Millionen Franken vorsieht, wird als nachvollziehbar,

vernünftig, solid und gut beurteilt. Diese Aussage zeigt, dass man weitgehend Vertrauen in die seriöse Budgetierung hat. Die GPK ist dann auch auf das Geschäft eingetreten und beantragt dem Parlament, dem Beschlussesantrag zuzustimmen. Trotz der positiven Beurteilung sind natürlich Fragen gestellt, kritische Voten geäußert und viele Budgetpositionen diskutiert worden. So sind in der Fragestunde zum Beispiel beim Dispositionskredit Stadtrat, wo der Beach-Event enthalten ist, aber auch für die Kosten der Standarten und den Offiziersuniformen der Polizei Auskünfte verlangt worden. Bei der Sozialregion sind Erklärungen für das neue Abrechnungsmodell betreffend der Gemeinde- und Overhead-Kosten und Vergleichszahlen zu den anderen Sozialregionen gewünscht worden. Bei der Bildung wollte man über die Kosten für die künftige Sek I und die Kostenrechnung der Musikschule Näheres wissen. Beim Bau war unter anderem die Strategie der Ersatzanschaffungen der Fahrzeuge des Werkhofs und die unterirdische Sammelstelle von Interesse. In der Eintretensdebatte wurde dann festgestellt, dass der Voranschlag keine grosse Überraschung zum Finanz- und Investitionsplan bietet, mit Ausnahme des Personalaufwandes im Bildungsbereich, wo man den Reformbedarf unterschätzt hatte. Die Finanzlage wird aber, wie auch der Finanz- und Investitionsplan aufzeigt, angespannter. Es ist auch die Frage in den Raum gestellt worden, ob der stetigen Ausgabensteigerung der letzten Jahre ein gleichwertiger Nutzen für die Bevölkerung gegenüber steht. Deshalb muss bei künftigen Investitionen klar und messbar definiert werden, was man erreichen will. Zudem soll bei den beeinflussbaren Ausgaben mehr Einfluss genommen werden, da der Aufwand doch schneller steigt als die Teuerung. Dies beim Personalaufwand und vor allem beim Sachaufwand. In der GPK ist aber auch die Meinung vertreten worden, dass man sich in der momentanen finanziellen Situation durchaus etwas leisten kann. Generell ist man sich wieder einmal bewusst geworden, dass Folgekosten von Beschlüssen sich im Budget unweigerlich auf der Aufwandseite niederschlagen, sei es durch Schaffung neuer Stellenprozente, aber auch durch gemachte Investitionen. So ist denn auch in diesem Jahr ein Teil des Ausgabenwachstums hausgemacht. Auf der Ertragsseite sind nach Ansicht der GPK die berechneten Steuereinnahmen für die natürlichen und juristischen Personen aufgrund der vorhandenen Veranlagungen und Rückmeldungen der Unternehmen nachvollziehbar, wobei man mit der Unsicherheit bei den Steuereinnahmen von den juristischen Personen leben können muss. Die Detailberatung war vom Antrag, alle Budgetposten im Sachaufwand um 4 % zu kürzen, wobei der Stadtrat für eine möglichst vernünftige Umsetzung zu sorgen hat, geprägt. Das Ziel des Antrags war es, das Niveau des letztjährigen Budgets halten zu können, wie in der Privatwirtschaft üblich, den Fixkostenblock als Vorgabe zu haben und ein Zeichen gegen den kontinuierlich wachsenden Sachaufwand zu setzen. Bejahende Voten zu diesem Antrag – man kann auch von der Rasenmäher-methode reden – haben zusammengefasst gelautet, es besteht das Bedürfnis und der Spielraum für Kürzungen ist vorhanden. Es ist auch das kostenbewusste Führungsverhalten des Stadtrates in die Diskussion eingebracht worden. Auch widerspricht der Antrag der Zero-Base-Budgetierung, und die Budgetkosten werden nicht einfach ausgeschöpft. Die GPK sieht, dass der Handlungsspielraum innerhalb der Aufgabenteilung von Staat und Gemeinden klein ist. Dieser Antrag hätte bei den Sachaufwandkonti, die Fixkosten aufweisen, Nachtragskredite bedingt. Die Umsetzung wäre also eher schwierig gewesen, aber nicht unmöglich. Der Antrag hat dann in der GPK keine Mehrheit gefunden und ist abgelehnt worden. In der Detailberatung der Investitionsrechnung sind der Bahnhof Ost, das Parkleitsystem und das Projekt „Chance Olten Ost“ und seine Umsetzung das Thema gewesen. Ausführlich informiert und dokumentiert worden ist die GPK vom Stadtschreiber über das Projekt „Chance Olten Ost“. Markus Dietler hat speziell auf den geplanten dreijährigen Versuchsbetrieb des Begegnungszentrums hingewiesen. Über die Beratung der beiden Investitionen Werkpavillon und Sälischulhaus Asbestsanierung, wo separate Vorlagen vorhanden sind, hören wir dann, wenn wir in der Detailberatung bei den betreffenden Konti angelangt sind. Bevor die GPK über den Beschlussesantrag abgestimmt hat, hat sie noch den Antrag, den Steuerfuss um drei Punkte, neu auf 97 % für juristische und natürliche Personen festzulegen, behandelt. Die Senkung ist finanziell machbar und zudem sind in den letzten Jahren vor allem auch für die juristischen Personen zu viele Steuern erhoben worden, so die Begründung des Antrags. Im

Gegenantrag sind die unsicheren Steuereinnahmen bei den juristischen Personen, die Steuergesetzrevision, die 2012 wirksam werden wird und die geplanten Investitionen der nächsten Jahre ins Feld geführt worden. Im Blick auf den budgetierten Überschuss von knapp Fr. 800'000.—, was gerade ein Steuerprozent für juristische und natürliche Personen ausmacht, wäre eine Senkung um 1 % verlockend. In die Steuern zu investieren ist auch eine Investition in die Standortattraktivität. Dies weitere Aussagen in der Steuersatzdiskussion. Eine Mehrheit der GPK möchte den Steuerfuss zum jetzigen Zeitpunkt nicht senken. So ist der Antrag dann abgelehnt worden. Dem Beschlussesantrag ist in der GPK mit einer Enthaltung zugestimmt worden.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Wir erinnern uns alle an die Sitzung des Gemeindeparlaments vom September dieses Jahres mit einem der Hauptgeschäfte, dem Finanz- und Investitionsplan 2011 – 2017. Das jetzt vorliegende Budget des ersten Finanzplanjahres stimmt im Ergebnis – das muss doch festgestellt werden – mit der Finanzplanung überein. Man kann sagen: Ziel erreicht. Der Finanzbereich ist aber ein sehr schnelllebiger Teil der städtischen Existenz, fast analog der ebenfalls schnelllebigen vorwärts strebenden technischen Entwicklung. Was will ich damit sagen? Ein Budget ist nicht einfach ein Zusammenzählen von Zahlen, die im Raum stehen oder schon immer standen, etwas anpassen und dann los, und das Ganze macht dann die Finanzdirektion schon richtig. Das ist es nicht. Das Erarbeiten des städtischen Budgets ist ein Gemeinschaftswerk. Natürlich haben wir in der Finanzdirektion die Führung dazu. Aber das System des Zero-Base-Budgetings kommt, wo immer möglich, zur Anwendung. Man budgetiert neu unter Berücksichtigung der effektiven und anfallenden Kosten und führt nicht einfach nur fort. Der Budgetprozess beginnt eigentlich schon im Frühjahr, bereits vor der Rechnungsablage. Die Termine sind strikt einzuhalten. Der Oltner Budgetstandard – das darf ich Euch hier mit Überzeugung sagen – ist hoch, gefestigt und wird von allen Beteiligten mitgetragen. Jetzt zum heutigen „Produkt“: Schon in der Anfangsphase, aber nachher immer wieder, machen wir uns ja auch Gedanken über die Konjunkturaussichten. Wir gehen davon aus, dass der private Konsum im nächsten Jahr zunehmen wird. Wir gehen davon aus und hoffen auch alle, dass die Arbeitslosenquote im nächsten Jahr sinken wird. Die Auswirkungen durch die Abkühlung der Weltwirtschaft und die Währungssituation versetzen dem Aufschwung einen gewissen Dämpfer. Die letzten Hiobsbotschaften kommen aus dem Nordwesten von Europa. Budgetiert wird nach Zielsetzungen, die der Stadtrat festlegt. Das sind etwas übergeordnete Zielsetzungen: Nachhaltige Finanzpolitik, auf Dauer müssen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein, so banal. Somit sind langfristig alle Investitionen durch selber erarbeitete Mittel gedeckt (der Cashflow). Konjunkturelle Defizite sind mittelfristig auszugleichen. Wir sprechen von Schuldenabbau. Das Resultat der nachhaltigen Finanzpolitik schlägt sich im Nettovermögen oder der Nettoschuld pro Oltnerin oder Oltner nieder. Wir starten mit einem Nettovermögen und streben dies auch wieder an, auch wenn es zwischenzeitlich eine Kurve nach unten gibt. Wir rutschen etwas nach unten. Aber klar ist, dass wir wieder nach oben kommen müssen. Das Investitionsvolumen richtet sich nach den finanziellen Möglichkeiten. Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen richtet sich an den mittelfristigen notwendigen Steuereinnahmen aus. Juristische und natürliche Personen bleiben vom Steuerfuss her identisch. Die steuerliche Belastung soll in einem tiefen Drittel aller solothurnischen Gemeinden liegen, wenn man nur den Kanton Solothurn berücksichtigt. Wir arbeiten nach dem HRM2-Modell, das heisst, dass der Abschreibungswert auf dem aktuellen Anlagebestand mittelfristig bei 12 % liegt. Das sind die übergeordneten Zielsetzungen. Nach der Erarbeitung der Finanzplanung 2011 – 2017 hat sich eine vorübergehende Abweichung dieser Grundsätze abgezeichnet. Das habe ich an der letzten Debatte über den Finanzplan auch so gesagt. Konkretes Beispiel: Die Vorgabe des Selbstfinanzierungsgrades für Neuinvestitionen kann nicht eingehalten werden. Er ist jetzt sicher zu tief. Das muss man klar mehr als nur im Auge behalten. Aber aufgrund der Rechnungsabschlüsse und der Nachhaltigkeit, also langfristigen Wirkung der geplanten Investitionen besteht im Moment kurzfristig, so die Beurteilung aus der Finanzwelt und auch unsere Beurteilung, kein Handlungsbedarf. Die Erreichung der mittelfristigen Finanzziele ist aber nach dem Abschluss

der Grossprojekte ein Muss. Die übergeordneten Zielsetzungen werden jeweils für die einzelnen Direktionen, Abteilungen, Budgetteile, herunter gebrochen. Man schaut, ob kompensiert werden kann, ob es etwas braucht, ob es dies überhaupt braucht. Man muss die einzelnen Posten begründen. Das ist alles Vorarbeit zu unserem Büchlein, das wir Euch hier präsentieren. Der städtische Finanzhaushalt – und das muss an dieser Stelle wieder einmal gesagt werden – wird zu einem grossen Teil fremdbestimmt, rund 80 % des gesamten Haushaltes. Stichwort gebundene Ausgaben. Eine Ausgabe ist dann gebunden, wenn bezüglich Umfang, Zeitpunkt oder anderen Modalitäten kein Entscheidungsspielraum besteht. Die Stadt hat keine Wahlfreiheit, ob, wie und wann ein Vorhaben finanziert bzw. ausgeführt werden muss. Für das städtische Budget sind deshalb die Ausgaben von Bund und Kanton von sehr, sehr grosser Bedeutung. Die Entwicklungen, Neuerungen und Veränderungen, die praktisch alle Direktionen in unserer Stadt beeinflussen, müssen berücksichtigt werden. Wir erhalten auch kantonale Prognosen, Aussagen und Einschätzungen zu den Einnahmen. Bezüglich dieser Einnahmen haben wir aber selber auch die Verbindung, beispielsweise zu den Unternehmungen vor Ort und erfahren, hier quasi aus erster Hand, auch Entwicklungen nach oben und nach unten. Auch diese Unterlagen, Berichte und Aussagen beeinflussen das Erarbeiten des Budgets ganz enorm. Unser Finanzverwalter Markus Sieber ist von fast allen Fraktionen eingeladen worden und hatte Gelegenheit, aus unserer Sicht das aktuelle Budget zu präsentieren, genau gleich wie an der GPK-Sitzung. Markus Sieber steht natürlich auch heute für Fragen und Erklärungen jederzeit zur Verfügung. Zum Bericht und Antrag: Grössere Abweichungen in der laufenden Rechnung sind beschrieben. Es hat Erklärungen zu einzelnen Funktionen, zu den Sacharten. Zu beachten sind die Posten 35 und 36, die Entschädigung an Gemeinwesen und die eigenen Beiträge, nicht unwesentlich hohe Zahlen, die hier im Raum stehen. Spezialfinanzierungen sind unter Ziffer 7 aufgeführt. Das Investitionsbudget findet im Bericht und Antrag Niederschlag, im eigentlichen Budgetbüchlein, und auch in der Beilage, wo die einzelnen Projekte auch beschrieben und begründet sind. Wir alle wissen, dass die Einnahmen eigentlich alles beeinflussen, was wir planen und ausgeben möchten und/oder müssen. Für die Budgetierung der Steuereinnahmen gilt das Gemeindegesetz § 144. Dort steht, dass die Steuersätze so festzulegen sind, dass mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung erreicht wird. Die Festlegung der Steuerfüsse ist somit von den mittelfristigen Planergebnissen und nicht vom Resultat eines Budgetjahres abhängig. Die Absicht des Stadtrates ist sowohl im Finanz- und Investitionsplan 2011 – 2017 wie auch im heutigen präsentierten Vorschlag 2011 sichtbar. Trotz des Ertragsausfalls durch die kantonale Steuergesetzrevision ab 2012 und geplanten Defiziten im Finanzplan wird von uns am Steuerfuss von 100 % festgehalten. Die Prognosen des Kantons – unser kantonaler Finanzminister ist ja als Präsident der Finanzdirektorenkonferenz immerhin auch mit Bundesbern sehr eng verbunden – beruhen im Einnahmenbereich auf 43 % der Veranlagungen aus dem Jahr 2009. Bei den natürlichen Personen geht man davon aus, dass der Ertrag für die Stadt Olten und auch für den Kanton in etwa das Jahr 2010 erreichen wird. Bei den juristischen Personen geht man davon aus, dass der Ertrag 2011 markant unter dem „aussergewöhnlichen“ Jahr 2009 liegen wird. Wenn man dies alles berücksichtigt, gibt die Budgetierung 2010 und 2011 dem Stadtrat recht. Mit dieser Budgetierung erreichen wir eigentlich, was wir wollen, mit einem Steuerfuss von 100 %. Eine kurzfristige Korrektur auf das Niveau einer ausgeglichenen Rechnung oder aufgrund von guten Abschlüssen sogar die Inkaufnahme eines budgetierten Defizites sind angesichts der angespannten Situation im Finanz- und Investitionsplan nicht angezeigt. Eine Senkung von einem, zwei oder drei Prozenten wird mit Blick auf die Planperiode – darauf geht es hinaus – zu Ausfällen in der Höhe zwischen 5,6, über 11,2 bis zu 16,8 Millionen Franken führen, je nach Prozentanteil. Die Nettoverschuldung wird, wenn man die ganze Periode betrachtet, ganz klar um rund Fr. 1'000.— ansteigen, je nachdem, wie der Steuerfuss gewählt wird. Wir sind jetzt am Ende der Periode schon bei Fr. 1'800.— pro Person. Der Stadtrat übernimmt eine grosse Verantwortung, wenn er die finanziellen Mittel für den Erhalt und die Entwicklung der Stadt so planen muss, dass sie auch zur Verfügung stehen für das, was wir wollen. Das ist seine Aufgabe. Das Gemeindeparlament leistet zur Verfügbarkeit der finanziellen Mittel seinen Beitrag. Ihr bewilligt ja unter anderem

auch Projekte, für die diese Mittel gebraucht werden und die zu einem grossen Teil auch auf Beschlüssen beruhen, die in diesem Parlament entstanden oder gefällt worden sind. Das Parlament übernimmt also auch eine ganz wichtige Verantwortung für den Finanzhaushalt unserer Stadt, und ich bitte Sie inständig, dies auch in Ihre Überlegungen einzubeziehen. Der Voranschlag 2011 basiert auf den Budgetvorgaben und dem aktuellen Investitions- und Finanzplan. Die hohe Investitionstätigkeit zeigt mit den Auswirkungen deutlich die Grenzen für den Haushalt unserer Stadt auf. Unser System – hier sind wir wirklich gut beraten – lässt periodische und kritische Überprüfungen des gesamten Finanzhaushaltes zu. Die Stadt Olten ist bekannt, und hier legen wir als Stadtrat grossen Wert darauf, für eine nachhaltige, gut durchdachte Finanzpolitik ist und deshalb eine verlässliche Partnerin für alle, gerade im Bereich der Finanzen. In diesem Sinne bittet der Stadtrat Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf den Voranschlag einzutreten und den vorliegenden Beschlussesanträgen zuzustimmen.

Dr. Markus Ammann: Die SP unterstützt fast vorbehaltlos den Voranschlag 2011. Ich bin keiner derjenigen, die meinen, die Verwaltung und der Stadtrat müssen jedes Mal bei der Budgetstellung und Rechnung gelobt werden. Es ist ja ein Teil ihres Jobs, dass sie dies gut machen. Heute möchte ich aber trotzdem eine Ausnahme machen. Das vorliegende Budget ist nach unserer Auffassung noch einmal einerseits inhaltlich im Wesentlichen in Ordnung und andererseits aber auch formal doch noch einmal eine Spur klarer, transparenter und nachvollziehbarer geworden. Das freut uns, und in diesem Sinne möchten wir diesmal besonders Markus Sieber für das übersichtliche und gut lesbare Budget danken. Betrachten wir noch einmal kurz die Ausgangslage. Die Stadt hat unseres Erachtens eine sehr gute Ausgangslage, praktisch schuldenfrei, abgeschriebene Investitionen, konstant hohes Steuereinkommen. Die generellen wirtschaftlichen Aussichten sind zwar noch etwas unsicher, aber tendenziell eigentlich insgesamt gut. Der Ertrag wird trotz Ausnahmeerträgen der Vergangenheit und zukünftigen Mindererträgen in den Steuereinnahmen vermutlich auf hohem Niveau stagnieren. Davon gehen wir einmal aus. Alles in allem können wir optimistisch in die Zukunft schauen. Auf dieser Basis kann man auch das Budget betrachten. Dann müssen wir sagen, dass wir eigentlich zufrieden sein könnten. Wir finden dies sinnvoll und realistisch. Mir sind verschiedenste Gedanken durch den Kopf gegangen, wie man dieses Budget jetzt auch noch beurteilen könnte. Ich habe vorher Ernst Zingg gehört und gedacht: Genau: Sinn und Wert von Kennzahlen wäre ein solches Thema, das hier schon auch einmal diskutiert werden könnte. Oder den Meccano über Steuererträge oder Steuersätze, Investitionen und Abschreibung. Das sind auch solche Sachen, die halt zusammen gehören, die auch diskutiert werden könnten. Ich möchte aber nur zwei Punkte noch etwas genauer betrachten. Irritiert sind wir einerseits durch einen Widerspruch im Bericht und Antrag. Uns erscheint es wenigstens als Widerspruch, wo die finanzpolitischen Grundsätze erläutert sind. Zum einen wird eine mittel- bis langfristige ausgeglichene Rechnung gefordert. Auch eine Schuldenfreiheit ist ein nachvollziehbares Ziel. Einige Zeilen weiter unten wird aber ein Nettovermögen als finanzpolitisches Langfristziel erwähnt. Wir haben uns dann gefragt, weshalb wir eigentlich ein Vermögen brauchen. Ich glaube, Ernst Zingg hat es zweimal gesagt. Es gibt den Artikel 144 im Gemeindegesetz, der einen Ertrag fordert, der mittelfristig den Aufwand der laufenden Rechnung einschliesslich der notwendigen Abschreibungen deckt. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wir finden es wichtiger, vernünftiger oder auch sinnvoller, dass wir bei einem moderaten Steuerfuss den Erhalt der heute noch guten Infrastruktur sowie kundenfreundliche und moderne Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner gewährleisten kann. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass wir immer auch vorausschauend in die Zukunft investieren müssen, wenn wir den Anschluss nicht verpassen wollen. Wir schlagen vor, den Grundsatz des Nettovermögens vielleicht noch einmal zu überdenken. Zum Zweiten: Wir haben aktuell und in der jüngsten Vergangenheit tatsächlich zukunftssträchtig und nachhaltig investiert. Damit meinen wir aber vor allem Manpower bzw. „Gehirnschmalz“, indem wir unseres Erachtens sinnvolle Stellen geschaffen haben. Wir haben über Stadtentwicklung, Integrationsbeauftragte, Museenpensen, Schulsozialarbeit etc. gesprochen. Das ist gut so. Für uns ist dies auch ein

wichtiger, unverzichtbarer Teil des Service public. Kaum investiert haben wir aber in eine hervorragende bauliche Substanz. Wir haben zwar in den üblichen, durchaus notwendigen Tiefbauarbeiten, Strassen, Kanalisationen, Wasser etc. und in weitgehend fremdgesteuerte Projekte wie eine ERO oder ein Fachhochschule investiert. Grössere, für die Bevölkerung sicht- und spürbare Entwicklungsprojekte, die wir selber planen, selber in der Hand haben, haben wir aber kaum realisiert. Im vorliegenden Budget sind weit über 30 Millionen Franken für Investitionen vorgesehen. Das ist viel, möglicherweise sogar zu viel. Aber wir wollen, dass endlich Oltner Projekte im Blickpunkt stehen. Mit der Eissportanlage haben wir wenigstens einen ersten Meilenstein geschafft, der auch nach aussen ein Zeichen setzen kann. Aber in der Kernstadt, in der Innenstadt, gibt es immer nur Stillstand. Die Begegnungszone kommt jetzt nicht. Das ist vielleicht nicht oder nicht allein dem Stadtrat anzulasten. Was anstelle der Begegnungszone kommt, ist höchst ungewiss. Man könnte vielleicht morgen ein Zeichen in eine gewisse Richtung setzen. Aktuell herrscht hier, so wie ich es gespürt habe, vor allem Hoffen und Bangen. Manchmal habe ich das Gefühl, wir seien bald so weit, dass wir nur noch hoffen und nicht mehr bangen und zwar nur, damit sich etwas bewegt, was auch immer. Was im Aareraum kommen wird, ist ungewiss. Im Bahnhof Ost wird zwar geplant. Was kommen wird, ist auch noch nicht ganz klar. Vielleicht wird im Westen beim Bahnhofplatz dann auch einmal geplant. „Chance Olten Ost“, Bifang, wird geplant. Bei den Museen wird geplant. Schützenmatte, Hallenbad gibt es auch so Gedanken und Pläne. Nur realisiert wurde bisher nichts. Noch einmal: Es darf nicht so weiter gehen. Deshalb werden wir, auch wenn gewisse Zweifel vorhanden sind, dass soviel Geld in einem Jahr überhaupt seriös investiert werden kann, dem Budget auch mit diesen hohen Investitionsbeiträgen zustimmen in der Hoffnung, dass wir endlich den einen oder anderen Schritt in dieser Stadt vorwärts kommen. Noch ein kurzes Wort zu den Anträgen, die auf dem Tisch liegen und die wir auch frühzeitig erhalten haben: Es ist unschwer zu erraten, dass wir den beiden Anträgen zur Reanimierung der flankierenden Massnahmen in der Innenstadt oder in den Quartieren im Budget zustimmen werden. Das hat Sinn und gerade im jetzigen Zeitpunkt vor der ERO-Eröffnung ist dies logisch. Ebenso klar ist es, dass wir im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik und mit einem Blick auf den Finanz- und Investitionsplan, wie es Ernst Zingg auch gesagt hat, den SVP-Antrag für eine Steuersenkung klar ablehnen werden. Eigentlich haben wir kein einziges vernünftiges Argument gefunden, weshalb wir gerade jetzt die Steuern noch einmal senken sollten. Wir werden uns offen halten, wie wir uns verhalten werden, wenn diese Steuersenkung durchkommen sollte.

Theo Schöni, Fraktion Grüne: Vorerst wie jedes Jahr auch unseren Dank an die Verwaltung und alle Direktionen für die geleistete Arbeit, das Erstellen des Voranschlages und die laufende Rechnung wie auch für die Investitionen für das kommende Jahr. Seitens der GPK-Sprecherin habe ich Folgendes gehört. Ein Stichwort war beispielsweise messbarer Erfolg, Kennzahlen. Ich habe mir auch erlaubt, im Vorfeld zu diesem Votum einmal auf die Nachbarstadt zu schauen. Wir nehmen sie ja immer gerne zum Vergleich, wenn es beispielsweise um Steuersenkungen geht, um zu sagen, wie gut sie auch leben. Ich habe Aarau angeschaut. Wir sind ja nahe verbunden mit Aarau, aber auch mit anderen Nachbarstädten. Vielleicht sollte einmal ein Blick darauf geworfen werden. Zum eigentlichen Voranschlag: Können die Zielvorgaben alle eingehalten werden, auch wenn sich der Überschuss gegenüber den Vorjahren nur noch bescheiden ausnimmt? Gleichzeitig nimmt auch der Selbstfinanzierungsgrad ab, bleibt aber in etwa auf dem Niveau des vergangenen Jahres. Das führt dazu, dass wir auf die Rücklagen aus den Vorjahren zurückgreifen müssen. Wir sind auch gezwungen, einen Teil der Investitionen über Fremdfinanzierungen abzudecken. Alles bewegt sich noch in akzeptablen Grenzen. So können wir unter dem Strich immer noch ein deutliches Nettovermögen ausweisen. Der Investitionsanteil wird im kommenden Jahr um einiges höher liegen als in den vergangenen Jahren. Rund zwei Drittel dieser Investitionen sind aber durch den Tiefbau besetzt und werden dort verschlungen. Zudem sind es immer noch mehrheitlich gebundene Beiträge für die beiden Grossprojekte ERO und Fachhochschule. Natürlich sind wir bei der Budgetplanung auch etwas überrascht gewesen über die beiden Investitionsprojekte der Bildungsdirektion. Wir werden uns dann

aber in der Detailberatung noch zu diesen Geschäften äussern können. Erfreulich ist neben all diesen werterhaltenden Investitionen, dass auch Neues dazu kommt. Ich habe dort im Gegensatz zu meinem Vorredner durchaus auch Sachen gefunden. Zum Beispiel möchte ich die Erschliessung Olten SüdWest nennen. Das ist ein wichtiger Grundstein in unserer städtischen Entwicklung, werden doch dort die Baufelder baureif gemacht und den Investoren, die dort etwas erstellen möchten, wird das Feld bereit gestellt. Die Ertragsseite zeigt klar auf, dass der Steuerertrag wie im vergangenen Jahr sehr vorsichtig budgetiert worden ist. Damit steht auch fest, dass uns mit Blick auf den Finanzplan das Ansinnen, den Steuerfuss zu senken, völlig unrealistisch erscheint. Somit ist auch vorweg genommen, dass wir den Antrag auf eine Steuersenkung klar ablehnen werden. In diesem Zusammenhang wäre es einfach auch wünschenswert, dass die SVP jeweils auch zum Ausdruck brächte, dass sie den Finanzplan ablehnend zur Kenntnis genommen hat. Dann ist es natürlich einfach, Steuern zu reduzieren. Wir sind deshalb auch gespannt, wo der Rotstift angesetzt werden soll, wenn auch bei der SVP das Ziel immer noch sein sollte, ein ausgeglichenes Budget zu haben. Wir möchten einmal mehr zu bedenken geben, dass die Senkung des Steuerfusses nur einen minimalen Einfluss auf die Attraktivität von Olten hat. Das hat auch die Zunahme der Bevölkerung zum Beispiel nach der letzten Steuerreduktion klar gezeigt. Zudem ist uns allen bewusst, dass nur ein kleiner Teil der Steuerentlastung wieder auf dem Platz Olten ausgegeben wird. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, wie unerträglich es zum Beispiel ist, an all diesen Geschäftsauslagen vorbei zu gehen, die leer stehen. Bei allen Anstrengungen unserer Wirtschaftsförderung gelingt es offensichtlich nicht, diese Stadt zu beleben. Ist dies denn wirklich auf den Steuerfuss zurück zu führen und diesem anzulasten? Offensichtlich nicht, denn selbst Gewerbetreibende bestätigen, dass die Preispolitik von Liegenschaftsbesitzern und Vermietern hauptsächliche Verursache dieser Umstände sind. So hätten alle Mieter wesentlich mehr in der Tasche, wenn in dieser Beziehung endlich ein Kurswechsel vorgenommen werden würde. Vergessen wir nicht zuletzt, dass die Stadt äusserst moderate Gebühren aufweist, die auf das gute Wirtschaften, beispielsweise der sbo oder des Abwasserzweckverbandes, zurück zu führen sind. Zu den beiden von uns gestellten Anträgen werden wir in der Detailberatung noch zu reden kommen. Natürlich hoffen wir auf eine wohlwollende Aufnahme und eine breite Unterstützung. Wir Grünen werden einstimmig auf das Geschäft eintreten und den Beschlussesanträgen des Stadtrates zum Voranschlag 2011 zustimmen.

Antonia Hagmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Zuerst möchte auch ich dem Finanzverwalter Markus Sieber für die Ausführungen und Erklärungen in unserer Fraktion bezüglich Voranschlag 2011 nochmals ganz herzlich danken. Geduldig hat er unsere Fragen beantwortet und uns auch noch zusätzliche Informationen zukommen lassen. Dass ein Voranschlag bei den Einnahmen auf diverse Anhaltspunkte, Prognosen und Erfahrung beruht, ist uns ja wohl allen bewusst. Hoffen wir einfach, dass die positiv prognostizierten Steuereinnahmen dann auch wirklich eintreffen. Bei den Ausgaben liegt es dann aber schon in unserer Hand, wohin wir hier steuern. Eigentlich könnte ich an dieser Stelle die Voten unserer Fraktionssprecher der letzten Jahre bringen, denn es wurde von uns immer wieder darauf hingewiesen, dass die Verwaltungskosten sprich Sachaufwand Jahr für Jahr steigen und wir dies nur ungern zur Kenntnis nehmen. Diese Situation hat auch in diesem Jahr in unserer Fraktion wieder einiges zu diskutieren gegeben. Es ist uns schon bewusst, dass einige Mehrkosten auch durch unsere Entscheide im Parlament ausgelöst werden. Vermehrte Investitionstätigkeit löst natürlich auch vermehrte Verwaltungskosten aus, was ich hier nicht negativ meine. Trotz dieser Erklärungen sind wir immer noch der Ansicht, dass ein Anstieg von Jahr zu Jahr langsam aber sicher nicht mehr vertretbar ist. Daher ist die Diskussion über eine mögliche Steuersenkung nicht ganz abwegig, denn die Stadt wäre mit weniger Einnahmen gezwungen, Einsparungen vorzunehmen. Obwohl unsere Fraktion positiv zu Steuersenkungen steht und dies auch schon erfolgreich angeregt hat mit dem Gedanken des Spardrucks sind wir dennoch grossmehrheitlich der Meinung, dass eine Steuersenkung in diesem Jahr und auch im Hinblick auf die bevorstehende Steuergerechtigkeitsinitiative wenig Sinn macht. Bekanntlich stehen ja einige Investitionen an, und wir sind

der Meinung, dass über eine Senkung frühestens in einem Jahr diskutiert werden kann, wenn wir den wirtschaftlichen Aufschwung und die Realisierung der Investitionen noch etwas besser einschätzen können. Ein anderer Budgetposten, der unsere Aufmerksamkeit auch auf sich gezogen hat, ist der Bereich Bildung. Die Kosten sind hoch und die Tendenz steigend. Durch die Sek I-Reform sind Vergleiche mit den vergangenen Jahren unmöglich gewesen, und daher ist nicht alles ganz einfach zuzuordnen. Hier werden wir wahrscheinlich auch erst in einigen Jahren sehen, was uns diese Reform wirklich kostet. Momentan müssen wir es einfach so akzeptieren. Der Voranschlag der Investitionsrechnung hat bei uns keine grosse Diskussion ausgelöst. Die Investitionen sind ja bekanntlich hoch, sollten aber für Olten, wenn sie dann einmal umgesetzt werden können, wirklich endlich einen erheblichen Mehrwert geben. Über die bevorstehenden Investitionen und pro-Kopf-Verschuldungen konnten wir ja beim Finanzplan schon ausführlich diskutieren. Die Anträge der Grünen werden wir nicht unterstützen, denn wir sind der Meinung, dass keine Kredite gesprochen werden sollten, wo nicht ein konkretes Projekt für 2011 steht und auch umgesetzt werden möchte. Beim Antrag Verkehrskonzept Innenstadt soll zuerst die Abstimmung abgewartet werden, und beim Antrag Massnahmen gegen den Durchgangsverkehr kann man zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beurteilen, ob solche Investitionen dann überhaupt notwendig sind. Die CVP/EVP-GLP-Fraktion wird einstimmig eintreten, den Antrag einer Steuersenkung grossmehrheitlich ablehnen und dem stadträtlichen Beschlussesantrag zustimmen.

Marc Winistöfer, SVP-Fraktion: Wenn ich meinen Vorrednern zuhöre, kommt es mir fast wie bei der Oscar-Verleihungen vor. Jeder dankt jedem. Trotzdem möchte auch ich einen Dank aussprechen. Um bei der Filmsprache zu bleiben, möchte ich den Hauptdarstellern einmal danken. Ich danke den Steuerzahlern von Olten, dass sie jedes Jahr zum Überschuss beitragen. Ohne sie hätten wir nämlich auch die Möglichkeit, das Geld mit beiden Händen aus dem Fenster zu werfen. Aber jetzt zum Thema. Alle Jahre wieder könnte man fast schon sagen, wenn man das Budget mit den Beilagen liest. Die Konjunkturdaten für das nächste Jahr sind wie immer düster. Ich lese hier wieder von schwächerem Wirtschaftswachstum, einem Dämpfer bei der Konjunktur und von grosser Unsicherheit. Die Investitionsrechnung droht auch wie immer aus allen Nähten zu platzen. Zum Glück, muss man fast sagen, schickt das Stimmvolk einen grossen Teil bachab. Die Kosten steigen auch wie immer, und trotzdem fordert das Verwaltungspersonal eine Lohnanpassung. Langsam aber sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden die Bürgerinnen und Bürger von Olten dies nicht mehr „abkaufen“. Die Stadt verhält sich so gesehen wie ein Unternehmen, das dauernd Rekordgewinne verbucht, von den Aktionären aber immer verlangt, sie sollen auf ihre Dividende verzichten. Nachdem die Steuereinnahmen wie immer höher ausfallen werden und dies, obwohl mehr ausgegeben wird, ist es unseres Erachtens wieder einmal Zeit, eine Steuersenkung zu diskutieren. Auch wenn der Stadtrat sagen wird, dies sei verantwortungslos, sind wir der Meinung, dass es möglich ist. Wir haben es durchgerechnet und sind zum Ergebnis gekommen: Ja, es ist möglich. Aus diesem Grund werden wir uns erlauben, einen Antrag auf eine massvolle Reduktion des Steuerfusses zu stellen. Kritiker werden jetzt sagen, dies sei auch wie immer. Aber mit dieser Kritik können wir gut leben. Alles in allem wird die SVP-Fraktion auf das Geschäft eintreten. Das ist bei uns unbestritten gewesen. Für eine Rückweisung haben wir auch keine Gründe gesehen. Bei einigen Punkten gibt es oder hat es mindestens noch offene Fragen gegeben, die wir im Verlaufe der Debatte sicher stellen werden. Ich möchte noch kurz eine Belehrung geben. Eintretensdebatte ist nach Artikel 26 der Geschäftsordnung des Parlamentes: „Bei jedem Verhandlungsgegenstand wird zuerst beraten, ob auf das Geschäft einzutreten sei. Ist Eintreten beschlossen, wird das Geschäft materiell behandelt“. Ich bitte meine Kollegen, dies in Zukunft ernst zu nehmen und materielle Aussagen erst nach dem Eintreten zu tätigen.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Das vorliegende Budget des Stadtrates für 2011 ist keine grosse Überraschung. Die Grundrichtung ist bekannt, spätestens seit September dieses Jahres, der Präsentation des Finanz- und Investitionsplanes. Wir danken dem Finanzdirektor, wir danken der Finanzdirektion für die umfassenden Unterlagen und Informationen. Auch stehen wir ein,

das wir es als Milizparlamentarier mit der Zahlenfülle nicht einfach haben. Es ist schwierig für uns, dies zu verarbeiten. Wer sich aber doch in die Dokumente hineinkniet, lernt viel über die Stadtverwaltung und lernt viel über die städtischen Aufgaben und Tätigkeiten. Unsere Fraktion hat sich intensiv mit dem Voranschlag befasst und wird auch einstimmig auf das Geschäft eintreten. In der laufenden Rechnung sehen wir mehr oder weniger eine Fortschreibung der Budgetpolitik der vergangenen Jahre. Einerseits werden die Einnahmen eher konservativ budgetiert, und andererseits wachsen die budgetierten Ausgaben über alles betrachtet auch noch einigermaßen begründbar. Das führt dazu, dass es in den letzten Jahren immer zu grossen, schönen Überschüssen gekommen ist und in der Rechnung immer deutlich höher als im Budget vorgesehen abgeschlossen wird. Wenn man das Budget anschaut, sieht man auch, dass der Verwaltung in Olten relativ viel Geld zur Verfügung steht. Wenn man jetzt durch das Stadthaus geht, ist es nicht so, dass die Personen, welche die Budgets verantworten müssen, Schweissausbrüche haben, sondern man kommt recht gut mit diesen Budgets zurecht. Das ist im Vergleich mit anderen Kommunen und auch mit der Privatwirtschaft nicht überall so. Dort ist die Budgetphase häufig auch eine Phase, wo sehr hart miteinander gesprochen hat und wo manchmal auch eine Narbe zurück bleibt. Dass in Olten relativ viel Geld zur Verfügung steht, sieht man zum Beispiel am Personalaufwand, der im Jahr 2011 um über 4 % steigt. Es zeigt sich auch beim Sachaufwand, den man wahrscheinlich mehrheitlich am besten selber beeinflussen kann. Er steigt für das Budget 2011 um nicht weniger als 4,3% gegenüber dem Budget 2010, und er steigt sogar um über 10 % gegenüber der Rechnung 2009. Dies – das muss auch festgestellt werden – bei einer Minusteuerung, wenn man beide Jahre oder nur dieses Jahr anschaut, von 0,2 %. Beim Sachaufwand setzt der Stadtrat nach unserer Beurteilung zu wenig klare Prioritäten. Gleichzeitig müssen wir uns auch eingestehen, dass das Parlament mit der heutigen Budgetmethode kaum Gegensteuer geben kann, ausser wir würden bei jeder Kostenstelle jede einzelne Ausgabe im Detail anschauen. Wir müssten also beispielsweise im Detail diskutieren über eine Ausgabe wie – ich habe sechs aus 300 oder 400 heraus genommen – über eine Erhöhung des Stadtratsdispositionskredites um Fr. 10'000.—, ein Kaderessen von Fr. 7'000.--, eine Standarte für die Stadtpolizei für Fr. 10'000.--, einen Wasserspender für die Stadtpolizei für Fr. 2'400.--, den Ersatz von drei Lehrerpulten im Frohheimschulhaus für Fr. 10'500.— oder ein Regal für Hörbücher in der Stadtbibliothek für Fr. 12'000.— usw. Ich glaube, wir müssen uns eingestehen, dass wir als Parlament nicht richtig beurteilen können, ob es diese Ausgaben braucht oder nicht. Wir können auch nicht beurteilen, ob man die Leistungen, die es braucht, billiger einkaufen könnte oder nicht. Das können wir nicht. Wir haben das Gefühl, dass zwischen dem Notwendigen und dem Wünschbaren immer noch nicht ganz klar genug unterschieden wird. Ebenfalls wissen wir – das zeigt die Erfahrung – dass auch Kleinvieh Mist macht, auch in einem Budget, auch in einer Rechnung. In der wirkungsorientierten Verwaltung, wie sie im Solothurner Kantonsrat angewendet wird, könnten wir in diesem Punkt unseren Willen deutlich besser ausdrücken. Wir könnten zum Beispiel den Stadtrat verpflichten, bestimmte Ausgabengruppen um einen bestimmten Prozentsatz zu kürzen oder zu erhöhen. Der Stadtrat könnte dann selber entscheiden, weil er es aufgrund seiner Tätigkeit mit der operativen Verwaltung weiss, wie er dies umsetzen will. Über einen solchen Systemwechsel Richtung WOV könnte man in diesem Parlament vielleicht auch einmal diskutieren. In der Investitionsrechnung sehen wir ein sehr hohes Investitionsvolumen. Wir sehen auch, dass wir uns mit der Finanzierung dieser Investitionen bei diesem tiefen Selbstfinanzierungsgrad schon sehr bald wieder spürbar werden verschulden müssen. Vom Stadtrat erwarten wir, dass er die Abweichung von seinen eigenen finanzpolitischen Grundsätzen wirklich nur vorübergehend akzeptiert und rasch korrigiert, wie er es auch versprochen hat. Eine solche Trendwende wird nicht einfach sein. Voraussetzung sind klare Prioritäten, und man muss auch unpopuläre Entscheide fällen, die vielleicht gegen bestimmte Einzelinteressen gehen, aber im Interesse der gesamten Stadt sind. Bei den Investitionen müsste vermehrt noch darauf geschaut werden, welche Folgekosten sie auslösen. Sie kommen nachher in die laufende Rechnung und werden den Spielraum der laufenden und künftigen Generationen weit einschränken. Wichtig ist uns auch, dass man sich die Investitionen mit einem klaren, nachweisbaren Mehrwert für die

Stadt, die Bevölkerung und das Gewerbe macht. Das ist in der Vergangenheit zu wenig stark geschehen. Sonst hätte Olten in verschiedenen Vergleichen, in Benchmarks mit anderen Städten in letzter Zeit nicht spürbaren Boden verloren. Die steuerliche Belastung der Familien und des Gewerbes ist ein entscheidender Faktor in der Standortgunst. Auch hier muss Olten investieren, damit die Stadt konkurrenzfähiger wird und sich auch zum Wohle aller besser entwickeln kann. Wir werden in der Detailberatung bei der Festlegung des Steuerfusses auf diesen Punkt zurück kommen und auch einen Antrag auf eine massvolle Senkung um 2 % stellen. Ein Hinweis: Die massvolle Senkung um 2 % macht 4 oder 5 % der Investitionen im Finanzplan bis 2017 aus. Das zeigt auch, dass sie massvoll ist. Der Stadtrat erwähnt immer wieder, dass viele Ausgaben gebunden und fremdbestimmt sind und der Handlungsspielraum der Stadt gering ist. Natürlich ist die Stadt gebunden. Es gibt viele Vorgaben des Bundes, des Kanton und auch von regionalen Institutionen. Aber bei genauem Hinsehen sieht man manchmal auch, dass doch noch einiger Handlungsspielraum vorhanden ist, vielleicht gerade dort, wo man es nicht erwartet. Wir haben in der GPK eigentlich zufälligerweise gemerkt, dass in der Bildungspolitik auch vom Bauchgefühl her ist fast alles gebunden ist, 50 % der Bildungsausgaben der Stadt beeinflussbar sind. Möglicherweise ist dies in anderen Direktionen auch so. Mein Bauchgefühl ist, dass es wahrscheinlich in anderen Direktionen mehr ist. Wir haben einen Spielraum, und wir möchten ihn auch ausnützen, mit klaren Prioritäten für eine zukunftsgerichtete Finanz- und Investitionspolitik. Die FdP wird einstimmig für Eintreten sein. In der Detailberatung kann auch von unserer Seite beim einen oder anderen Punkt noch eine Frage kommen. Bei den Beschlussesanträgen werden wir das Thema Steuern noch einmal aufgreifen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

DETAILBERATUNG

Laufende Rechnung

Parlamentspräsident Heinz Eng: Das Ganze ist in den Fraktionen besprochen worden. Ihr kennt die Systematik. Wir verfahren so, dass wir die Konti durchgehen.

Allgemeine Verwaltung

Seite 1, 012.365.00, Dispositionskredit SR

Roland Rudolf von Rohr: Der Stadtrat möchte Fr. 30'000.— sprechen. Ich stelle keinen Antrag, möchte aber doch gerne einige Auskünfte zum Beachvolleyball-Anlass im Allgemeinen. Seitens des Gewerbes ist hier einige Opposition entstanden. Ich habe mir aber sagen lassen, dass es vom Gewerbe auch positive Stimmen gibt. Ich selber begrüsse an und für sich einen solchen Sportanlass in Olten. Man hat gesehen, dass dies, wie auch andere Sportanlässe in Olten, Publizität bringt. Ich frage mich nur, ob der Standort der richtige ist. Wir haben nämlich in Olten Alternativen, zum Beispiel in der Schützi, wo er schon einmal stattgefunden hat und es recht gut gegangen ist. Im Moment gäbe es sogar noch viel grössere Gebiete, Olten SüdWest, wo riesige Anlässe durchgeführt werden könnten und viel mehr Fläche genutzt werden könnte. Die Frage an den Stadtrat ist, ob die Bedenken des Gewerbes, insbesondere des Detailhandels an der Kirchgasse, der ganz empfindliche Umsatzeinbussen hat, zur Kenntnis genommen wurden und man sich dafür eingesetzt hat, dass dieser willkommene Anlass in Olten auch versetzt werden könnte.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich bin nicht der Sportdirektor und auch nicht der Mann, der die Plätze vergibt. Aber es ist etwas eine übergeordnete Angelegenheit, und ich möchte im Namen des Stadtrates einige Ausführungen machen. Roland Rudolf von Rohr hat den Ausdruck „willkommener Anlass“ verwendet. Der Stadtrat erachtet diesen Anlass ebenfalls als willkommen in dieser Stadt. Beachvolleyball hat im Sinne dieser Anlässe eine besondere Struktur. Beachvolleyball hat ja etwas mit Strand zu tun und kann am Meer, am Wasser, an einem See gespielt werden. Olten hat dies nicht zur Verfügung. Die Organisatoren haben sich deshalb seit Jahren erfolgreich auf die Fahne geschrieben - und letztes Jahr in Olten trotz miserablen Wetter auch sehr erfolgreich durchgeführt – dass Beachvolleyball im Zentrum einer Stadt gespielt werden soll. Rorschach ist ein Paradebeispiel für die Durchführung solcher Sportanlässe mitten in der Stadt. Der Stadtrat hat nicht einfach ja zu einer Wiederauflage des Ganzen gesagt. Er hat auch nicht einfach Fr. 30'000.— hinein genommen. Wenn nämlich die Rechnung, die Seriosität und die Abrechnung nicht stimmen würden, hätten wir es hinterfragt. Aber es ist ein toppseriöses Unternehmen mit ausgewiesenen Mitarbeitenden, das man auch aus der Gegend kennt. Der Direktor des ganzen Unternehmens kommt aus Zofingen. Wir werden alle Aufwendungen abgedeckt haben. Alle Rechnungen sind bezahlt. Es hat keinen Kostenüberschuss gegeben. Zum Gewerbe: Das ist eine echte Sorge für die Stadtregierung gewesen. Wir haben mit den Veranstaltern verhandelt, wie man dem irgendwie entgegen kommen könnte. Insbesondere haben an der Kirchgasse zwei beteiligte Gewerbler deklariert, dass sie einen Umsatzrückgang gehabt haben. An der genau gleichen Gasse haben aber ebenso Gewerbler gesagt: Weiterfahren. Wir möchten dies unbedingt haben und haben überhaupt keine Umsatzeinbusse gehabt. Es kommt etwas auf die Situation an. Man hat im letzten Jahr auch versucht, denjenigen, die in diesem Jahr reklamiert haben, alles Mögliche zur Verfügung zu stellen, damit die Kundschaft gleichwohl zu ihren Läden kommt und die Anlieferung stattfinden kann und und und... Was haben wir gemacht? Man hat das Ganze mit den Veranstaltern etwas gedreht. Die grosse Arena ist nach wie vor vor der Stadtkirche, weil genau diejenigen, die dort an der Kirchgasse tangiert werden, mit dem Ganzen sehr einverstanden sind. Die sogenannten Public-Viewing-Plätze mit den ganzen Ständen und den Beizli sind an der Baslerstrasse. Der grosse „Player“ an der Baslerstrasse, der Euch allen bekannt ist, ist von dieser Veranstaltung begeistert und hat seine gesamten Vorplätze und Anlagen mit grosser Freude zur Verfügung gestellt. So haben wir das Ganze gedreht, und der westliche Teil der Kirchgasse ist völlig frei zugänglich. Der Munzingerplatz ist zugänglich. Die Museen sind zugänglich. Das ist auch ein Thema gewesen. Man konnte nicht gut ins Museum gehen, als gerade eine Ausstellung war. Wir haben deshalb entschieden, weil dies möglich ist, den Anlass dort stattfinden zu lassen, und das Geld ins Budget aufzunehmen, im Übrigen mit dem Präsidenten des Verbandes Gewerbe Olten kommuniziert.

Roland Rudolf von Rohr: Stimmt es, dass es die Bedingung des Hauptsponsors war, dass es in der Stadt stattfindet. Da hat man gar keine Alternative gehabt. Entweder Kirchgasse oder gar nicht.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ja, das ist so.

Roland Rudolf von Rohr: Ich habe mir aber sagen lassen, dass die Kommunikation mit dem Gewerbeverband klar negativ gewesen ist. Ihr habt ja jetzt begründet, dass einiges geändert werden konnte. Sind die Betroffenen über die Änderungen auch informiert worden?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ja.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Es scheint hier Übereinstimmung zu herrschen.

Seite 6, 110.318.02, Dienstleistungen Dritte

Urs Knapp: Ich habe eine Bemerkung zum Verkehrsdienst EHC Olten. Wir haben dies schon mit dem Stadtrat diskutiert, und er hat gesagt, er prüfe dies auch. Man muss sich einfach bewusst sein, dass die Fr. 40'000.—, die hier stehen, nicht alles sind, sondern die Kantonspolizei noch rund Fr. 250'000.— ausgibt, wenn ich dies richtig verstanden habe, und die Stadtpolizei ca. Fr. 120'000.— für den Verkehrsdienst. Es ist ein hoher Betrag, und ich bin froh, dass der Stadtrat gesagt hat, er werde dies im nächsten Jahr im Rahmen der Unterstützungen der Vereine einbringen. Ich möchte ihn darin nur unterstützen.

Seite 10, 212.302.00, Besoldungen

Stephan Hodonou: Dort gibt es keine Erläuterungen, und die Steigerung ist relativ gross. Wie ich es auch immer gerechnet habe, gibt es einen massiven Mehraufwand bei den Besoldungen. Das ist bei mir aber irgendwie nicht aufgegangen mit den Erläuterungen in der Beilage, Seite 28, wo ich nicht sehe, dass es mehr Personal gibt. Weil sonst immer ziemlich alles erklärt ist, habe ich mich hier gefragt. Es geht doch um rund 1,6 Millionen Franken.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Es geht um den rasanten Anstieg bei den Besoldungen gegenüber der Rechnung 2009 und Voranschlag 2010.

Stadtrat Mario Clematide: Grundsätzlich möchte ich wiederholen, was Antonia Hagmann gesagt hat. Das Jahr 2011 und sehr wahrscheinlich auch 2012 wird, was die Budgetierung anbelangt, relativ schwierig sein, weil dann Reformen drin sind. Es kommt dazu, dass wir jetzt bei der Budgetierung – das hast Du gesehen und das ist Ausfluss eines Kreisschreibens des Finanzdepartements – buchhalterisch zusammenfassen müssen. Die verschiedenen Typen werden nicht mehr unterschieden. Es ist ja so, dass wir dann nur noch die Sek I mit E- und B-Profil haben werden. Die Oberschule und die Werkklasse fallen weg. In der GPK habe ich eine Vervielfältigung abgegeben, die approximativ aufzeigt, wie dies in Zukunft aussehen wird. Dazu kann ich einfach grundsätzlich sagen, dass wir im Budgetjahr 2012 den ersten Vergleich machen können, ob die Zahlen, die wir haben, stimmen oder nicht. Zu den Mehrkosten: Im Kreisschreiben, das vom Finanzdepartement gekommen ist, sind die Kosten, die wir überwälzen müssen, ganz klar enthalten. In der Primarschule ist es die Fremdsprache Französisch. Bei den Primarlehrerlöhnen konnten wir dies detailliert aufführen. Wir haben die Umsetzung der Reform Sek I, und wir haben die spezielle Förderung. Das sind zum Teil ganz klar Kostentreiber. Wenn Du Details möchtest, kannst Du jederzeit zur Bildungsdirektion kommen. Wir werden Dir detailliert Auskunft geben.

Stephan Hodonou: Danke Mario, das würde ich gerne tun. Es ist mir einfach aufgefallen, dass relativ viel Luft enthalten ist. Sonst ist es für mich gut.

Seite 10, 212.361.01, Schulgelder an Kanton

Stephan Hodonou: Lese ich richtig, dass das Gelder für die Sek P-Schüler und es in dem Sinne budgetiert ist, dass 80 Schüler an die Kantonsschule gehen?

Stadtrat Mario Clematide: Ich kann Dir genau sagen, was der Kanton geschrieben hat: „Die Sek P wird von ca. 15 bis 20 Prozent des Jahrgangs besucht. Die Zuteilung der Gemeinden zu den jeweiligen Sek P-Standorten ist per Regierungsratsbeschluss erfolgt. Für jede Schülerin und jeden Schüler sind“ – man höre und staune – „15'400 Franken gemäss Regionalschulabkommen einzusetzen“. Hier mache ich jetzt auch eine Klammerbemerkung. Es ist auch Luft enthalten.

Stephan Hodonou: Ich bin mit Dir einverstanden. Aber das gibt rund 75 bis 80 Schüler, bei denen man rechnet, dass sie die Kantonsschule und nicht Sek E, B und K besuchen.

Seite 29, 721.469.01, Werbeeinnahmen

Marcel Buck: Im Voranschlag 2011 haben wir keine Werbeeinnahmen budgetiert. Weshalb nicht?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Wir können dies im Moment nicht beantworten. Die Werbung war letztes Mal budgetiert und jetzt nicht. Sehr wahrscheinlich haben wir keinen Werber gefunden.

Adrian Balz: Momentan haben wir keine Verträge abgeschlossen, deshalb können wir nichts budgetieren. Wenn wir etwas abschliessen können, nehmen wir die Einnahmen selbstverständlich entgegen.

Seite 29, 770.361.01, Naturschutzprojekte, Fr. 20'000.--

Marcel Buck: Das Biodiversitätsjahr ist ja vorbei. Trotzdem sind immer noch Ausgaben budgetiert. Ich möchte gerne wissen weshalb.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Letzte Mal hatten wir einen Budgetposten, weil wir im Rahmen des Biodiversitätsjahres Veranstaltungen durchgeführt haben. Das ist der allgemeine Teil, der weiter geführt wird. Der Bedarf und die Nachfrage nach Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Natur ist sehr gross. Ein sehr gutes Projekt, das im letzten Jahr lanciert wurde, ist der Biodiversitäts-Kalender, der reissenden Absatz fand und nach dem immer wieder gefragt wird. Wir haben uns entschlossen, diesen Kalender auch im Jahr 2011 weiter zu führen, noch etwas ergänzt mit anderen Themen, insbesondere auch von der Tierwelt, nicht nur aus der Natur. Das sind die Kosten von Fr. 15'000.—.

Marcel Buck: Wenn dieser Kalender eine so reissende Nachfrage hervor ruft, bin ich der Meinung, dass er verkauft und nicht einfach verschenkt werden sollte.

Investitionsrechnung

Seite 42, 620.501.030, Anpassungen für ERO/Änderungsantrag Grüne Olten betr. Massnahmen zur Entbindung des Durchgangsverkehrs im Säliquartier

Theo Schöni: Es gibt zu diesem Antrag nicht viel nachzuholen. Die Begründung haben wir niedergeschrieben, weshalb wir der Meinung sind, dass man bereits heute entsprechende Massnahmen an die Hand nehmen sollte. Es ist eine der wenigen Möglichkeiten, die wir im Vorfeld zur ERO haben, wenn sie 2013 dann tatsächlich eröffnet wird, bereits einen gewissen Vorsprung zu haben und die Aussichten, dass wir mit der ERO eine Verbesserung in Bezug auf das Verkehrsaufkommen im Säliquartier erhalten werden, schätzen wir so ein, dass der Druck zunehmend grösser wird. Ich darf daran erinnern, dass wir bereits im Jahr 1993 über die Verkehrssituation in diesen Quartieren und insbesondere auch im Säliquartier verhandelt haben. An der letzten Parlamentssitzung hatten wir einen Vorstoss von unserer Seite, der ist als Postulat überwiesen worden ist. Es ist nicht so, dass nichts gemacht würde, aber wir sind der Auffassung, man könnte den im Finanzplan vorgegebenen Zeitplan beschleunigen. Ich denke, in diesem Sinn möchten wir den Kredit um die Fr. 200'000.— erhöhen, damit man sich jetzt schon mindestens situativ so vorbereiten kann. Es müssen noch nicht rein bauliche Massnahmen ergriffen werden. Es heisst immer, man könne dies mit relativ wenig Aufwand bewerkstelligen. An der Veranstaltung, welche die CVP letzte Woche durchgeführt hat, hat mich erstaunt, dass bereits im Eintretensvotum der CVP gesagt worden ist, man werde darauf nicht eintreten wollen. Aber nichts desto trotz möchten wir daran festhalten und Euch beliebt machen, dass wir jetzt schon ein Zeichen setzen, auch im Hinblick auf die Beruhigung und zum Wohle der Bevölkerung. Es ist uns ganz klar, dass die Bevölkerung nicht absolut einen Gewinn haben wird. Sie wird von solchen Massnahmen

auch betroffen, jedoch vom Verkehr entlastet sein.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Das Anliegen oder die Problematik des Fremdverkehrs im Säliquartier, ist schon ein langjähriges. Man hat dies bereits in den Neunziger Jahren erkannt, indem Tempo-30-Massnahmen eingeführt wurden. Dann ist der Zubringerdienst gekommen. Man hat versucht, eine Einschränkung zu machen. Auch wurde festgestellt, dass man die Tempolimiten zum Teil mit baulichen Massnahmen wie Schwellen festnageln konnte. Aber auch in der heutigen Zeit, bevor die ERO eröffnet wird, hat man feststellen müssen, dass sich relativ viel Fremdverkehr in diesem Quartier ergiesst. Diese Problematik erkennen die Stadtpolizei, die Direktion Öffentliche Sicherheit und auch die Baudirektion jetzt schon. Auf den Zeitpunkt der Eröffnung der ERO wird, was auch etwas die Sorge dieses Quartiers ist, die Annahme, immer wieder genährt, es werde die vollkommene Ergiessung von Fremdverkehr in diesem Quartier geben. Das ist unter anderem auch der Grund, weshalb sich der Stadtrat nicht erst seit vorgestern oder einer Woche mit dieser Problematik auseinandersetzt. Wir sind uns alle fünf bewusst, dass wir dort als Stadtrat gefordert sind und verschiedene Szenarien und Massnahmenpakete bereit halten müssen, und zwar nicht erst, wenn die ERO eröffnet wird, sondern wir müssen diese rechtzeitig knüpfen können und auch installieren. Es gibt verschiedene Massnahmen, wie dieses Quartier geschützt werden kann. Eine sind polizeiliche Kontrollen. Dort kommen wir an gewisse Grenzen. Hier kann mich Kollegin Iris Schelbert vielleicht noch ergänzen. Oder man macht bauliche oder verkehrstechnische Massnahmen. Bei den verkehrstechnischen Massnahmen können es Einbahnsysteme bis Fahrverbote und Ähnliches sein, die nicht sehr viel Geld verschlingen. Wenn man die baulichen Massnahmen anschaut, sind dies Verkehrsscheiden, die installiert werden. In der Diskussion zwischen den Direktionen haben wir auch gemerkt, dass wir im Prinzip wahrscheinlich eine Kombination von baulichen Massnahmen machen müssen, die es erlaubt, die Polizeikontrollen effizient durchzuführen. Das heisst, dass wir allenfalls auch gewisse Gebiete – das ist eine Annahme oder Idee – in diesem Sinne von der Zufahrtsbeschränkung befreien müssen und die entsprechenden Kontrollpunkte und –posten, die wir installieren werden, so redimensionieren, dass eine Kontrolle auch möglich ist. Auf Euer Anliegen hin denke ich, dass es in Ehren gemeint ist, aber vom Stadtrat her für das nächste Jahr sicher unverhältnismässig wäre, wenn dieser Betrag jetzt hier aufgenommen würde. Nichts desto trotz werden wir die Projekte noch verfeinern, und wenn wir die entsprechenden baulichen Massnahmen realisieren müssen und wollen, werden wir die entsprechenden Kreditbegehren entweder in unserer Kompetenz oder über das Parlament beantragen.

Marcel Steffen: Lobenswert ist natürlich, dass die Grünen beim Durchgangsverkehr Säliquartier jetzt auch dabei sind und gesehen haben, dass es die Bevölkerung beschäftigt. Schade ist nur, dass die Grünen am öffentlichen Anlass nicht dabei waren, eine Veranstaltung zitieren und dies so auslegen, als ob sie uns mit den Fr. 200'000.— Tür und Tor einrennen und weiss ich nicht was machen könnten. Kommen wir zurück zum Antrag. Von Peter Heiniger haben wir an der Infoveranstaltung gehört, dass 2011 eine neu gesteuerte Ampelanlage in Betrieb kommen wird. Sie sollte eigentlich intelligent genug sein, um den Verkehrsfluss in den Griff zu bekommen. Das ist nicht so wie heute. Hier habe ich mich auch belehren lassen müssen. Ich habe es auch anderes gemeint. Heute ist ein Ablauf programmiert, ein Ablauf, der morgens um sieben, neun, zehn, zwölf und nachts um 20 Uhr „verhebben“ sollte, egal wie das Verkehrsaufkommen ist, und das passiert ja nicht. Ich denke, heute ist es nach Ansicht der CVP/EVP/GLP-Fraktion eigentlich das völlig falsche Signal, wenn wir auf 2011 mit diesem Geldbetrag bereits suggerieren, dass wir ein Quartier zubetonieren werden. Wenn wir noch einmal Fr. 200'000.— mehr sprechen, weiss ich gar nicht, wo wir dies überhaupt alles hinstellen möchten. Bei dieser Veranstaltung gab es auch nicht nur Freunde des Langsamverkehrs. Es bestanden auch andere Meinungen, die gesagt haben, man müsse sich ja nicht gegenseitig aus dem eigenen Quartier fernhalten. Der Kommandant der Stadtpolizei ist leider nicht mehr anwesend. Mark Haggemüller hat relativ einfach einige Pläne skizziert, wie man das Säliquartier mit recht geringem Aufwand schützen könnte, zum Beispiel Verkleinerung von Abschnitten der Durchfahrverbote, die

einfacher kontrolliert werden können, nicht aufwändige Nachfahrkontrollen nach sich ziehen oder in der Reiserstrasse ein Einbahnsignal aufstellen, damit dort nicht von A bis Z durchgefahren werden kann. Ich glaube, man könnte dies für einen kleinen Unkostenbeitrag machen. Hier müssen nicht Fr. 200'000.— und mehr aufgenommen werden. An der Veranstaltung haben auch gesehen, dass die ERO eine Riesenbaustelle „am offenen Herzen“ ist. Das wurde auch mehr als einmal erwähnt. Dass es noch nicht funktioniert, wenn es 2013 eröffnet wird, sollte eigentlich klar sein. Ich glaube, wir sollten jetzt nicht übertreiben, und es wäre wirklich das falsche Signal, jetzt hier noch etwas mehr dazu zu sprechen. Aus diesem Grund lehnt die CVP/EVP/GLP-Fraktion den Antrag grossmehrheitlich ab.

Daniel Dähler: Ich denke, die Situation ist erkannt und es ist gut, von Martin Wey zu hören, dass es auch beim Stadtrat definitiv angekommen und ein Begehren ist, die Situation wirklich in den Griff zu bekommen. Ich bin auch persönlich davon betroffen. Deshalb bin ich doppelt froh. Aber grundsätzlich denke ich, dass vielleicht nicht immer das Synonym, dass man mehr Geld für mehr Wirkung braucht, in diesem Zusammenhang steht. Ich glaube, man kann kurzfristig relativ günstige Massnahmen ergreifen, die in die Richtung gehen, dass man versucht, den Verkehrsfluss zu verbessern, vor allem über die Signalisation. Ich denke, hier brauchen wir nicht noch zusätzliche Fr. 250'000.—. Wir haben sicher auch aus der Vergangenheit gelernt, wo wir bauliche Sünden begangen haben, seien es die gelben Bohnenstangen, die dort stehen oder die Aluminiummännchen, die dann relativ rasch wieder zurückgezogen wurden. Bevor man wirklich bauliche Massnahmen angeht, müssen wir meiner Meinung nach zuerst Erfahrungen sammeln, wie der optimale Verkehrsfluss organisiert werden könnte. Ich denke, das ist in erster Linie über die Signalisation zu lösen. Dafür wird es allenfalls möglich sein, einen kleinen Nachtragskredit zu schaffen, wenn es wirklich nötig ist und man mit den bestehenden eingesetzten Ressourcen nicht auskommt. Daher werden wir den Antrag ablehnen.

Dr. Markus Ammann: Die SP hat eigentlich Sympathien für den Antrag. Wir sind auch nicht ganz sicher, ob man die Fr. 200'000.— dann zusätzlich braucht. Aber es soll doch mindestens als Signal verstanden werden. Ich bin nicht so ganz einverstanden mit dem Votum von Daniel Dähler, dass der Stadtrat das Problem wirklich erkannt hat. Die Worte, die Martin Wey vorher von sich gegeben hat, hören wir eigentlich schon lange, und die Kritik, dass es in diesen Quartieren eben nicht funktioniert, üben wir auch schon lange. Auch die SP hat in diesem Bereich Vorstösse eingereicht. Die Situation ist wahrscheinlich einfach in wenigen dieser Tempo-30-Quartiere wirklich zufriedenstellend. Von daher denke ich, dass auch hier endlich vorwärts gemacht werden muss. Meiner Meinung nach ist es definitiv zu spät, wenn wir über solche Sachen erst reden, wenn die ERO eröffnet ist. Wir können auch nicht abwarten, ob die Signalanlage unter der Mehrbelastung, die dann möglicherweise auf die Aarburgerstrasse kommt, noch funktioniert. Wir haben immer die Hoffnung in dieser Stadt, dass wir mit technischen Lösungen alles in den Griff bekommen können. Es stellt sich dann heraus, dass es eben doch eine Illusion ist. Aber wir werden dem zustimmen, mindestens als Signal, dass jetzt endlich etwas gehen muss. Mindestens teilweise unter dem Titel, man können mehr Verkehrskontrollen durchführen, weil die Quartiere nicht richtig geschützt werden können, haben wir auch sechs Polizistenstellen genehmigt. Ich bin noch nicht sicher, ob sie wirklich auch entsprechend eingesetzt werden.

Marcel Buck: Ich muss noch etwas zur Veranstaltung sagen, welche die CVP sehr gut organisiert hat. Es ist eine sehr konstruktive Informationsveranstaltung gewesen. Gut wäre gewesen, wenn alle Fraktionen anwesend gewesen wären, weil wirklich Informationen geflossen sind, die ich so auch zum ersten Mal gehört habe. Gerade im Zusammenhang mit dem Vorwurf von Markus Ammann an Martin Wey, man wisse nicht richtig...: Hier sind scheinbar schon recht konkrete Sachen vorhanden. Er hat uns dies jedenfalls vorgestellt, und ich muss sagen, dass es mich eigentlich überzeugt hat. Weniger überzeugt hat mich die Frage: Ist dies wirklich unsere Aufgabe? Ich habe den Ball dann eher wieder an den Kanton weiter gegeben und gesagt: Betreffend Ampelanlage und Dosiersystem sind studierte Leute

am Werk gewesen. In erster Linie sollen sie dafür besorgt sein, dass es funktioniert. In zweiter Linie müssen wir etwas im Köcher haben. Das ist klar. Hier bin ich auch Deiner Meinung. Aber in erster Linie ist hier der Kanton in die Pflicht zu nehmen, damit der Verkehrsfluss optimal funktioniert und die Anlage auch so eingestellt wird, dass wir in Olten eine saubere Sache haben und man durchfahren kann und nicht schleichen muss.

Heidi Ehram: Ich möchte noch etwas zur Infoveranstaltung betreffend Polizeikontrolle sagen. Der Polizeikommandant hat uns an diesem Abend gesagt, welchen Teil des Korps er braucht, damit er wegen der Zufahrtsbeschränkungen eine seriöse Kontrolle machen kann. Für die Martin-Disteli-Strasse braucht er 6 Polizisten, die Sälistrasse 12 Polizisten und für den Schöngrund, wenn er dies seriös machen will, gleich das ganze Korps. Jetzt sehen wir, wie weit es dem Polizeikorps möglich ist, hier regelmässig Kontrollen durchzuführen, weil es ja noch zusätzliche Aufgaben hat. Dies einfach als Anmerkung, dass man betreffend vermehrter Polizeikontrolle schon noch einmal beim Polizeikommandanten nachfragen muss, wie er dies mit seinem Korps sieht.

Roland Rudolf von Rohr: Das Quartier wird am besten geschützt – das ist an der Infoveranstaltung auch hervor gekommen – wenn man den Verkehr wirklich ableiten lässt. Die Strecke vom Sälikreisel bis zur Postkreuzung ist die einzige Strecke, die mehr frequentiert wird als zum heutigen Tag. Das heisst für den Kanton, dafür besorgt zu sein, dass man gut weg fahren kann, aber auch für uns, nicht noch irgendwelche Barrikaden aufzustellen. Es geht vielleicht auch etwas an die Adresse der „Winkelindianer“, die dort mitmachen. Man muss immer wissen, dass der Verkehr dort rollen muss. Sonst gibt es einfach einen Rückstau. Das wäre sehr schade. Man stellt heute schon fest, dass die Ampelanlagen, die ja noch nicht intelligent sind, jetzt nach aussen dosieren. Zu gewissen Zeiten kommt man gar nicht mehr richtig aus dieser Stadt. Wenn dies noch zunimmt, haben wir das Fatale und der Druck auf das Säliquartier wird riesig gross sein. Deshalb alle Bemühungen, dass der Rechtsabbieger dort fast immer rollen kann und der Verkehrsfluss weg gehen kann. So wird das Säliquartier am besten geschützt.

Daniel Probst: Als ich den Grünen und Markus Ammann zugehört habe, schien es mir, als gehe es darum, entweder nichts oder etwas zu machen. Das stimmt natürlich nicht. Ich habe es von Stadtrat Dr. Martin Wey so verstanden, dass hier Geld drin ist und man etwas machen möchte. Dass Lösungen angedacht sind, haben wir vorher gehört. Man macht etwas. In einer Kolumne hat zwar gestanden, der Stadtrat mache nichts und warte ab. Das stimmt aber nicht. Er macht etwas. Nur braucht es zum Glück nicht soviel Geld. Man kann mit weniger Geld die gleiche Wirkung erreichen. Deshalb finde ich, dass es hier im Moment nicht mehr braucht. Wenn es dann einmal mehr brauchen würde, falls es nicht klappt, kann immer noch ein neuer Antrag gestellt werden.

Rolf Braun: Es stellt sich schon die Frage, ob mehr Geld dann auch mehr Wirkung erzielt. Das ist uns auch klar. Nur kommen die Ausführungen von Martin Wey so herüber, dass dann bei der Eröffnung der ERO etwas gemacht wird. Ich sehe einfach keine Signale und keine konkreten Zeichen, dass man auch in diesen zweieinhalb Jahren von jetzt bis zur Eröffnung der ERO substanziell etwas zu machen gedenkt, damit sich in diesen Quartieren endlich einmal etwas verändert und verbessert.

Theo Schöni: Erstens waren wir an diesem Abend leider verhindert, da wir Fraktionssitzung hatten. Das muss auch sein bei den vielen Traktanden, die an zwei Abenden durchzuackern sind. Zweitens war von Zubetonieren nie die Rede, dass man in diesem Quartier nur mit solchen Massnahmen zum Ziel kommt. Aber man muss sich vorstellen, wenn man jetzt wirklich zum Beispiel einen Poller machen möchte, ist dies nicht einfach irgendwo ein Signal oder einen Pfosten stecken, sondern es sind bauliche Massnahmen, die sicher ins gute Tuch gehen. Ich weiss nicht, ob man letztlich wirklich auf eine Lösung kommt, wo die Fr. 200'000.— vielleicht noch günstig wären. Zum Verkehrsaufkommen und den

Dossieranlagen muss man einfach festhalten, dass wir Erfahrungen mit den Signalanlagen in unserer Stadt haben. Man darf auch nicht vergessen, dass wir zwei Verkehrsströme haben, die im Sälikreisel zusammen stossen. Es geht nicht nur um den Rechtsabbieger. Beim ganzen Verkehr aus dem Gäu können diejenigen, die ins Niederamt wollen, geradeaus fahren. Das ist der kürzere Weg als um den Kreisel herum und Richtung Post, wo es schon mit Fahrzeugen zubetoniert ist. Das Problem wird auch sein, dass wir auf 2013 im Zusammenhang mit der ERO und Begleitmassnahmen, die wir zu lösen haben, noch mit ganz anderen Fragen konfrontiert sein werden. Wenn wir schon etwas auf dem Tisch haben, das wir heute anpacken und eine vernünftige Lösung schaffen können, kann man auch unsere Leute in der Bauverwaltung oder bei der Polizei entsprechend entlasten und muss nicht alles auf diesen Zeitpunkt konzentrieren, hat dann die Kapazitäten nicht und muss es dann wieder auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinaus schieben.

Daniel Dähler: Versuchen wir es doch auf das Exempel. Martin, ich fordere Dich jetzt auf, ganz klar zu sagen – vielleicht etwas konkreter als Deine vorherige Aussage – was geplant ist. Kurz und bündig.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Kurz und bündig kann gesagt werden, dass es drei Szenarien sind, die wir andenken. Erstens die baulichen Massnahmen, wo man im Quartier effektiv mit Sperren einen Schutz schaffen kann, zweitens, dass die Zufahrtsbeschränkungen im Sinne der polizeilichen Kontrollen so konzipiert werden, dass sie sich auf wenige Strassenzüge beschränken. Dadurch kann man dort auch den Polizeieinsatz entsprechend koordinieren. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass tatsächlich – das ist eine Einflussnahme auf den Kanton – der Abschnitt zwischen dem Kreisel und dem Postplatz der Verkehr und auch der Rechner läuft. Ich muss auch sagen, dass die Versprechungen von Herrn Heiniger nicht einfach Luftblasen sind und von uns als Stadtregierung ernst genommen werden. Diese drei Massnahmen heissen: Der Kanton hat seinen Job zu machen. Dann werden wir die einfachen baulichen Massnahmen vornehmen. Es können Poller sein, die hinauf- und hinunter gehen, die den ÖV und auch die Rettungsfahrzeuge durchlassen müssen. Dann gibt es Beschränkung von Zufahrtskontrollen auf bestimmten Abschnitten, wo man schliesslich die Polizei sinnvoll und effizient einsetzen kann. Dies werden wir umsetzen und in diesem Sinne auch kommunizieren. Nicht erst im Jahr 2013. Wir müssen es ja auch erproben, und das wird vorher passieren.

Andreas Schibli: Ich nehme hier Stadtrat Dr. Martin Wey sehr gerne beim Wort, wenn er sagt: Einfache bauliche Massnahmen. Einfache bauliche Massnahmen, die schon im ersten Moment „verhebben“ und dann nachher hoffentlich auch stehen bleiben. Ich möchte auf das zu sprechen kommen, was Daniel Dähler schon erwähnt hat. Das schlechteste Beispiel, das wir haben, ist die Sälistrasse. Was dort schon investiert worden ist, als die baulichen Massnahmen gekommen sind, als man die „Metallviecher“ aufgestellt hat und sie am gleichen Tag wegen Unfallgefahr für Velofahrer usw. wieder abgeräumt worden sind. Die gelben Stangen waren zuerst aus Holz und dann aus Metall. Jetzt hat man noch Flechten ringsum anbringen müssen, damit die Pflänzchen hinauf wachsen können. Ich möchte Dich hier wirklich beim Wort nehmen, dass nicht wieder so etwas passiert, wo einfach Steuergelder verpufft werden. Ich kann es nicht anders sagen.

Beschluss

Mit 29 . 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Änderungsantrag der Grünen Fraktion auf Erhöhung um Fr. 200'000.— abgelehnt.

Änderungsantrag Fraktion Grüne Olten, 620.501.69, Verkehrskonzept Innenstadt/Wiederaufnahme in die Investitionsrechnung 2011

Felix Wettstein: Wir haben mit diesem weiteren Antrag auf Finanzerhöhung auf zwei Sachen reagiert. Das möchte ich gleich zu Beginn sagen. Der Auslöser für dieses Begehren ist ganz klar die Veranstaltung des Vereins „Stadtgespräche“ heute vor zwei Wochen gewesen, als Martin Wey auf dem Podium dabei war und etliche von uns auch im Publikum waren. Ich denke, so als Fazit dieser Veranstaltung hat man sehr deutlich gespürt, dass alle, die ein Interesse an einer aufgewerteten Innenstadt haben, folgende grosse Gemeinsamkeit haben: Es kann vorwärts gehen. Es soll bald vorwärts gehen. Das ist als Ausgangslage ganz wichtig. Als wir in der GPK im Sommer den Finanz- und Investitionsplan beraten haben, habe ich mich erkundigt, wo jetzt eigentlich zu den Investitionen, die es für die aufgewertete Innenstadt ohnehin braucht, etwas zu finden ist, weil wir ja vor der Abstimmung im Juni immer gesagt haben, sowohl die Kanalisation wie die Oberflächengestaltung der Strassen ist sowieso fällig und muss in den nächsten Jahren gemacht werden. Ich habe damals zur Antwort erhalten: Das ist zwar nicht mehr ein eigenes Konto. Aber es wird unter der Werterhaltung Tiefbau einerseits und unter Kanalisationen andererseits ab sofort und gestaffelt im Budget enthalten sein. Jetzt haben wir die Details zum Budget. Dazu müsste man noch im Beilagenbuch, Seite 32, Werterhaltung Tiefbau, die Aufzählung der einzelnen Posten plus Seite 71, Aufzählung der Posten zur Kanalisation, nachschauen. Zu unserer Verblüffung ist jetzt tatsächlich zu allen Innenstadtstrassen oder –plätzen noch gar nichts enthalten, obwohl letztes Jahr sehr betont wurde, dass man die ganze Vorlage Begegnungszone/Parkhaus immer in Verbindung mit der fälligen Erneuerung von Kanalisation und Strassen sehen muss und man ursprünglich sogar schon für 2010 damit hätte beginnen wollen. Enorm wichtig ist uns auch – hier muss ich das von Antonia Hagmann Gesagte aufgreifen – dass wir sehr darauf achten, dass wir die Traktanden 10 und 11.1, die wir noch auf unserer Traktandenliste haben, ernst nehmen, dass es nachher kommt. Dies ist uns sehr wichtig. Wir wollen dies nicht hintertreiben. Wir wollen weder die Diskussion vorweg nehmen, noch wollen wir im Hinblick auf die beiden Abstimmungen, die wir dann vor uns haben, irgendwie ein Fait-accompli schaffen. Unseren Antrag haben wir wirklich von daher überlegt, völlig unabhängig davon, ob man der Initiative der Jungen SP zustimmt oder sie ablehnt. Was wir jetzt hier in die Wege leiten wollen, ändert nichts. Völlig unabhängig davon, ob man die Motion Kronenplatz richtig findet, ob man sie Postulat haben will oder ob man sie gar nicht haben will. Was wir hier vorschlagen, ist ohnehin Bestandteil der Entwicklung, welche die Stadt nehmen muss. Dann haben wir etwas Weiteres wirklich ernst genommen. Wir haben es in der Begründung geschrieben. In der Stellungnahme des Stadtrates zur Volksinitiative verkehrsfreie Innenstadt steht der Satz „Die Kirchgasse soll auf den Eröffnungstermin der ERO hin umgestaltet werden“. Wenn wir dies auf die Eröffnung hin beieinander haben wollen und vorher nicht den ganzen Motorfahrzeug- und Busverkehr sperren können, heisst es nichts anderes, als dass wir in der Kirchgasse und in der Kurve gegen die Baslerstrasse eine Strassenhälfte nach der anderen machen müssen. Das wiederum heisst, dass wir uns genügend Zeit geben, um diese Umgestaltungen zu machen, also schon 2011 anfangen. Es ist uns wirklich wichtig, dass man dies alles unter einen Hut bringt. Am 6. Juni 2011 wird das Beachvolley abgeräumt. Wir haben heute schon gehört, wie dies zu liegen kommt. Am 7. Juni dürfen die Baumaschinen auffahren. Damit dies möglich ist, möchten wir die Fr. 500'000.— hinein bringen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Die Unruhe ist an diesem Anlass selbstverständlich spürbar gewesen. Auch die Ungeduld ist mir als Baudirektor sehr direkt entgegen gekommen. Zu den entsprechenden beantragten Krediten muss ich noch Folgendes sagen: Die sogenannten Sanierungen der Kanalisation, um dort noch einmal anzuknüpfen. In der Vorlage hatten wir den Kredit und auch die Etappierungen dort tatsächlich drin. Wir haben gesagt, dass wir die Strassenzüge bzw. die Kanalisationen schrittweise sanieren werden. Durch diesen Volksentscheid ist auf die Planung, auch was die Sanierung anbelangt, insofern ein Dämpfer gekommen, dass man das Geld vom Volk her eigentlich nicht bereit gestellt hat und wir

wieder auf dem normalen Zug sind, dass wir die Kanalisationen dann sanieren, wenn sie dran sind. Ich muss dazu noch sagen, dass die Kanalisationen in der Innenstadt als solche nicht so sind, dass sie gleich zusammen brechen. Sie sind in einem Zustand, wo man noch zuwarten könnte. Das wollen wir ja nicht. Für uns ist auch klar – das ist jetzt auch schon ein Vorgriff auf die morgige Diskussion – dass wir uns sehr wahrscheinlich als Erstes auf die Kirchgasse konzentrieren. Aber wir sind uns erstens nicht einig über den Zeitpunkt und zweitens über das Projekt. Für uns als Stadtrat ist massgebend, dass wir ein Projekt, wenn es klar ist, auch ins Budget aufnehmen und vorher nicht. Mit anderen Worten: Den Zeitpunkt erachten wir als Stadtrat im Jahr 2011 als verfrüht, um dort schon konkret umzustechen. Ob es dann im Sinne von Baumassnahmen das Jahr 2012 sein wird, ob es dann vorgezogen wird, da es ja dann keine Sperrung ist, sondern eine Baustelle, wird insbesondere die morgige Diskussion in diesem Rat zeigen, die politisch sein soll und vielleicht auch entsprechend klare Mehrheiten entstehen. Zusammengefasst: Wenn ein Projekt nicht klar ist, und es soll mir hier jemand sagen, wie es genau aussieht, und man einfach einen Kredit von Fr. 500'000.— aufnehmen möchte, erachten wir dies auch nicht unbedingt als seriös.

Dr. Markus Ammann: Ihr kennt ja unsere Haltung bezüglich Kirchgasse. Wir haben auch schon vorgeschlagen, sie vorzeitig zu sperren. In diesem Sinne können wir uns hier dem Vorschlag der Grünen durchaus anschliessen. Wir haben einfach grundsätzlich wirklich etwas die Befürchtung, dass wir im Jahr 2013 da stehen werden, eine Tafel aufgestellt wird und dann wieder nichts mehr passiert. Das ist die grosse Befürchtung, die wir haben. Wenn man heute, zwei Jahre vor Inbetriebnahme, noch keine Ahnung hat, was dort passieren wird – selbstverständlich wissen wir, dass die Begegnungszone ein anderes Projekt war – aber trotzdem steht man hier und hat eigentlich keine Ahnung – so höre ich es mindestens von Martin Wey – dann ist dies ungut. Ich denke auch hier, dass wir einfach langsam vorwärts machen müssen. Wir laufen der Sache immer hinterher. Ich bin der Meinung, dass man bei der Kirchgasse durchaus vorwärts machen kann. Man kann aber auch ein Projekt im Laufe des nächsten Jahres bringen. Das braucht ja nicht unbedingt Jahre, um ein solches Projekt in der Kirchgasse zu realisieren. In diese Richtung stösst ja auch der Vorstoss. Ich denke, dass wir dem zustimmen werden.

Christian Wüthrich: Reine Kanalisationsarbeiten sind ja Spezialfinanzierung und somit neutral. Das würde heissen, dass es nicht primär um die Kanalisation geht, sondern auch um die oberirdische Strassenbearbeitung, wie es aus dem Bericht hervor geht. Das ist wahrscheinlich das Wesentliche, das Felix Wettstein sagt. Für mich ist ein weiterer Punkt, dass es, wenn man jetzt eine solche Strasse, einen neuralgischen Punkt im Wissen, dass eine Umfahrung kommt, schliesst, eigentlich fast noch besser wäre, man würde sie dann sanieren, wenn sie geschlossen werden müsste, weil man dann mit der ERO sicher auf allen Seiten den Verkehrsfluss hat. Bei einer geschlossenen Strasse, einer Sanierung hat man weniger Verkehrsprobleme, als wenn man sie im Vordergrund schliesst, wenn die Umfahrung gar noch nicht gemacht wird oder knapp davor. Das wäre schon eine Variante. Das heisst für mich, dass 2011 zu früh ist, spätestens 2012, Übergang 2013.

Felix Wettstein: Das ist uns wirklich auch wichtig. Man rechnet damit und zwar insbesondere auch wegen des Busverkehrs, dass die Kirchgasse in einer Form saniert werden muss, ob vor oder nach der ERO, ob mit oder ohne Motorfahrzeugverkehr, Strassenhälfte für Strassenhälfte. Nach unserer Vorstellung wird es nie eine Sperrung zum Zweck des Bauens geben können. Ich glaube, das haben wir auch schon bestätigt erhalten, dass man sich dies praktisch so vorstellen muss. Wenn Martin Wey sagt, wir seien quasi noch gar nicht in der Lage, das Projekt abzuschätzen: Als wir damals für die Vorlage am 13. Juni die Berechnungen der 25,7 Millionen Franken, die das ganze Projekt die Stadt gekostet hätte, gemacht haben, hatten wir einzelne Baulose aufgegliedert. Ich habe den entsprechenden Plan nicht hier, glaube aber, es noch im Kopf zu haben. Der Bereich Kirchgasse samt dem Vorplatz der Kirche, den wir ab und zu Kronenplatz nennen, ist das Baulos Nr. 2.1 und die südliche Baslerstrasse ist das Baulos Nr. 2.2 gewesen. Man hat

genau pro Baulos berechnet, was die Umgestaltung, die Kanalisation plus neue Oberflächengestaltung, die ohnehin fällig ist, zu kosten haben. Dies kann wirklich aus der Schublade gezogen werden. Das Interessante ist ja, dass die Befürworterseite der damaligen Innenstadtvorlage nicht etwa mit einem Plakat der Konradstrasse, sondern mit einem Plakat der Kirchgasse geworben hat. Ich habe wirklich schon mit sehr vielen Leuten gesprochen. Es gibt einzelne, von denen eine Person hier im Saal sitzt, die sagen: Am liebsten nichts machen. Alle anderen sagen, die sagen, es sei etwas zu machen, sind der Meinung, dass die Sache mit der Kirchgasse unbestritten richtig sei. Also soll doch damit begonnen werden. Noch etwas zu den Fr. 500'000.—: Wir sind nicht Baufachleute, so dass wir dies genau berechnen können, sondern gehen davon aus, dass es erstens sicher mehr als Fr. 400'000.— und deshalb eine Vorlage an das Parlament mit den ausgerechneten Zahlen braucht. Auf die Fr. 500'000.— sind wir mit dem Gedanken daran gekommen, dass ein Teil des Notwendigen schon 2011 möglich sein wird und ein anderer Teil halt 2012. Wenn man von den Verhältnissen so schaut, wenn im Tiefbau etwas kombiniert Kanalisation plus Oberflächengestaltung ist, wird es wahrscheinlich Fr. 200'000.— von Fr. 500'000.— für die Oberfläche brauchen und rund Fr. 300'000.— für dasjenige in den Boden. Zu dem, was Christian Wüthrich vorher angesprochen hat: Es ist eine Teilretourfinanzierung. Für die Investition müssen wir aber den gesamten Ausgabebetrag aufnehmen.

Marcel Buck: Es ist interessant, dass die Verhindererparteien der unsäglich schönen Vorlage sich jetzt so zerfleischen und versuchen, alles etwas zu verzetteln mit Kronenplatz, wunderbaren Zahlen und komplett verkehrsfreier Innenstadt. Ich glaube, Ihr versucht in gewisser Weise einfach Verwirrung zu stiften, und ich glaube fast, dass es Euch, wenn Ihr so weiter macht, sogar gelingt.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Danke für dieses eigenartige Votum. Ich möchte eine kurze Zwischenbilanz machen. Nach der Pause sind die Voten deutlich länger geworden. Ich habe Euch den Fahrplan mitgeteilt. Wenn wir so weiter fahren, sind wir um 02.00 Uhr noch hier. Den vom Büro anfangs erwähnten Fahrplan ziehen wir durch. Es ist am Parlament zu sagen, wie es weiter geht. Ich bitte noch einmal um knappe materiell-substanzielle Aussagen.

Dr. Markus Ammann: Vorher hat es geheissen, wir brauchen Zeit. Wir haben über ein Schulhausprojekt abgestimmt, das in einem halben Jahr geplant wurde, und in einem weiteren halben Jahr wird es gebaut. Beim Tiefbau geht dies scheinbar nicht.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich freue mich schon auf die morgige Diskussion. Vor allem wenn ich die Voten höre, denke ich, dass wir uns sehr schnell einig werden, wo wir durch wollen. Fakt ist doch, dass wir diese Abstimmung hatten. Wir haben einen Entscheid gehabt. Nachher haben wir einen Runden Tisch gehabt, wo wir einen gemeinsamen Nenner hatten. Wir wissen eigentlich nicht, was das Volk abgelehnt hat. Es war eine so komplizierte und komplexe Vorlage, dass das Kaffeesatzlesen sehr schwierig war. Bei diesem Runden Tisch hat man sich auf die kleinen Schritte geeinigt. Man geht mit möglichst gemeinsamen Nennern vorwärts. Wenn Ihr jetzt den Turbo hinein jagt, denke ich, dass er hinten hinaus geht. Das heisst nicht, dass wir nichts machen. Insbesondere möchte ich das pragmatische Vorgehen, wie wir es am Runden Tisch vereinbart haben, ganz konsequent weiter verfolgen. Dass Ihr vom Kronenplatzkomitee jetzt sehr ungeduldig seid, ist mir klar. Es ist auch politisch gerechtfertigt, dass Ihr hier etwas Dampf macht. Ich möchte wirklich auf die Grundsatzdiskussion von morgen verweisen. Wo gehen wir durch? Wo sind die gemeinsamen Nenner? Wo gehen wir pragmatisch weiter? Man kann nicht einfach einzelne Teilprojekte aus dem ganzen Projekt heraus brechen und sagen: Jetzt machen wir einen Teil, der uns passt. Dann gibt es gerade so gute Gründe, wo andere sagen: Nein, das ist jetzt gerade der Teil, den wir nicht wollen. Es ist auch etwas einseitig dargestellt. Das Stadtgespräch war eine sehr interessante Veranstaltung, aber auch äusserst einseitig besetzt.

Beschluss

Mit 29 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Änderungsantrag der Fraktion Grüne, den Kredit von Fr. 500'000.— zu sprechen, abgelehnt.

Seite 42, 620.501.095, Kleinholz: Erschliessung 1. Etappe, Teil A

Christian Wüthrich: Auf Seite 42 ist ein Kredit enthalten und auf Seite 44 der erste Betrag, der in Form von Einnahmen aus Erschliessungsbeitragen zurück kommt, Ich gehe davon aus, dass die separate Vorlage im Frühling relativ zügig kommen wird, damit die Träger 2011 auch fließen können. Das heisst für mich, dass es nicht einfach enthalten ist. Dort passiert jetzt etwas.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es kommen sehr schnell zwei Vorlagen: Eine Erschliessungs- und eine Altlastensanierungsangelegenheit.

Kennzahlen: Keine Voten

Beilagen: Keine Voten

Beschlussesantrag, Seite 12

Parlamentspräsident Heinz Eng: Wir kommen zu den Steueranträgen: Der Antrag der SVP lautet wie folgt: „Der Steuerfuss der Stadt Olten wird für natürliche wie auch juristische Personen auf 97 % der einfachen Staatssteuertarife gesenkt“. Gleichzeitig besteht der Antrag der FdP auf 98 %, ebenfalls die Beschlussesanträge 4 und 5 betreffend.

Christian Werner: Wir haben es in der Begründung aus- und aufgeführt. Seit Jahren haben wir positive Abschlüsse in zweifacher Millionenhöhe. Letztes Jahr war dies bei 16 Millionen. Wir sind uns bewusst, dass dies vor allem auf die Einnahmen bei den juristischen Personen zurückzuführen ist. Trotzdem lässt sich klar sagen, dass die Stadt Olten eigentlich zu viele Steuern einnimmt bzw. dem Steuerzahler zu viel Geld abnimmt. Auch wenn unser Antrag auf 97 Steuerprozent durchkäme, müssten die Steuerzahler nur einen Bruchteil des letztjährigen Überschusses nicht mehr an die Gemeindesteuern abführen, und für Investitionen blieben genügend finanzielle Mittel. Grundsätzlich lässt sich bestimmt sagen, dass wir aus finanzieller Sicht eine Reduktion um 3 % gut verkräften könnten. Wissenschaftlich betrachtet ist die Steuer eine Geldleistung, die der Staat oder ein von ihm dazu ermächtigtes Gemeinwesen kraft seiner Gebietshohheit von den dieser Gebietshohheit unterworfenen Individuen zur Deckung seines Finanzbedarfs erhebt. Eine Thesaurierung, das heisst eine sparmässige Ansammlung der Steuereinnahmen ist grundsätzlich unzulässig. So steht es in den Lehrbüchern. Es kann sein, dass kurzfristig mehr eingenommen als ausgegeben wird. Das ist sicher auch legitim, und es sollte immer auch versucht werden zu erreichen, dass mehr eingenommen werden kann. Das ist selbstverständlich. Aber mittel- und langfristig müssen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen bzw. in einem Gleichgewicht sein. Es ist ganz einfach eine Tatsache, dass die Stadt Olten seit Jahren zu viel einnimmt. Unser Antrag ist transparent begründet und auch durchdacht. Zuerst hatten wir eigentlich beabsichtigt, eine Reduktion um 5 % zu fordern, haben dann aber gedacht, dass wir bei der realistischen und moderaten Variante einer Reduktion um 3 % bleiben, weil wir es wirklich ernst meinen und der Überzeugung sind, dass man dies verkräften könnte. Jetzt ist die FdP noch mit einem eigenen Antrag auf 98 % gekommen. Das ist von uns aus gesehen etwas seltsam und taktisch auch nicht sehr klug, weil es inhaltlich wahrscheinlich kaum jemanden geben wird, der unseren Antrag ablehnen wird und gleichzeitig für den FdP-Antrag ist. Aber es ist sicher das Recht der FdP, auf diesen Zug aufzuspringen. Wir bitten um Unterstützung unseres Antrages auf Reduktion um 3 %. Vor allem bitten wir die CVP-Fraktion um Unterstützung und appellieren an ihre bürgerliche Vernunft, wenn ich dies so sagen darf. Noch ein wirklich ernst

gemeinter Satz: Die CVP sagt jedes Jahr, was in den Protokollen nachgelesen werden kann: Wir sind für Steuersenkungen, aber nicht in diesem Jahr. Wenn man jedes Jahr Millionenüberschüsse hat, muss man irgendwann Nägel mit Köpfen machen. Wir sind der Meinung, dass unser Antrag nicht überrissen und wirklich gut verkräftbar ist. Ich bitte Euch um Unterstützung. Dass die Sozialisten und die Grünen dagegen sind, damit müssen wir wahrscheinlich leben.

Urs Knapp: „Es rechtfertigt sich, erneut etwas an die Steuerpflichtigen zurück zu geben“ sagt nicht Urs Knapp, sondern ein CVP-Regierungsrat des Kantons Aargau, Roland Brogli. Der Kanton Aargau möchte dem Mittelstand 175 Millionen Franken zurück geben. Dann gibt es eine Frau Eva Herzog, SP-Regierungsrätin Baselstadt. Sie ist etwas bescheidener und gibt nur rund 100 Millionen Franken zurück. Das Parlament hat dem in Baselstadt einstimmig zugestimmt. Wir sehen, dass beide, ob es östlich oder nördlich von uns ist, eigentlich nur befolgen, was der Stadtrat freundlicherweise hat auflegen lassen. Im Wirtschaftsportrait Gemeinde Olten, Seite 27 nach folgendes nachgelesen werden: „Die Standortattraktivität Ihrer Gemeinde. Zentrale Standortfaktoren für den Wirtschaftsstandort sind die Höhe der Unternehmenssteuern. Zu den wichtigsten Standortfaktoren für den Wohnstandort gehören die Einkommens- und Vermögenssteuern“. Wenn die Stadt und das BAK dies sagen, muss es eigentlich stimmen. Es geht ja nicht um eine Revolution, sondern um ein klares Signal. Wir haben 169 Millionen Franken Investitionen vorgesehen. Wir haben einen Investitions- und Finanzplan. Eine Investition in die Standortattraktivität, in die steuerliche Attraktivität ist ebenso eine Investition. Wir sprechen hier, wenn wir um 2 % herunter gehen, von rund 6,5 % der bis 2017 geplanten Investitionen. Ich glaube, 6,5 % sollten uns für die Standortgunst wert sein. Kommt dazu, dass man wahrscheinlich wieder davon ausgehen kann, dass die Rechnung 2010 sehr gut abschliessen wird. Der Kanton Aargau hat seine Prognosen gegen oben gemacht. Es ist vielleicht etwas anderes als Olten. Der Bund hat gesagt: Statt 2 Milliarden Franken Defizit haben wir 1,4 Milliarden Überschuss. Wenn der Bund um 3,4 Milliarden besser abschneidet, ist zu erwarten, dass einige Brosamen auch für die Rechnung der Stadt Olten abfallen werden. Wenn man dann schaut, in welchem Konkurrenzumfeld wir uns befinden. Nehmen wir eine Familie, ein Paar, das bei uns arbeitet. Mein Arbeitgeber Farner hat ein Büro in Basel und eines in Zürich. 35, Doppelverdiener, verdienen zusammen vielleicht Fr. 120'000.—, Fr. 150'000.—. Wenn sie sagen: Wir wollen nicht mehr länger in Zürich Seefeld leben, wir können uns dies nicht mehr leisten. Es kommen bald Kinder. Das Seefeld ist wirklich teuer. Wir suchen einen Standort. Was tun sie dann? Sie schauen sich einmal Aargauer Gemeinden an: Wettingen, Baden, Aarau. Oder Liestal und Sissach. Überall bezahlen sie tausende von Franken weniger Steuern als in Olten. Jetzt kann man sagen – ich höre es schon – Olten ist dafür viel attraktiver. Aber sagt mir jetzt einmal ehrlich: Wo sind wir viel attraktiver als Aarau? Wo sind wir attraktiver als Baden? Wo sind wir attraktiver als Wettingen, das einen interessanten Innenstadt-Wohnort hat? Wo ist es schöner als in Sissach, wo es keinen Nebel hat? Ein schöner Südhang. Es gibt verschiedene Aspekte. Ein Aspekt sind die Steuern. Von daher möchten wir anregen, dass sich Olten 98 % leisten kann. Es ist eine Investition, wie wir andere Investitionen machen, und auch den Gegenwert werden wir sehr rasch haben.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich habe probiert, im Eintretensvotum, das im Übrigen nach Reglement war, etwas über die Situation zu sagen, wie der Stadtrat versucht, seine Steuereinnahmen zu planen, was die Grundlagen sind und wie man dann auf den Steuerfuss kommt. Einige Sachen sind richtig gesagt worden. Das muss ich klar sagen. Wir legen den Steuerfuss so fest – das ist unsere Verpflichtung – dass die Rechnung mittelfristig und nicht nur für ein Budgetjahr ausgeglichen ist. Ich nehme Euch kurz auf dem linken Fuss. Ausser einer Fraktion haben alle anderen, inklusive meine eigene, erklärt, bei der Realisierung passiere nichts. Es wird unrealistisch geplant. Ich könnte jetzt noch die Namen erwähnen von denjenigen Personen, welche dies gesagt haben. Hinterfragt Euch kurz. Dieses Parlament will, dass man realisiert, und zum Realisieren braucht man Geld. So einfach ist es. Das macht man ja seriös in einer Finanzplanung sichtbar und zwar für Olten, nicht für

Wettingen und nicht für Sissach, sondern für Olten für die Jahre 2011 bis 2017. Ihr schneidet Euch wieder ins eigene Fleisch, wenn Ihr Sachen nicht akzeptiert, die Ihr selber realisieren wollt. Das Geld ist am Schluss vorhanden oder nicht. Mit anderen Worten: Ihr seid die Regulierungsbehörde, wenn es um Projekte geht. Wir haben nichts anderes zu tun, als vernünftige, gute, seriöse, nachhaltig wirkende und auf Vertrauen basierende Finanzplanung zu machen, die nach aussen eine Wirkung hat. Ich habe schon zwei oder drei Stichworte erhalten. Christian Werner hat zu Recht gesagt, dass 2009 ein völlig ausserordentliches Jahr war. Wenn ich den berühmten grössten Steuerzahler fragen gehe, wie dies genau zustande gekommen ist, würdet Ihr noch ein Porträt rahmen, wie ausserordentlich es auch für diese Unternehmung gewesen ist, von der wir profitieren konnten. Das kann nicht als Massstab genommen werden, was ich festgehalten haben möchte. Das Lehrbuchgespräch, das Du mit uns über Steuer als Geldleistung für ein Gemeinwesen zur Deckung des Finanzbedarfs gemacht hast, haben wir akzeptiert. Der Stadtrat arbeitet genau nach diesem Lehrbuch, vielleicht einfach praxisbezogen. Der Steuerfuss ist tatsächlich eines der wichtigen Themen der Attraktivität. Aber selbst Urs Knapp hat vorher fast im Vorbeigehen gesagt „einer der wichtigsten Standortfaktoren“, eben nicht der wichtigste, sondern einer der wichtigsten. Über die gegenseitige bürgerliche Vernunft unterhalte ich mich nicht. Es ist Eure Angelegenheit, wie Ihr Euch hier zusammen raufft. Das schlechteste Beispiel ist der Kanton Aargau. Wenn man im Kanton Solothurn wohnt, und die Staatssteuern des Kantons Solothurn und die Finanzverhältnisse des Kantons Solothurn sind leider nicht in der vordersten Etage der Schweizer Kantone – wir müssen bekanntlich auch Steuern nach oben bezahlen – dann ist der Vergleich mit dem Kanton Aargau schon ein Paradebeispiel. Ich zitiere Christian Wanner: Wie der Aargauer Finanzdirektor in der Lage ist, eine Steuergesetzrevision durch zu bringen, nachdem er aus dem Finanzhaushalt des Bundes, dem Finanzausgleichtopf Millionen, Dutzende, nicht hunderte von Millionen erhält, muss man beim Bund auch noch erklären, wie so etwas möglich ist. Der Kanton Aargau hat eine völlig andere Struktur. Der Kanton Baselstadt ist einer der steuerhöchsten Kantone. Das ist auch wieder etwas anders zu verstehen. Für mich nicht gut ist der Vergleich Bund, Kanton Aargau und dann unsere herzige, kleine wunderbare Stadt Olten. Das ist wie Aarau, Wöschnau und Moskau und passt irgendwie nicht zusammen. Urs, diese Vergleiche mit den anderen Städten am Juranordfuss oder im Raum Baden, Wettingen, Zürich sind ein Steckenpferd von Dir. Ich denke, daran kann man sich auch noch halten, da sie immer noch ein Gewicht haben, wo festgestellt wird, dass der Kanton Solothurn, wenn man den Steuerfuss allein anschaut, in der Steuersituation nicht an der Spitze, sondern eher im hinteren Mittelfeld steht. Aber jetzt kommt es: Die Steuern sind nur ein Teil der Ausgaben einer Familie mit zwei Kindern. Wenn jemand in Wettingen eine 4 ½-Zimmer-Wohnung mietet, bezahlt er nachgewiesenermassen einfach Fr. 1'000.— mehr für den gleichen Standard als in Olten, gleich plus 12'000 Schweizerfranken weniger im Portemonnaie. Dann machen die Fr. 2'430.— Steuerunterschiede einen Klecks aus. Es ist nicht ganz genau miteinander zu vergleichen. Das vergessen wir einfach. Einer unserer wesentlichen Standortvorteile ist natürlich die zentrale Lage, Naherholung, Freizeit, Erreichbarkeit an und für sich, sehr gute, preisgünstige Wohnlage, nicht nur in Olten, sondern in der ganzen Region, was sie vor dem Bund auch zu einer eigenständigen Agglomeration macht. Die Steuern spielen auch eine Rolle – das müssen wir zugeben – aber nicht die entscheidende. Der langen Rede kurzer Sinn: Ich appelliere an Euer Finanzgewissen. Wir planen die Finanzen im Moment bis ins Jahr 2017, im nächsten Jahr von 2012 – 2018. Wir haben gewaltige Investitionsvorhaben und brauchen dafür die nötigen Gelder. 2 % Steuerfussenkung sind auf die Zeitdauer, die wir jetzt planen, ungefähr 11,5 Millionen Franken, die in der Kasse fehlen. Zur Aussage betreffend immer wieder gute Überschüsse: Ich könnte Euch jetzt einfach mit Namen und Listen sagen, dass es eben nicht mehr ganz so goldig ist hier. Es gibt nur in der Stadt grosse und grösste Unternehmungen, die heute ihre Gewinnwarnung bekannt geben und dies noch nicht öffentlich. Vielleicht noch beim Kanton, weil sie dort auch relativ gross sind. Zu Marcel Buck und Christian Werner: Das Votum des letzten Jahres ist 1 : 1 das gleiche wie in diesem Jahr. Ich danke Euch sehr dafür. Es ist positiv. Nachdem ich das Protokoll gelesen hatte, konnte ich mich vorbereiten. Ich finde es auch richtig so, wenn man etwas weiter geben will,

das man nicht zugute hat. Das ist ein hehrer Gedanke, wenn man der Bevölkerung, den Familien, Kindern und dem Gewerbe Mittel, die nicht gebraucht werden, nicht abnehmen will. Aber hier brauchen wir sie jetzt und sind mit 100 % auf einem guten Niveau. Ich möchte Euch bitten, den Anträgen nicht zuzustimmen.

Dr. Markus Ammann: Ich habe mir erlaubt, bei der Eintretensdebatte einmal etwas darauf zu hören, wie eigentlich von den Steuern geredet wird. Dabei habe ich festgestellt, dass die SVP etwas das Bild hat: Steuern sind etwas, das die öffentliche Hand dem Steuerzahler aus der Tasche stiehlt. Ich glaube, das Wort „stehlen“ ist sogar wortwörtlich gefallen. Dieses Bild ist erstaunlich. Die CVP hat gesagt: Wir können den Steuersatz senken, damit wir etwas Druck auf die Stadtverwaltung machen können, damit sie sich einmal überlegen, wo sie Geld ausgeben. Den Steuersatz als Druckmittel finde ich auch gut. Die FdP hat es etwas raffinierter gemacht. Sie hat es etwas verklausuliert, hat sich dann aber in einen Widerspruch verstrickt und gesagt, eigentlich wisse man nicht so genau, ob der Steuersatz auf der richtigen Höhe sei. Wir haben das Gefühl nicht, aber wir senken sie sicherheitshalber einmal. Ich weiss nicht, ob es die richtige Politik ist, so über einen Steuersatz zu reden. Es ist lustigerweise auch von Christian Werner gesagt worden. Mit den Steuern bezahlen wir etwas, das wir auch wieder zurück erhalten. Wir bezahlen eine Infrastruktur, Bildung, Schulhäuser, Dienstleistungen, die wir alle in Anspruch nehmen. Der Stadt oder öffentlichen Hand haben wir Aufgaben wie Abfuhr übertragen. Mit den Steuern kaufen wir letztlich etwas ein, wo wir alle profitieren und froh sind, dass wir dafür gute Leistungen und gute Infrastrukturen haben. Ich möchte Euch einfach bitten, die Steuern einmal in einem anderen Licht zu sehen. Jeder zahlt natürlich nicht gerne Steuern. Aber wenn man sich bewusst ist, wofür man zahlt, bekommt man vielleicht mit der Zeit ein anderes Bild. Deshalb habe ich auch gesagt, der Steuersatz müsse erträglich sein. Das ist richtig. Aber wir müssen auch Qualität in den Leistungen, die wir erhalten, bekommen. Für mich ist es klar. Es stimmt eben nicht, dass wir nichts gemacht haben. In den letzten zehn Jahren, die ich im Parlament schon erwähnt habe, haben wir den Steuersatz mehrmals deutlich gesenkt. Bei den juristischen Personen waren wir ungefähr bei 125 % und sind heute bei 100, und bei den natürlichen Personen war es etwas tiefer, und wir sind auch bei 100 %. Wir haben massiv etwas gemacht und sind auf einen Status gekommen, wo wir keine Schulden mehr haben. Wir hatten nämlich vorher massiv Schulden und sind heute auf einem guten Stand. Aber jetzt soll man endlich investieren. Das habe ich mehrmals kritisiert. Wir haben nämlich in den letzten zehn Jahren auch nichts in die Entwicklung investiert. Das wäre jetzt an der Zeit. Für mich ist klar, dass ich auch nicht im Detail sagen kann, wie es weiter geht. Wir haben uns deshalb auf Zahlen festgelegt, einen Finanz- und Investitionsplan diskutiert, an dem wir uns letztlich auch irgendwie orientieren müssen, weil wir nichts anderes haben. Dieser Finanz- und Investitionsplan ist in meinen Augen glasklar. Ich nehme jetzt das Wort, das Ernst Zingg immer so gerne benutzt. Es ist wirklich glasklar. Wir können die Steuern nicht senken, wenn wir in den nächsten Jahren entsprechend investieren wollen. So einfach ist es. Aus diesem Grunde gehe ich davon aus, dass wir als Fraktion diese Senkung ablehnen werden.

Antonia Hagmann: Eigentlich habe ich es langsam satt, dass uns von gewissen Parteien immer wieder gesagt wird, was bürgerlich sein soll und was nicht. Wir sind selbständig, können selber entscheiden und schauen jedes Geschäft einzeln an. Dies ist ein fundierter Entscheid. Wir müssen uns nicht immer sagen lassen, was bürgerlich sein soll. Zudem möchte ich unterstützen, was von Ernst Zingg gesagt worden ist. Dahinter kann ich voll stehen wie auch hinter den Ausführungen von Markus. Wir haben den Finanz- und Investitionsplan für die nächsten Jahre positiv zur Kenntnis genommen. Das muss schon gesagt sein. Wir stehen doch hinter diesen Investitionen, und wenn wir sehen, was auf uns zukommt, und ich hoffe wirklich, dass dies bald umgesetzt werden kann, brauchen wir doch diese Steuergelder. Es ist uns auch noch vorgeworfen worden, wir würden immer nur darüber sprechen. Wir haben schon Anträge zu Steuersenkungen gestellt, die dann auch durchgekommen sind. Momentan sind wir jetzt einfach noch nicht der Ansicht, dass wir wieder Steuern senken müssen. Ich bin schon bereit. Aber wir haben jetzt so viel

Anstehendes, und ich möchte dies wirklich einmal durchziehen. Mir ist lieber, wir fahren auf den 100 % und können dann vielleicht einmal sagen, dass wir wieder senken. Aber ich möchte nicht in zwei Jahren wieder eine Steuererhöhung machen, nur weil wir sehen, dass uns das Geld doch nicht reicht. Deshalb sind wir grossmehrheitlich der Ansicht, dass wir beim vom Stadtrat beantragten Steuerfuss bleiben.

Marcel Steffen: Ich bin froh, dass Antonia Hagmann jetzt gerade gesprochen hat. Da ist schon viel vom Klotz weg. Markus hat es eigentlich schön gesagt. Er hat zwar wir gesagt, hat aber vermutlich uns gemeint. Was hier passiert, geht schon fast in Richtung Hirnwäsche, was hier mit der CVP Jahr für Jahr passiert, wenn es um die Budgetdebatte geht. Im Endeffekt wissen wir ja, wer hier den Steuersatz macht.

Stephan Hodonou: Ich möchte hier auch der CVP ein Kränzchen winden, dass sie sich sehr nachhaltig und weitsichtig verhält und sieht, was ansteht, vielleicht ganz im Gegensatz zu dogmatischem Tunnelblick, der nur Steuerreduktion sieht. Die CVP ist hier wirklich gut unterwegs. Noch ein Wort zu Wettingen: Interessanterweise gehören der Ammann der CVP und der Vizeammann der EVP an. Das zeigt, dass eben sehr pragmatisch von Situation zu Situation gehandelt wird.

Daniel Probst: Wir haben dies in der Fraktion lange diskutiert. Es ist überhaupt nicht so, dass wir gekommen sind und gesagt haben: So, wir wollen jetzt auch etwas Steuern senken. Wir haben ja das Glück, dass wir mit Ernst Zingg den Finanzdirektor gleich bei uns haben, und haben auch noch Beratung von Markus Sieber erhalten. Wir haben gesagt, wenn wir dies hier machen, tun wir es auch ganz stark unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Finanzpolitik. Wir sagen nicht einfach nur, die Steuern sollen gesenkt werden, und dann schauen wir, was die Stadt macht. Hier wollen wir uns auch in die Pflicht nehmen, und es ist für uns klar und es soll auch für die anderen, die für eine Steuersenkung sind, gelten, dass wir die Investitionen, die in Zukunft kommen, auch genau anschauen müssen. Von Markus Sieber haben wir uns sagen lassen, dass sich die Stadt Olten eigentlich im Jahr nur 12 bis 13 Millionen Franken an Investitionen leisten könnte. Schaut einmal, wie viel wir jetzt haben. Es kann gesagt werden, man habe lange nichts gemacht. Das stimmt doch gar nicht. Ich gehöre dem Gemeindeparlament auch schon lange an. Mir ist kein Jahr bekannt, wo wir weniger als 12 bis 13 Millionen Franken ausgegeben hätten. Wir haben immer etwas gemacht. Vielleicht machen wir sehr viel oder zu viel. In den nächsten Jahren müssen wir uns bei den verschiedenen Vorstössen, Anträgen oder Geschäften, die kommen, immer die Frage stelle: Was ist notwendig? Was ist wünschbar, und was ist vielleicht sogar Luxus? In diesem Zeitraum des Finanzplans sind es 11 Millionen Franken. Das heisst, es ist pro Jahr nicht mehr so viel, das pro kommenden Antrag oder kommendes Geschäft durch geschicktes Verhandeln und Diskutieren vielleicht auch einmal das Notwendige vom Wunschbaren trennen kann. Hier wollen wir uns auch in die Pflicht nehmen lassen. Wir sind der Meinung, dass es nicht nachhaltig ist, wenn wir als Stadt jahrelang so viel Geld investieren, obwohl wir uns nur 12 bis 13 Millionen Franken leisten könnten. Das ist nachhaltig. Wir haben uns dies von Markus Sieber und Ernst Zingg sagen lassen. Mit Tunnelblick hat dies gar nichts zu tun. Es ist eine nachhaltige Finanzpolitik.

Daniel Dähler: Ich möchte drei Punkte anführen. Zur CS-Studie, die Ernst Zingg erwähnt hat: Ich denke, grundsätzlich hat man in der Vergangenheit sicher sehr viel gemacht. Das hat auch dazu geführt, dass wir heute in dieser Situation sind. Wesentlich ist natürlich die finanzielle Lage wie auch der Steuersatz, der sicher attraktiver geworden ist. Das sind wesentliche Parameter. Das sieht man auch immer in der Bilanz, wo die Dynamik der Stadt Olten gleich null geschrieben ist. Aber in den anderen Punkten haben wir wirklich vorwärts gemacht. Das ist letztlich auch der Grund, weshalb wir uns heute in einer besseren Position befinden als vor Jahren. Es ist auch ein Verdienst aus der Vergangenheit. Wenn wir heute schon so attraktiv sind, weshalb wollen wir nicht noch attraktiver werden? Wieso versuchen wir zu verharren? Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen. Wenn man die Relation der

zwei Steuerprozente sieht: Ein Steuerprozent war in diesem Jahr schon nur in den 4 % des Sachaufwands, der gestiegen ist, enthalten. Das sind rund Fr. 800'000.--, die dem einen Steuerprozent entsprechen. Wenn wir dort den Finger drauf halten, haben wir auf der anderen Seite auch die Möglichkeit zu schrauben. Im Vergleich zum Investitionsplan gibt es meiner Meinung nach heute niemanden, der die Hand erheben würde, wenn man fragen würde, der bestimmt aufträte, dass der Realisierungsgrad des Finanzplans 100 % sein wird. Das ist in der Vergangenheit nicht so gewesen, und es wird auch im nächsten Jahr anspruchsvoll sein, die über 30 Millionen Franken zu investieren. Hier habe ich heute schon Fragen, ob der Realisierungsgrad am Schluss wirklich 100 % sein wird.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte einfach noch zwei Dogmen, die immer wieder erwähnt werden und mich auch immer etwas stören, an meinem Beispiel widerlegen. Erstens zahle ich eigentlich gerne Steuern, weil ich den Sinn einsehe und es viel anderes gibt, wo ich den Sinn weniger einsehe. Zweitens würde ich auch nicht nach Wettingen umziehen, wenn ich dort keinen Franken Steuern bezahlen müsste. Das ist nicht das wichtigste Kriterium. Wahrscheinlich würde ich nicht einmal nach Wettingen umziehe, wenn ich noch etwas erhalten würde.

Felix Wettstein: Ich habe bis vor 15 Jahren in Wettingen gewohnt und bin freiwillig nach Olten gezogen und seither geblieben. Daniel Dähler, ich finde es ganz wichtig, Deine Argumentation auch daraufhin zu betrachten, was noch nicht im Finanz- und Investitionsplan gestanden hat, obwohl wir ausgegeben haben. Mit Deiner Argumentation hättest Du diesen 12,1 Millionen Franken für die neue Sportstättenrenovation nicht zustimmen dürfen.

Beschluss

Mit 18 : 7 Stimmen bei 22 Enthaltungen obsiegt der FdP-Antrag auf 98 % gegenüber demjenigen der SVP auf 97 %.

Christian Werner: Wir akzeptieren dies selbstverständlich, sind aber der Meinung, dass bei dieser finanziellen Ausgangslage die Einwohnerinnen und Einwohner ein Recht haben zu wissen, wer für eine Steuerreduktion ist und wer dagegen ist. Ich stelle deshalb einen formellen Antrag auf Abstimmung per Namensaufruf gestützt auf Artikel 41 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Das Büro ist schon etwas vorgewarnt worden, dass es soweit kommen könnte. Wir haben uns hier vorbereitet. Artikel 41 ist klar, unmissverständlich und unwiderlegbar. Es gibt ein Quorum, das 20 %, ein Fünftel, sein muss. Wir sind zur Zeit 47 Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Das macht 9,4, aufgerundet 10. Wenn wir jetzt die Abstimmung durchführen und 10 für die Abstimmung mit Namensaufruf sind, wird dem stattgegeben.

Beschluss

Mit 16 Stimmen wird dem Antrag der SVP auf Namensaufruf betr. Steuerreduktion zugestimmt.

Ammann Markus	100
Bader Corinne	100
Balkaç Yabgu	100
Braun Rolf	100
Buck Marcel	98
Dähler Daniel	98
Derendinger Lukas	100
Dinkel Georg	100
Ehram Heidi	100
Eng Heinz	98
Engeler Anna	abwesend
Fleischli Nadja	98
Flury Markus	98
Frey Schär Myriam	100
Frey Thomas	98
Good Werner	100
Hagmann Antonia	100
Haller Simon	100
Hodonou Stephan	100
Huber Anita	100
Kämpf Alexandra	98
Kissling Patrick	100
Knapp Urs	98
Köstli André	98
Maiolo Domenico	98
Marbet Thomas	98
Meyer Derungs Huguette	100
Moor Rudolf	100
Näf Sandra	100
Nünlist Stefan	98
Pfenninger Max	98
Pflugger Thomas	100
Probst Daniel	98
Rudolf von Rohr Roland	98
Schibli Andreas	98
Schneider Daniel	abwesend
Schöni Theo	100
Steffen Marcel	100
Stocker Rötheli Luzia	abwesend
Uebelhart Arnold	100
Ulrich Dieter	100
Wälchli Schaffner Marlène	100
Weibel Patrick	100
Werner Christian	98
Wernli René	98
Wettstein Felix	100
Winistörfer Marc	98
Winter Gert	98
Wüthrich Christian	98
Zila Nico	98

Beschluss

Mit 25 : 22 Stimmen fällt der Entscheid für 100 %.

Gesamtbeschluss

Mit 29 : 2 Stimmen bei 16 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Voranschlag 2011 der **Laufenden Rechnung** mit einem **Mehrertrag** von **Fr. 770'500** wird genehmigt.
2. Die **Investitionsrechnung** der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von **Fr. 33'570'000** wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
- 5.- Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 593'000 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstab Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 52'900 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 27'685'700 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 10 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 19/6

Prot.-Nr. 22

Personalwesen, Lohnanpassung/Festlegung Budgetgrundlage

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Gestützt auf Art. 22 Personalreglement legt das Gemeindeparlament auf der Summe der Gehälter und Zulagen des Gemeindepersonals allfällige Lohnanpassungen fest. In den letzten drei Jahren wurden Lohnanpassungen für das städtische Personal wie folgt gewährt:

2006	1,1%
2007	1,6%
2008	1,5%
2009	1,0%

Die Prognosen sagen zurzeit eine durchschnittliche Jahreststeuerung 2010 von 0,5 bis 0,7% voraus. Für das Jahr 2011 wird eine Jahreststeuerung von 0,6 bis 0,7% erwartet.

Die Besoldungsordnung für die Lehrpersonen richtet sich nach den kantonalen Vorschriften bzw. dem am 1.1.2005 in Kraft getretenen Gesamtarbeitsvertrag. Der Regierungsrat hat mit den Personalverbänden über die Lohnrunde 2011 partnerschaftlich verhandelt. Die Parteien einigten sich darauf, dass dem Staatspersonal auf 1.1.2011 eine Lohnerhöhung von 0,7% zugestanden wird.

2. Antrag des Stadtrates

Für den Stadtrat ist es wichtig, dass es nicht zu neuen Ungleichbehandlungen zwischen dem Personal der Stadtverwaltung und den Lehrpersonen kommt. In diesem Sinne beantragt der Stadtrat für das Jahr 2011 für das Personal der Stadtverwaltung die gleiche Lohnanpassung wie beim Staatspersonal, das heisst 0,7%. Die von den Personalverbänden beantragte generelle Lohnanpassung von 2%, begründet mit einem markanten Nachholbedarf und mit der Finanzlage der Stadt Olten, erachtet der Stadtrat hingegen angesichts der aktuellen Wirtschaftslage als unrealistisch.

Beschlussesantrag:

1. Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2011 im Sinne der Erwägungen analog zum Staatspersonal eine Lohnanpassung von 0,7% gewährt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Dr. Rudolf Moor, GPK: Die Vorlage ist natürlich in der GPK vorgestellt worden. Zuerst hat es eine Diskussion gegeben, was die Lohnerhöhung eigentlich genau ist. Nach Rückfragen ist dann aber klar geworden, dass es sich hier um eine generelle Lohnerhöhung für alle handelt. Ich nehme an, dass Stadtpräsident Ernst Zingg auf dieses Thema noch zurück kommen wird. Der Hauptdiskussionspunkt, der in der GPK Gegenstand war, ist die Frage gewesen, ob der Stadtrat jetzt überhaupt eine eigene Lohnpolitik betreibt oder ob er einfach die Lohnpolitik des Kantons übernimmt. Der Hintergrund ist natürlich, dass die Erhöhung mit der Lohnerhöhung, die der Kanton beschlossen hat und zwar zum Teuerungsausgleich, genau mit den 0,7 % übereinstimmt. Der Stadtpräsident hat betont, dass eine sehr eigenständige Lohnpolitik gemacht wird, aber natürlich die Vorlage des Kantons berücksichtigt wird und es in diesem Jahr durchaus Sinn macht, sie 1 : 1 zu übernehmen. In der GPK hat es keine sehr lange Diskussion über die Erhöhung gegeben. Einzelne fanden, eine weitergehende Lohnerhöhung würde durchaus begrüsst. Es war aber eigentlich nicht bestritten, dass im aktuellen politischen und gesellschaftlichen Umfeld eine weitergehende Lohnerhöhung nur schwer begründbar wäre. Aus diesen Gründen hat die GPK den Lohnanpassungen relativ schnell ohne Gegenstimme zugestimmt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Vielen Dank an den Sprecher der GPK für seine Erläuterungen. Das ist auf den Punkt, was auch diskutiert worden ist. Ich möchte einfach im Zusammenhang mit der Diskussion in der GPK noch einige Bemerkungen machen. Die Stadt Olten entscheidet für sich, ohne Druck von irgendjemandem, zum Beispiel des Kantons oder von jemand anderem, Zeitungsmeldungen oder öffentlicher Hand, irgendwelcher Blätter von Personalverbänden schweizerischer Provenienz, die Lohnvergleiche über Anpassungen von Löhnen oder Teuerung machen. Wir entscheiden eigenständig. Aber man muss sich natürlich an irgendetwas halten können, wenn man ja schon immer wieder von Benchmark spricht, auch in diesem Kreis. Anlehnungen an den Kanton macht man dahingehend oder nur deswegen, weil man doch im Sinne von Sorgfaltsverpflichtung, Güterabwägung etc. berücksichtigen darf, muss und soll, dass die gesamte Lehrerschaft der Stadt Olten – es ist eine Anzahl in der Grössenordnung von 400 Personen – auf den 1. Januar 2011 eine Lohnanpassung von 0.7 % erhalten wird. Das hat der Regierungsrat – es ist im kantonalen Gesamtarbeitsvertrag geregelt – im Juni entschieden. Es ist im kantonalen Budget 2011 berücksichtigt und kann – das wissen alle anwesenden Mitglieder des Kantonsrats – nicht mehr geändert werden. Die Lehrerschaft, insbesondere auch die Führungsstruktur der Lehrerschaft und die städtischen Verantwortlichen arbeiten sehr eng, sehr intensiv und äusserst gut zusammen. Dementsprechend tauscht man sich ja auch aus und zwar durch alle Direktionen hindurch, zum Teil sogar in genau gleichen Gremien für die Stadt. Ihr wisst, was ich damit genau sagen will. Die Schere im Besoldungsbereich zwischen den beiden erwähnten Komponenten sollte nicht überdimensional sein. Es gilt festzuhalten, dass seitens des Stadtrates Gerechtigkeit innerhalb des Personals, die wirtschaftliche Entwicklung, die Leistung des Personals unter anderem zur Entscheidungsfindung beitragen, die wir hier vorne zu Handen eines Berichts und Antrags für Euch treffen. Der Stadtrat studiert aber auch die Lohnentwicklung ausserhalb der Stadtgrenzen. Ihr nehmt dies ja auch

als Entscheidungsgrundlage. Zum Beispiel in der Wirtschaft und natürlich im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Hier stellen wir einfach fest, dass sich die Medienmitteilungen in diesem Jahr fast einig sind, dass zum Beispiel bei der öffentlichen Hand eine durchschnittliche Lohnanpassung von 1,2 % eintreffen wird. Der Stadtrat pflegt ein gutes Einvernehmen mit den Personalverbänden und hat deshalb die Forderung einer generellen Lohnanpassung von 2 % geprüft, aber als nicht realistisch beurteilt und im heutigen Bericht und Antrag nicht postuliert. Unter Berücksichtigung all dieser Komponenten und der finanziellen Situation hat sich der Stadtrat einstimmig entschieden, dem Parlament eine Lohnanpassung von 0,7 % zu beantragen. Nach den Fraktionssitzungen stellen wir hier vorne fest, dass durchaus sehr positive, sogar einstimmige Abstimmungsergebnisse zustande gekommen sind. Das ist erfreulich. Wir bitten Euch, diese Resultate heute hier bei der entscheidenden Abstimmung zu bestätigen, und danken Euch im Namen des städtischen Personals jetzt schon dafür.

Der Stadtrat und alle Mitarbeitenden der Stadt treten in den Ausstand.

Christian Werner: SVP-Fraktion: Bei uns hat das Geschäft inhaltlich grundsätzlich nicht gross zu diskutieren gegeben, weil wir das Bedürfnis einer geringen Lohnanpassung aufgrund der Teuerung sehen, die in diesem Jahr im Vergleich zum letzten Jahr wieder positiv ist. Gleichwohl hat das Geschäft aber in unserer Fraktion für Unmut gesorgt. Dies aus zwei Hauptgründen: Der erste ist ein untergeordneter, dass wir letztes Jahr eine negative Teuerung hatten und gleichwohl ein Prozent gewährt haben, unter dem Strich also eine Reallohnanpassung von fast 2 % hatten. Teile unserer Fraktion wären der Meinung gewesen, dass man in diesem Jahr salopp ausgedrückt wieder etwas gut machen und dort einen Schritt zurück machen könnte. Der Hauptgrund ist – wir haben es in der GPK diskutiert, und ich muss es halt hier noch einmal bringen – dass sich meines Erachtens der Stadtrat eigentlich selber widerspricht. Er betont ja, wie eigenständig die Lohnpolitik ist und wie unabhängig von anderen er diese Anpassungen gewährt. Das stimmt einfach nicht. Wenn man die Begründung des Stadtrates liest, schreibt er klar, dass es ihm wichtig ist, dass es nicht zu neuen Ungleichbehandlungen zwischen dem Personal der Stadtverwaltung und den Lehrpersonen kommt. Dann sagt er, in diesem Sinne beantrage er, dem Personal etc. für das Jahr 2011 die gleiche Lohnanpassung wie beim Staatspersonal zu gewähren. „In diesem Sinne“: Die Argumentation stützt sich ganz klar auf die Lohnanpassung beim Staatspersonal ab. Das finde ich sehr, sehr störend. Ich war letztes Mal wegen Militärdienstes nicht dabei. Solange wir noch nicht abgeschafft sind, gehe ich noch. Aber das ist ein anderes Thema. Ich habe heute im Protokoll gelesen, dass der neue Parlamentspräsident Vertreter eines starken Parlaments ist. Das sind wir auch. Hier sehen wir einfach, dass wir gar nichts mehr zu sagen haben. Das stört uns massiv. Es besteht ein Automatismus, fast wie bei der Ausschaffungsinitiative, mit folgendem Meccano: Auf Stufe Kanton kann der Kantonsrat nichts dazu sagen. Das Parlament kann zum Teuerungsausgleich bzw. zur Lohnanpassung null sagen. Das liegt in der Kompetenz des Regierungsrates. Regierungsrat Wanner bestimmt dies, nachdem er mit den Personalverbänden gesprochen hat. Der Stadtrat von Olten kommt nachher – seit Jahren ist es die gleiche Argumentation; ich habe auch Vorlagen von den letzten Jahren gelesen – mit der Argumentation, er wolle keine Ungleichbehandlung und deshalb wolle er die gleiche Lohnanpassung wie beim Kanton. Schliesslich entscheidet eigentlich Regierungsrat Wanner überspitzt ausgedrückt, welche Lohnanpassung wir nachher hier abnicken. Das stört uns. Deshalb werden wir nicht dagegen stimmen, sondern uns enthalten, um so etwas den Protest auszudrücken. Wir möchten unterstreichen, dass wir grundsätzlich aufgrund der Teuerung schon sehen, dass es eine geringe Lohnanpassung braucht.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Bei mir geht der Blutdruck nicht ganz so sehr hinauf wie bei Christian Werner. Die Argumentation des Stadtrates erinnert mich etwas an diejenige des Bundesrates beim EU-Recht. Deshalb nehme ich sie auch relativ gelassen. Selbstverständlich sind wir selbständig, und selbstverständlich machen wir einen autonomen

Nachvollzug, und selbstverständlich gibt es auch gute Argumente dafür. Das muss auch gesagt werden. Die FdP wird die Vorlage unterstützen. Wir möchten einfach auf zwei Punkte hinweisen. Die 0,7 % sind eine Realloohnerhöhung. Das gönnen wir dem Personal. Man muss doch feststellen, dass die Personalkosten insgesamt um 4,3 % steigen. Wenn man einen Vergleich mit der Privatwirtschaft, auch mit gewissen, wenigen öffentlichen Institutionen macht, wenn zum Beispiel Coop, die ich relativ gut kenne, weil ich dort lange gearbeitet habe, als Spitzenreiter sagt: Wir geben 3 % mehr für Löhne aus, heisst das nicht, dass jeder 3 % mehr erhält, sondern das heisst, dass die Lohnsumme um 3 % steigt, inklusive Beförderungen, Neueinstellungen und Austritte. Wir erhöhen die Lohnsumme um 4,3 % und haben eine sehr, sehr schöne Sache. Ich glaube, dies darf auch dem Personal so gesagt werden.

Heidi Ehrsam, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Die beantragte Lohnanpassung von 0,7 % für das städtische Personal hat bei unserer Fraktion keine lange Diskussion ausgelöst. Wir finden die 0,7 % eigentlich angemessen. Die von den Personalverbänden gewünschte Lohnanpassung von 2 % ist in unserer Fraktion auch noch kurz besprochen worden. Nach unserer Ansicht kann die Finanzlage der Stadt Olten bei der Festsetzung der Lohnanpassung nur eine untergeordnete Rolle spielen und gibt im Moment sicher keinen Anlass, um weiter hinauf zu gehen. Einen Nachholbedarf sehen wir eigentlich auch nicht, so wie es die Personalverbände für sich gesehen haben. Für unsere Fraktion ist in dieser Diskussion, die von meinen Vorrednern angezogen worden ist, die fest ausgehandelte Lohnanpassung für das Staatspersonal eigentlich ein Richtwert. Bei uns geht es einfach so: Wenn wir keine wesentlichen Gründe für eine Abweichung dieses Wertes sehen und keine vorliegen, und das ist im Moment der Fall, haben wir die Meinung, dass dieser Wert auch für unser Personal gelten soll. Deshalb stimmt die CVP/EVP/GLP-Fraktion dem Beschlussesantrag einstimmig zu, verbunden mit einem Dank an das städtische Personal für seine Arbeit in diesem Jahr.

Dr. Arnold Uebelhart, SP-Fraktion: Wir sind grossmehrheitlich auch für die plus 0,7 %. Ich bin eigentlich bei der Minderheit gewesen. Aber weil der „grossmehrheitliche“ Sprecher nicht anwesend ist, rede ich jetzt. Urs Knapp hat es richtig gesagt: Wenn man sich wirklich hinein kniet, wird es etwas schwierig. Ich kann Dir auch bestätigen, dass die Löhne wirklich hinauf gehen. Ich habe ohne Lehrer genommen. Fr. 464'000.--, die Lohnsumme rein Lohn ist plus ,2,3 %, die Sozialversicherung plus ,7,4 %, die Pensionskasse plus 3, 4 % und die Unfallkrankenkasse plus 9,3 %. Hier habe ich einfach ein Problem gesehen. 0,7 %. Am Schluss hast Du dann eben die 4 %. Das ist wirklich etwas schwierig zu begreifen. Dann haben wir den Index der Teuerung. Hier wissen wir, dass die Krankenkasse usw. nicht dabei ist. Kürzlich hat man im Oltnen Tagblatt lesen können, dass die Kosten für eine Mittelstandsfamilie rund Fr. 1'000.— mehr sein werden, Krankenkasse, Mehrwertsteuer. Das wären eigentlich Fr. 80'000.— bis Fr. 100'000.— und auch schon 1 %. Wir haben uns noch eine Gewinnbeteiligung überlegt. Es ist die Sache mit dem Aktionär gekommen. Das ist halt wirklich noch schwierig. Christian Werner hat gesagt, wir hätten sehr hohe Gewinne gemacht. Man könnte sagen: Wir beteiligen sie daran und erhöhen die Löhne noch etwas mehr. Dann haben wir im OT gelesen: Es gibt spürbar mehr Lohn. Gemäss diesem Artikel liegt der Durchschnitt bei 1,5 % plus bei den öffentlichen Körperschaften. Meiner Auffassung nach – aber es ist die kleine Minderheit – wäre schon mehr drin gelegen. Ich denke, wir bleiben bei diesem Antrag, dass wir auch bei 0,7 % sind. Wir stimmen in diesem Sinne einstimmig dafür.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Ich möchte etwas korrigieren, da jetzt hier der Eindruck entstanden ist, wir seien hier so generös, wenn wir 0,7 % gewähren. Das ist alles andere als berechtigt. Die Zahlen, die wir diese Woche im Sonntags OT gesehen haben, zeigen ganz eindeutig, dass im Schnitt 1,7 % Lohnanpassungen quer durch alle Branchen angekündigt sind. Am Schluss aller Branchen ist die öffentliche Verwaltung plus die Lehrerschaft mit 1,2 %. Es sind andere Branchen, die hier häufig zitiert werden, dass man doch besser schauen

soll wie es diese machen, die auf den Schnitt von 1,7 % hinauf ziehen. Jetzt kommen wir und sagen: Jaja, 0,7 % - mehr können wir nicht geben, und gleichzeitig danken wir dem Personal. Wir geben hier dem Personal gegenüber ganz und gar nicht ein wohlwollendes Signal ab. In unserer Fraktion sind wir auch der Meinung, dass wir in der Lohnpolitik Eigenständigkeit weiterhin wahren können, dies auch in einem Moment, in dem wir den generellen Lohnanpassungssatz gleich halten wie er beim Kanton vorgesehen ist. In diesem Sinn haben wir auch nicht die Absicht, einen anderen Antrag zu stellen. Wenn Arnold Uebelhart einen Antrag auf einen höheren Satz gestellt hätte – ich wäre gespannt gewesen auf welche Höhe – könnte ich mir vorstellen, dass aus unserer Fraktion mindestens einige zugestimmt hätten. Vielleicht kommt noch etwas. Die Eigenständigkeit, die jetzt mehrmals angemahnt wurde, können wir auf andere Art haben. Eine Möglichkeit ist zum Beispiel, noch einmal zu schauen, wie wir jetzt eigentlich punkto Gerechtigkeit in Sachen Besoldung innerhalb des Personals da stehen. Ich möchte daran erinnern, dass wir mit der Besoldungsrevision, die man vor zwei Jahren beschlossen hat, nicht eine vollständige Gerechtigkeit erzielt haben, weil wir halt nicht bereit waren, soviel Geld zu investieren, wie es gebraucht hätte, um das ABAKABA-System wirklich zu vollziehen. Ihr erinnert Euch: Die Leute, die gemäss ihrer neuen gültigen Einstufung vorher unter dem Lohnband gelegen sind, haben wir nicht dorthin bringen dürfen, wo sie eigentlich hin gehört, sondern haben sie nur um einen Viertel in Richtung dorthin, wohin sie eigentlich gehörten, anheben können. Jetzt hätten wir zum Beispiel hier eine Eigenständigkeit, könnten ein Gleich tun und sagen: Das kostet uns nicht alle Welt, wenn wir denjenigen, die nach wie vor beim Lohnband nicht dort sind, wo sie gemäss ihrer Funktion eigentlich hin gehörten, einen weiteren Viertel gewähren würden. Das wäre für uns ein Beleg von Eigenständigkeit. Es ist schade, dass wir diesbezüglich keine Datengrundlage auf dem Tisch haben. Wir werden sehr halbherzig mit zustimmen.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich habe eigentlich gehofft, Felix Wettstein stelle einen Antrag, und ich könnte dann unserer Fraktion sagen: Wir nehmen eine Auszeit von fünf Minuten. Aber Du hast gesehen, dass wir abgewunken wurden. Wir bleiben bei den 0,7 %.

Dr. Markus Ammann: Ich stelle jetzt keinen Antrag. Aber ich gehöre seit ungefähr zehn Jahren dem Parlament an. Der Vergleich des EU-Rechts, das wir sogenannten autonom nachvollziehen hat mir zwar sehr gefallen, aber es ist eben nicht so, dass wir das machen, sondern wenn es nach unten gegangen ist, haben wir mehrmals korrigiert. Nach oben haben wir meines Wissens noch nie korrigiert. Von daher muss man schon bei den Realitäten bleiben.

Heidi Ehrsam: Ich möchte noch etwas zur Eigenständigkeit sagen, die Felix Wettstein jetzt hier vielleicht machen möchte. Das haben wir letztes Jahr schon diskutiert, und wir haben damals schon gesagt, und ich denke, das ist die Meinung unserer ganzen Fraktion, wir haben das Volk über die Besoldungsrevision abstimmen lassen und fänden es nach wie vor nicht richtig, wenn wir jetzt etwas daran ändern würden. Deshalb finde ich die vorgeschlagene Eigenständigkeit, wo wir jetzt etwas für die unteren Lohnklassen machen könnten, dass dies im Moment nicht angebracht ist.

Urs Knapp: Felix Wettstein, es sind nicht nur die 0,7 %. Ich denke, wir können ins Detail gehen. Es ist wahrscheinlich fast das Doppelte. Wir haben eine Besoldungsrevision, wo fast alle städtischen Angestellten deutlich mehr Lohn erhalten. Wenn Du sagst, 1,7 % sei der Durchschnitt, möchte ich daran erinnern: Es ist der Durchschnitt der Lohnsummenerhöhung, nicht der individuelle Mehrlohn. Ich kann das Beispiel Coop nennen, aber auch alle Banken. Dort gibt es normalerweise gar keine generelle Lohnerhöhung mehr, sondern nur noch individuell. Wir haben hier 0,7 % fest und für einige mehr. Damit das Wehklagen wegen des Personals nicht allzu stark wird – wir gönnen ihm dies ja auch – muss man das Gesamtpaket betrachten. Die ganze soziale Absicherung des städtischen Personals ist überdurchschnittlich gut und auch im Vergleich mit öffentlich-rechtlichen Unternehmungen

überdurchschnittlich gut, mit privaten sowieso. Ich weiss nicht, wie viele hier, die bei einem privaten Arbeitgeber beschäftigt sind, eine so gute Pensionskasse wie das städtische Personal haben. Auch dies ist ein Punkt der Anstellungsbedingungen. Zu den Ausführungen von Markus Amman: Wir haben eigentlich nur autonom nachvollzogen, wenn es zu Lasten des städtischen Personals gegangen ist. Vor zwei oder drei Jahren hatten wir eine Besoldungsrevision. Das hat einige Diskussionen gegeben. Man hat dort auch Lohnvergleiche gemacht. Wenn ich mich richtig erinnere – ich habe der vorberatenden Kommission angehört – war eigentlich keine einzige städtische Funktion tiefer als die kantonale eingestuft. Es gab aber einige Funktionen, wo man etwas mehr verdient hat als beim Kanton. Das ist auch recht gewesen. Einfach, damit die Kirche im Dorf bleibt, wie man so schön sagt.

Christian Wüthrich: Vielleicht haben es einige gemerkt. Ernst Zingg hat von der Tradition gesprochen, den Saal zu verlassen. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass dort hinten das Band läuft und es ein Wortprotokoll gibt. Das wird relativ grosszügig verteilt, wie es bei einer Parlamentsitzung immer ist. Ich verstehe eigentlich den Grund nicht unbedingt, weshalb der Stadtrat den Saal verlassen muss. Es war nicht ehrverletzend, und es wurde fundiert und sachlich diskutiert. Für mich sind zum Teil Sachen diskutiert worden, die sie eigentlich 1 : 1 auf allen Seiten hätten hören müssen. Von daher verstehe ich dies eigentlich schon länger nicht mehr. Ich stelle keinen Antrag, gebe es aber einmal an das Büro weiter, damit man vielleicht mit dieser Tradition einmal aufhört.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Danke für den Hinweis. Ich kann es gleich an den ersten Vizepräsidenten weiter geben. Es ist eine Hypothek für das nächste Jahr. Er wird dies sicher an der Bürositzung aufnehmen. Im Übrigen ist es eine Entscheidung des Stadtrates gewesen, den Saal zu verlassen. Wir haben ja nicht darauf gedrängt. Wenn sie gehen wollen...

Christian Werner: Ich denke, es ist schon richtig, dass sie gehen, weil in der Geschäftsordnung Artikel 33, wo es um die Abtretungspflicht geht, steht, dass sie den Saal verlassen müssen, wenn sie ein persönliches Interesse am Gegenstand, über den diskutiert wird, haben. Dieser scheint mir gegeben zu sein, weil es unter anderem um ihr eigenes Gehalt geht.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Du hast mich vorher zitiert, dass ich für ein starkes Parlament eintrete. Es sagt letztlich ab und zu auch, man könne es so oder anders machen. Schliesslich hat das Parlament dies auch in Recht gesetzt. Hier kann man von mir aus gesehen im Rahmen des Votums von Christian Wüthrich auch etwas grosszügig sein.

Beschluss

Mit 42 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Mit 40 : 1 Stimme bei 6 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2011 im Sinne der Erwägungen analog zum Staatspersonal eine Lohnanpassung von 0,7% gewährt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 29/30

Prot.-Nr. 23

Sek I-Reform, Schulraumplanung, Werkenpavillon Frohheim/Projekt- und Kreditgenehmigung

Mit dem Neubau «Werkenpavillon Frohheim» kann ein zentrales Wirkungsziel der Sek I-Reform (Sek E und B unter einem Dach) realisiert werden. Damit wird das Sek I-Betriebskonzept sichergestellt; dies gilt sowohl für den Alleingang Olten wie auch für ein allfälliges späteres Leitgemeindemodell mit anderen Gemeinden mit der Einwohnergemeinde Olten als Leitgemeinde.

Das Neubauprojekt überzeugt durch seine äusserst kompakte Bauweise und ist ausgerichtet auf einen wirksamen und langjährigen Substanzerhalt sowie auf eine optimale Funktionalität und Flexibilität (unterteilbare Hauptraumzone für Werkräume). Das Projekt trägt den Anliegen der architektonischen Gestaltung und der Denkmalpflege (Altstadtkommission) angemessen Rechnung.

Der Stadtrat beantragt für den Neubau «Werkenpavillon Frohheim» einen Kredit von Fr. 3'300'000.00 (inkl. bereits bewilligter Kredite).

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Ab Beginn des Schuljahres 2011/2012 wird an allen Volksschulen im Kanton Solothurn die Sek I-Reform umgesetzt. Mit den mit der Sek I-Reform verbundenen Fragen der Schulraumplanung hat sich eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Direktion Bildung & Sport auseinandergesetzt. Im Zuge dieser Arbeit ist der Bericht «Neuer Sek I Schulkreis Plus Olten, Raumprogramme der Schulhäuser» entstanden. Grundlage für diesen Bericht war das Leitgemeindemodell im Schulkreis «Olten-Trimbach-Dulliken-Starrkirch-Wil-Boningen-Hauenstein-Ifenthal-Wissen» mit der Einwohnergemeinde Olten als Leitgemeinde.

Im vorerwähnten Bericht/Raumprogramm wird in der Zusammenfassung prominent festgestellt, dass die unbefriedigende Situation im «Werken-Pavillon» unabhängig von der Sek I-Reform dringend zu verbessern (aus pädagogischer Sicht, aus Sicht der Bausubstanz und Energieeffizienz) ist. Im Zusammenhang mit der Sek I-Reform muss der neue Pavillon (6 Werkräume / 2 Geschosse) spätestens zu Beginn des Schuljahres 2012/2013 (ab August 2012) fertiggestellt sein.

Mit Beschluss vom 9. August 2010 hat der Stadtrat den Unterbruch der Verhandlungen über einen Zusammenarbeitsvertrag im Schulkreis «Olten-Trimbach-Dulliken-Starrkirch-Wil-

Boningen-Hauenstein-Ifenthal-Wisen»“ als Leitgemeinde mit der Einwohnergemeinde Olten genehmigt.

Gestützt auf diesen Beschluss resp. den eigenständigen Start der Stadt Olten musste das Raumprogramm (Grösse des neuen Schulpavillons im Frohheim) überprüft resp. überarbeitet werden. Die Überprüfung seitens der Verantwortlichen der Direktion Bildung & Sport hat ergeben, dass das Raumprogramm für den neuen Werkpavillon um ca. 1/3 des geplanten Volumens (3 statt 2 Geschosse) vergrössert werden muss, damit mit der Sek I-Reform ein eigenständiger Standort Olten möglich ist. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass damit im Moment jährliche Mehrkosten von rund Fr. 400'000.00 (subventionierte Besoldungskosten) gegenüber dem vorerst nicht umgesetzten Leitgemeindemodell eingespart werden können.

Im Zusammenhang mit den genehmigten Fassadensanierungsarbeiten in der Schulanlage Säli und den anstehenden Asbestsanierungen wurden mit allen betroffenen und beteiligten Parteien diverse Szenarien diskutiert, wie die notwendigen Schulauslagerungen erfolgen können / sollen. Die notwendigen Schulauslagerungen im kommenden Jahr 2011 stellen die verantwortlichen Personen der Direktionen Bildung & Sport und Bau vor grosse Probleme – müssen doch viele Klassen ausgelagert werden. Da es sich ausschliesslich um Klassen der Primarschule handelt, ist eine beliebige örtliche Verschiebung (z. B. auf die andere Stadtseite) nicht vertretbar. Als effizientestes Szenario hat sich nach mehreren Diskussionen die beschleunigte Umlagerung der Oberstufe (ab dem Jahr 2011) in das Frohheim-Schulhaus herauskristallisiert. Damit kann ein zentrales Wirkungsziel der Sek I-Reform (Sek E und B unter einem Dach) sofort realisiert werden.

Dies hat zur Folge, dass der neue «Werken-Pavillon» im Areal des Frohheimschulhauses bereits ein Jahr früher als geplant (im Jahr 2011 statt 2012) fertiggestellt sein muss. Somit kann dieser Pavillon vorerst als provisorischer Schulraum zur Verfügung gestellt werden und muss erst nach den wegen den Asbestsanierungen Säli-Schulhaus notwendigen Auslagerungen umgenutzt werden. Die dannzumal notwendigen Werkräume können in Absprache mit der Direktion Bildung & Sport vorübergehend in den Räumen der Liegenschaft Rötzmattweg 8 domiziliert werden. Damit können die Provisorien im Säli-Schulhaus für die Asbestsanierungen im Jahr 2011 sowohl räumlich wie auch finanziell (Minderkosten ca. Fr. 230'000.00) minimiert werden.

Auf Grund der geschilderten Ausgangslage war die Projektierung des Werkenpavillons so dringlich (zeitlich/nicht definiertes Raumprogramm), dass ein selektives Verfahren für die Architekturleistungen nicht durchgeführt werden konnte. Die Projektierung erfolgte durch die Marbet Architekten ETH/HTL/SIA, Olten (Gewinner des Architekturwettbewerbs Neubau HPS Olten), in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Direktionen Bildung & Sport und Bau.

Für die weiteren Architekturleistungen (Phasen Ausschreibung und Realisierung = 67.5 % der Gesamtleistungen) wird eine Honorarsubmission durchgeführt.

2. Projekterläuterungen

Baugeschichte der Siedlungseinheit Frohheim

Die Siedlungseinheit Frohheim zeugt von einer Baugeschichte der letzten 110 Jahre.

In den Jahren 1898 bis 1900 entstand das Frohheimschulhaus. Im INSA (Inventar der neueren Schweizer Architektur) ist betreffend Stilgeschichte folgende Beschreibung festgehalten: «Schulschloss in jugendstilhaft interpretierter deutscher Neurenaissance».

Etwas früher entstand das schlichte Abwärtsgebäude mit Satteldach, welches 1899 durch die Stadt Olten käuflich erworben wurde.

Die erste Erweiterung entstand im Jahre 1937 mit der L-förmigen Schulanlage durch die Architekten Frey und Schindler. Sie wird als Musterbau des Neuen Bauens bezeichnet. Die L-förmige Schulanlage schliesst nahtlos mit dem Zugang und dem eingeschossigen Überbau an das alte Froheimschulhaus an. Durch die Lage und Stellung des Neubaus und der geschickten Einbettung in die Topografie entstanden in der gewachsenen Siedlungsstruktur Aussenräume von hoher Qualität.

Der eingeschossige Pavillonbau von 1961 zwischen Abwärtsgebäude und Turnhallentrakt wirkt in Stellung und Volumen zufällig.

Der Sporthallenbereich aus dem Jahre 1969 im tiefer gelegenen westlichen Bereich bildet mit seiner Dachlandschaft eine leicht erhöhte künstliche Plattform zum östlich gelegenen Pausenplatz.

Siedlungseinheit stärken

Der Rückbau des baufälligen 1-geschossigen Pavillons bietet die Möglichkeit, den Grundstein für eine städtebaulich längerfristige Strategie zu legen, welche die vorhandenen Qualitäten der Siedlungseinheit stärkt.

Der Neubau übernimmt auf der Nordseite die Bauflucht der bestehenden L-förmigen Schulanlage und bildet zusammen mit dem Turnhallentrakt, dem 2-geschossigen Eingangsbereich und dem altem Froheimschulhaus eine präzise Platzdefinition.

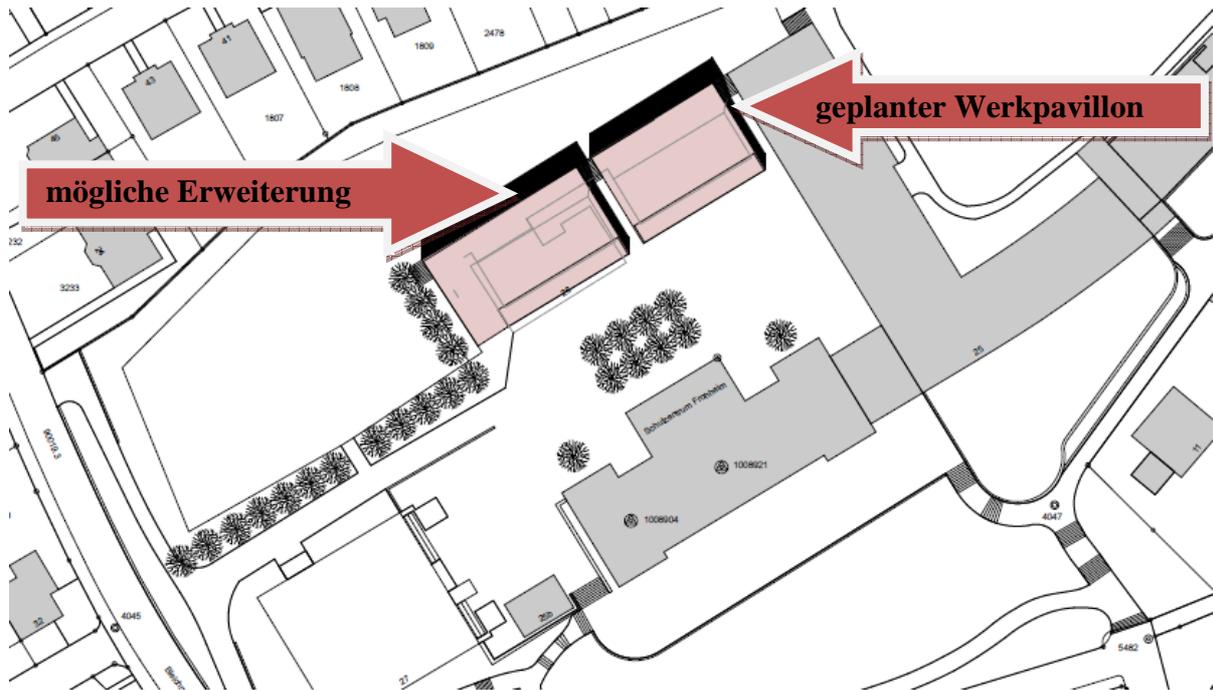
Durch die Lage und Stellung des Gebäudes wird trotz der grösseren Gebäudetiefe des Neubaus genügend Raum für den Pausenplatz geschaffen.

Dieser Konzeptansatz bietet zudem die Chance Erweiterungen der Schulanlage in westlicher Richtung zu ermöglichen und somit längerfristige Platzbedürfnisse der Schule zu befriedigen. Die Platzdefinition wird dadurch noch verstärkt und das gesamte Ensemble aufgewertet.

Das in seinem Volumen mächtig erscheinende alte Froheimschulhaus verlangt ein adäquates Gegenüber. Die platzseitig 2-geschossige neue Schulanlage mit entsprechend grosszügiger Vorzone vermittelt zwischen dem wuchtigen alten Froheim-Schulhaus und dem eingeschossigen Turnhallenflügel.

Die Ausformulierung der Vorzone verknüpft Innen- und Aussenraum. Vorzone und Platz fliessen ineinander und bilden ein Gegengewicht zum bestehenden Froheimschulhaus.

Die hohe Nutzungsdichte der 3-geschossigen Anlage auf engsten Platzverhältnissen in der gebundenen Situation zwischen Abwärtsgebäude und Turnhallentrakt wird der haushälterischen Nutzung des Bodens in hohem Masse gerecht.



Situationsplan

Das neue Schulgebäude

Die einfache Bautypologie mit Haupt- und Erschliessungsraum mit entsprechenden Nebenräumen ermöglicht eine flexibel unterteilbare Hauptraumzone für die Klassenzimmer und Werkräume.

Die Erschliessung mit den kopfseitig angeordneten Nebenräumen und der Liftanlage wird bewusst auf ein vertretbares Minimum beschränkt und führt zu guter Übersichtlichkeit und kurzen Verkehrswegen.

Die offene Kaskadentreppe ist Bindeglied zwischen den Geschossen. Die unterschiedlich starken Aussenraumbezüge der Eingangshalle und der Erschliessungszone im Obergeschoss (geschlossen/offen) führen mit dem offenen Treppenhaus zu spannungsvollen räumlichen Qualitäten.

Auf der Nordseite wird das 3-geschossige Gebäude nur leicht in das tiefer gelegene Terrain eingeschnitten. Dadurch entstehen auch im Sockelbereich angemessene Belichtungsverhältnisse für die Werkräume. Das Erdgeschoss wird gegenüber dem Platzniveau dadurch leicht angehoben und definiert mit der Treppen- und Rampenanlage wohltuend die Vorzone des neuen Schulgebäudes.

Die Materialisierung orientiert sich an der vorhandenen Siedlungseinheit und verpflichtet sich der Nachhaltigkeit:

- ❖ Holz, in Form von Eichen-Industrieparkett möglichst aus heimischen Wäldern, in den Klassenzimmern und Arbeitsräumen als warmes inneres Futterkleid.
- ❖ Stein, als Natursteinplatten aus unseren Alpen in den Erschliessungszonen, als Natursteinteppich, der durch Alterung und Abnutzung an Schönheit gewinnen wird.
- ❖ Beton, aus Aarekies und Sand in Form von gegossenem Sichtbeton, als Gebäudehülle und äusseren Mantel der im Sockel und Eingangsbereich Feuchtigkeit, Spritzwasser und mechanischer Beanspruchung standhalten wird.

Die natürlichen Materialien versprechen ihre wesentlichen Charakteristika langfristig zu erhalten und stellen ein Bekenntnis und Beweis für nachhaltiges Handeln der Stadt Olten dar – eine Politik der nachhaltigen Entwicklung.

Energetische Aspekte

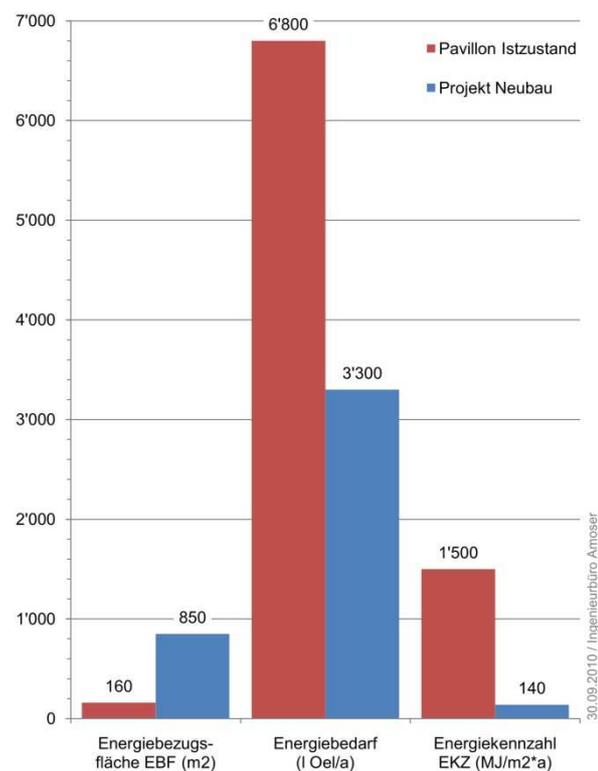
Die im Rahmen des Reaudits Energiestadt Olten verabschiedete Gebäudestrategie verpflichtet zu einer Minimierung des Energiebedarfs bei allen Projekten welche zur Ausführung gelangen. Die im vorliegenden Projekt gewählte Strategie setzt auf eine kompakte Gebäudeform, auf eine optimierte Dämmung und auf eine Minimierung der Lüftungsverluste dank der Lüftung mit Wärmerückgewinnung. So können die angestrebten Anforderungen von MINERGE® gut eingehalten werden.

Die vorgegebenen Randbedingungen für den Ersatzneubau des Pavillon Werken, insbesondere die notwendige nordwestliche Ausrichtung der Haupträume und der nichterneuerbare Energieträger des Nahwärmeverbundes, sind nicht optimal für eine sehr gute Bewertung nach MINERGIE®. Für die Erreichung des MINERGIE®-P Grenzwertes müssten die solaren Gewinne weiter optimiert und anteilig auch ein erneuerbarer Energieträger eingesetzt werden können. Sowohl aus energetischen als auch aus ökonomischen Überlegungen macht es jedoch keinen Sinn eine separate Heizung für den Ersatzneubau zu errichten.

Der Flächenanteil des bestehenden Pavillons Werken mit 2 Schulräumen ist lediglich knapp 2 % der gesamten Schulanlage Frohheim. Der Energiebedarf beträgt jedoch rund 5 % des Gesamtbedarfs.

Wie die nebenstehende Grafik zeigt vergrößert der geplante Neubau gegenüber dem bestehenden Pavillon die Energiebezugsfläche um den Faktor 5.3.

Dank der optimierten Bauweise kann der Energiebedarf pro Fläche, die sogenannte Energiekennzahl um den Faktor 10 gesenkt werden. Somit kann in der Bilanz der absolute Energiebedarf (in der Grafik in l Oel/a umgerechnet) trotz der deutlichen Vergrößerung des Gebäudes halbiert werden.



3. Finanzielle Auswirkungen

3.1 Einmalige Kosten: Kostenvoranschlag (nach Baukostenplan)

Die Kostenermittlung erfolgte mehrheitlich auf Grund der Elementkostengliederungen und von Unternehmer-Richtofferten.

Beim nachfolgenden Kostenvoranschlag sind sämtliche bereits bewilligten Kredite im Gesamtbetrag von Fr. 90'000.00 integriert, er enthält keine Landkosten und keine Bauzinsen.

Kostenvoranschlag

(inkl. MwSt / Preisstand 01.04.2010 Zürcher Baukostenindex 112.2 Punkte / Basis 01.04.2005).

BKP	Bezeichnung	Betrag
1	Vorarbeiten, Rodungen, Provisorien, Abbrüche	225'000.00
20	Baugrubenaushub	180'000.00
21	Rohbau 1	630'000.00
22	Rohbau 2	340'000.00
23	Elektroinstallationen	185'000.00
24	Heizungs- und Lüftungsanlagen	205'000.00
25	Sanitäranlagen	70'000.00
26	Aufzüge	65'000.00
27	Ausbau 1	250'000.00
28	Ausbau 2	370'000.00
29	Honorare	340'000.00
4	Umgebung	160'000.00
5	Baunebenkosten, Versicherungen	45'000.00
8	Reserve	115'000.00
9	Ausstattungen	220'000.00
	Total Franken	3'400'000.00

3.2 Zu bewilligender Kredit

Kostenvoranschlag Fr. 3'400'000.00
./.. bereits bewilligter Kredit (Stadtrat 19. Juli 2010, Prot Nr. 203) Fr. 90'000.00

Zu bewilligender Gesamtkredit zu Lasten Konto-Nr. Fr. 3'310'000.00

3.3 Folgekosten

a) Abschreibung und Verzinsung

Die Kapitalkosten für Abschreibungen und Verzinsungen betragen nach der Annuitätsmethode für eine Investition von Fr. 3.4 Mio. und einer Nutzungsdauer von 25 Jahren rund Fr. 200'000.00 p.a. (mit 3.5%).

b) Folgekosten für Unterhalt und Reparaturen

Für die Instandhaltung und Instandsetzung müssen über längere Frist jährlich ca. 1.5 % des Gebäudeversicherungswertes von ca. Fr. 2'500'000.00 gerechnet werden, was somit einen Aufwand von Fr. 37'500.00 ausmacht. Während der ersten 20 Jahre müssen auf Grund der Erfahrungen lediglich ca. 0.3 % bis 1 % des Gebäudeversicherungswertes für Unterhaltsarbeiten, für Serviceabonnements, usw. aufgewendet werden, was somit jährlich ca. Fr. 12'500.00 ausmachen dürfte.

4. Organisation / Zuständigkeiten / Termine

Die Baudirektion ist als Baufachorgan für die Ausführung des Neubaus Werken-Pavillon zuständig und vertritt in dieser Eigenschaft die Einwohnergemeinde Olten.

Die Projektleitung für die Realisierungsphase obliegt dem Hochbauamt. Die von der Ausführung des Neubauvorhabens direkt betroffene Direktion Bildung und Sport ist zur Mitwirkung zwingend beizuziehen.

Die Vergabe von Aufträgen erfolgt durch die Baudirektion. Vorbehalten bleibt die Kompetenz des Stadtrates gemäss Art. 17 Geschäftsordnung des Stadtrats (Aufträge mit einer Kostenfolge von mehr als Fr. 200'000.00).

Die Realisierung des Bauvorhabens ist ab Januar 2011 geplant. Es muss mit einer Bauzeit von ca. 9 Monaten gerechnet werden.

5. Stellungnahme

Anlässlich ihrer Sitzung vom 14. September 2010 hat die Altstadtkommission das vorliegende Bauprojekt einstimmig zur Weiterbearbeitung freigegeben.

Beschlussesanträge:

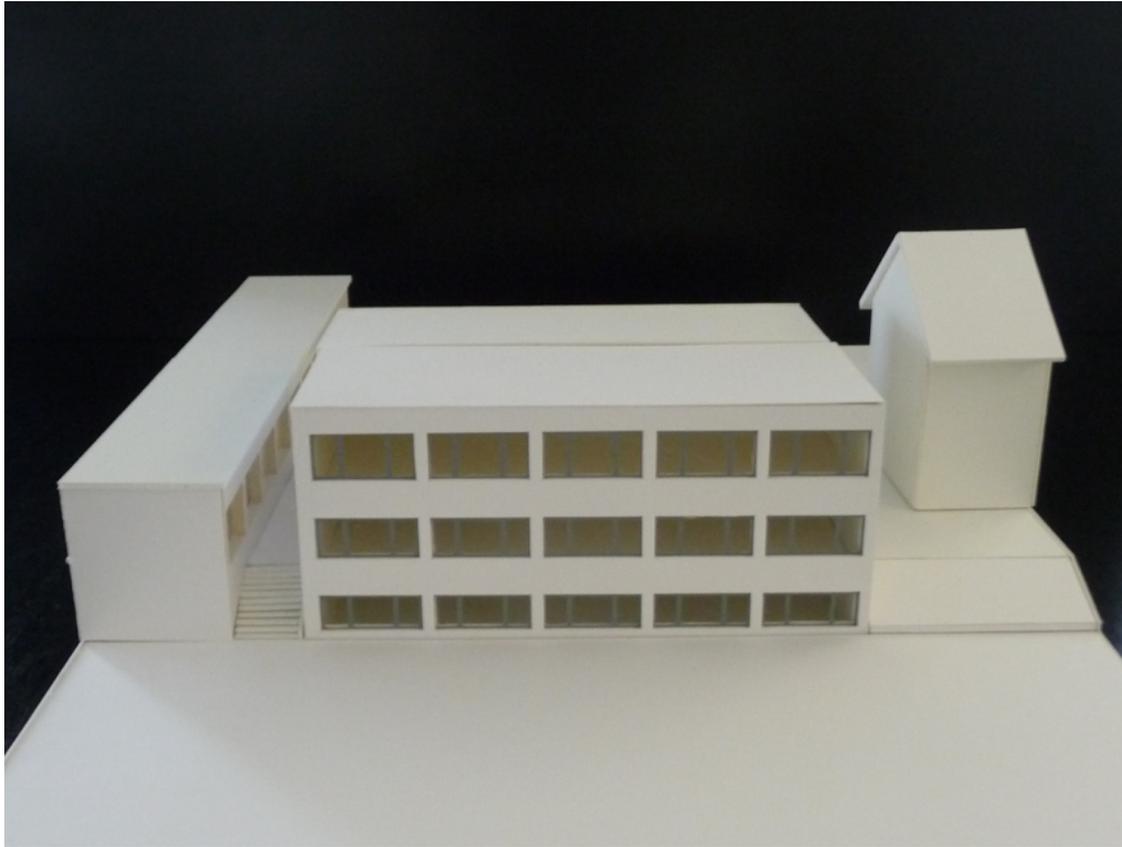
I.

1. Das Projekt für den Neubau Werkenpavillon wird genehmigt.
2. Der Baukredit im Betrage von Fr. 3'310'000.00 wird zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 293.503.61 bewilligt.
3. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2010, Stand 112.2 Punkte / Basis 1. April 2005, gilt als mitbewilligt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

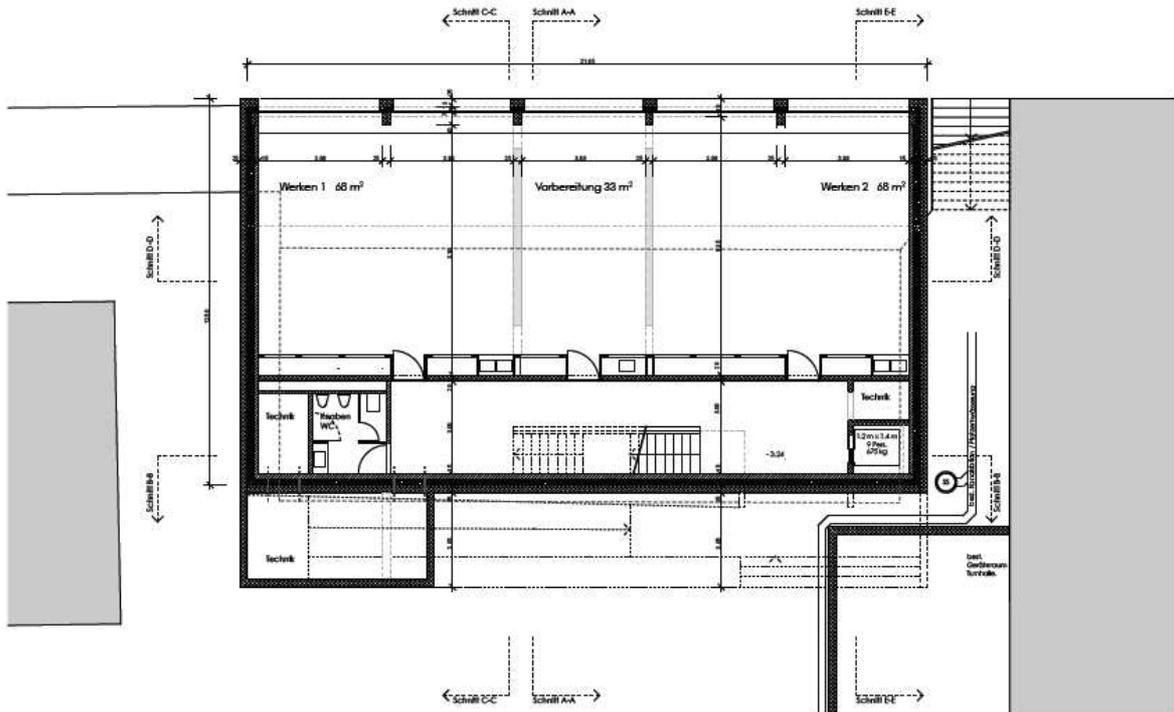
II.

Ziffer I./2. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativem Referendum.

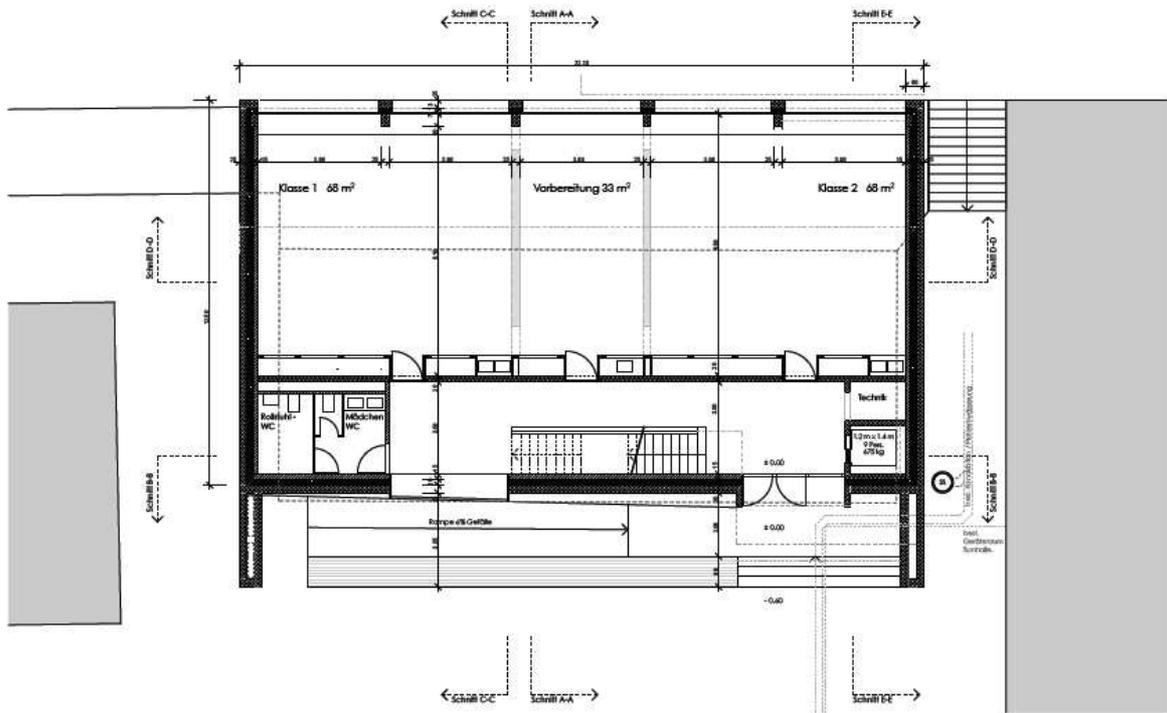
Anhang zum Projekt



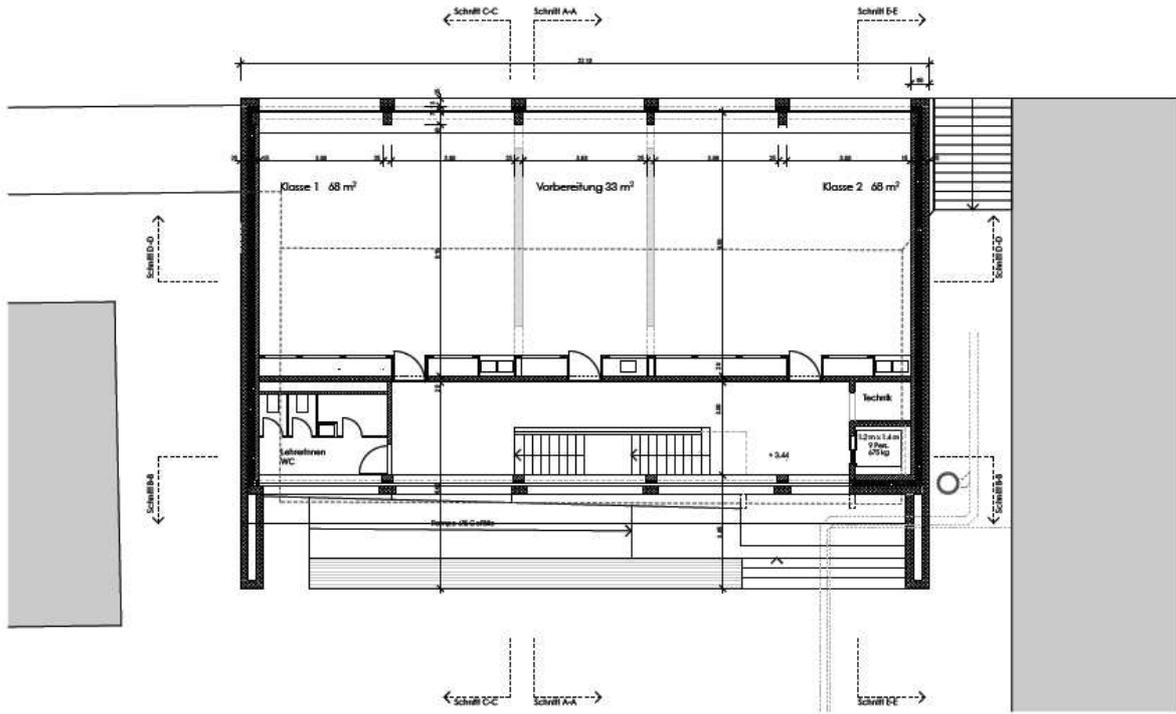
Modellfoto



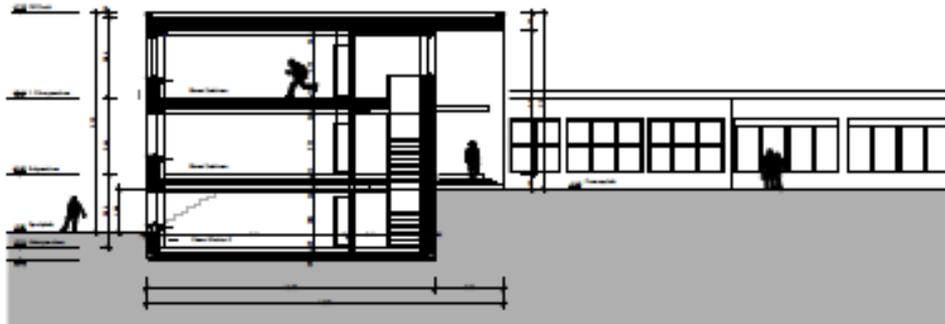
Grundriss Untergeschoss



Grundriss Erdgeschoss



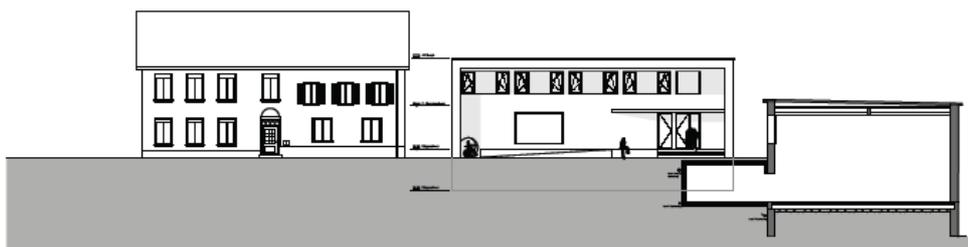
Grundriss 1. Obergeschoss



Schnitt



Fassade Nord



Fassade Süd

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Lukas Derendinger: In der GPK hat das Geschäft keine sehr grossen Diskussionen ausgelöst. Wir sind vom Stadtrat informiert worden, dass es gestützt auf die Schulraumplanung so gemacht werden sollte und vor allem eine Auslagerung der Schülerinnen und Schüler während der Asbestsanierung im Sälischulhaus nötig wird und man dies deshalb möglichst rasch realisieren möchte. Hier ist auch die gute Zusammenarbeit der beiden Direktionen gelobt worden. Zwei Fragen sind aufgekommen: Braucht es wirklich so viel Schulraum? Schaffen wir nicht quasi Schulraum auf Vorrat? Hier haben wir dem Stadtrat klar zeigen können, dass es auch aufgrund anderer Schulformen, von Änderungen im Schulalltag, die man in den letzten Jahren generell hatte, dies so machen möchte und den Raum auch wirklich braucht und nicht auf Vorrat hat und dann als Lagerhalle benützt. Die zweite Frage war, was mit dem Bau, der jetzt dort steht, mit dem Gebäude, in dem der Abwart momentan noch wohnt, geschieht, weil dort ja der zweite Teil des ganzen Pavillons zu stehen kommen soll. Er würde nicht sofort ersetzt, weil dort vor kurzem Investitionen getätigt wurden und man dies nicht quasi morgen schon wieder vernichten möchte.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Die Ausgangslage ist geschildert worden. Der GPK-Sprecher hat die wesentlichen Punkte, die zu Diskussionen geführt haben, erwähnt. Ich denke, dass der Bericht und Antrag soweit sachbezogen und ausführlich ist. Es sind tatsächlich zwei Punkte gewesen, die das Geschäft beschleunigt und begründet haben. Einer ist die Schulraumplanung, zu der Mario Clematide noch etwas sagen wird. Er ist an und für sich der Besteller des ganzen Objekts und Ausbaus, was wir schliesslich baulich geplant und ausgeführt haben. Der zweite ist die Asbestsanierung, wo wir durch die vorgezogene Sanierung bzw. Erstellung des Werkpavillons auch Synergien nutzen und Kosten sparen können. Daher bitte ich Sie, auf das Geschäft einzutreten und den Beschlussesanträgen zuzustimmen.

Stadtrat Mario Clematide: Das Geschäft ist ein Produkt einer guten Zusammenarbeit, und das möchte ich wirklich sagen, zwischen Bildung und Sport und Bau. Noch eine Bemerkung zu Urs betreffend Pulte in der Bezirksschule: Hier ist der Schulleiter, das Mitglied der Direktion Bildung und Sport, durch die Räume gegangen. Man hat aufgenommen, was nötig ist und was nicht nötig ist. Dann ist das Wünschbare vom Notwendigen getrennt worden. Ich gehe davon aus, dass diese Pulte notwendig sind. Sonst wären sie nicht im Budget. Auch hier wieder ein Zeichen der guten Zusammenarbeit. In der Direktion Bildung und Sport haben wir uns die Frage gestellt, ob wir beim Werkenpavillon, der sich wirklich aus der Situation heraus ergeben, und man gesagt hat, es gebe eine Asbestsanierung im Sälischulhaus und einen Werkenpavillon auf dem Frohheim-Gelände, der wirklich nicht mehr den modernsten Ansprüchen an den Unterricht entspricht, in die Details gehen oder das grosse Ganze betrachten. Wir haben uns dann im Bericht und Antrag für den zweiten Weg entschieden und das grosse Ganze betrachtet. Dies aus folgenden Gründen: Das vorliegende Projekt erfüllt die Raumbedürfnisse des Sekundarschulstandorts Frohheim in jedem Fall. Das heisst, dass wir die Sanierungsetappe des Sälischulhauses optimal unterstützen können. Die Schülerinnen und Schüler der Mittelstufe im Sälischulhaus müssen nicht auf die andere Aareseite wechseln, sondern können dies im Trakt 2 und allenfalls wenn notwendig noch im Container tun. Der nicht unbedingt ansehnliche Pavillon aus den Sechziger Jahren wird durch einen zweckmässigen Neubau ersetzt. Er wird nicht vergoldet. Dann schaffen wir im Sekundarschulzentrum Frohheim einen Standort, der dem pädagogischen Grundsatz der Sek I-Reform „Alles unter einem Dach“ gerecht wird. Wir haben dann wirklich das B- und E-Profil (leider nicht das P-Profil) im Frohheim. Zu Markus: Wir investieren in den einzigen Rohstoff, den wir haben, nämlich in die Bildung. Zwar nicht direkt in die Bildung, aber in die Infrastruktur. Ich denke, dass für gelingenden Unterrichtserfolg auch die entsprechende Infrastruktur eine nicht unwesentliche Voraussetzung ist. Die notwendigen finanziellen Mittel sind vorhanden. So wie wir es mit dem Bau abgemacht haben, ist er auf Schulbeginn 2011/12 fertig, spätestens aber nach den Herbstferien 2011. Dies zum Grossen und Ganzen.

Noch einige zusätzliche kleine Bemerkungen zum Detail: Als ehemaliger Schulleiter kann ich sagen, dass es in einem Schulhaus nie zuviele Schul-räume geben kann. Ganz einfach. Das sagt auch der ehemalige Stundenplan. Zweitens: Wir wissen auch, dass die Sek-1-Reform neue Unterrichtsinhalte umfasst, die vermehrt Gruppenräume verlangen. Mit dem dreistöckigen Pavillon stellen wir mehr Räume zur Verfügung, die auch als Gruppenräume genutzt werden können. Wir wissen auch noch nicht, wie die Vertiefungsprofile im dritten Jahr genau aussehen werden, also Handwerk/Technik einerseits und Kauf-männisches/Soziales andererseits. Aber auch hier wird sich unter Umständen ein neuer Raumbedarf abzeichnen. Damit es auch ganz klar ist: Betrieblich arbeiten die drei Standorte Olten, Trimbach und Dulliken zusammen. Rechtlich haben wir noch keine Eignung erzielen können. Aber die Schüleraustausche könnten durchaus möglich sein. Von daher sind wir nicht ins Detail gegangen. Die Zahlen liegen vor. Hansueli Tschumi könnte als Leiter der Bezirksschule entsprechende Auskünfte geben. Wir haben es im Grossen und Ganzen betrachtet. Der Neubau des Pavillons ist gerechtfertigt.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Die Notwendigkeit des Neubaus leuchtet uns ein, genauso wie die Entstehungsgeschichte dahinter. Noch ein paar Punkte, die uns aufgefallen sind. Bei der Etappierungsgeschichte wäre es natürlich schön gewesen, wenn man, aus welchen Gründen dies auch nicht gegangen ist, gerade mit der grösseren Kelle anrichten und auf das Abwarthaus hätte verzichten können, um gleich etwas Grösseres hinzustellen. Es ist natürlich auch energetisch besser, einen grösseren Komplex zu haben als zwei kleine, die gleich nebeneinander stehen. Dies wird aber wahrscheinlich gute Gründe haben. Im obersten Geschoss befinden sich die Zeichnungssäle. Sie werden von Norden belichtet. Zum Zeichnen braucht man sehr, sehr viel Tageslicht. Wir sind nicht ganz sicher, ob es bei der vorliegenden Planung dort oben nicht etwas gar dunkel ist. Deshalb regen wir an zu prüfen, ob man unter Einhaltung des Minergiestandards zum Beispiel mit Lichtbändern zusätzliches Licht hinein bringen könnte oder indem man das Dach als Sheddach ausbildet. Ausserdem möchten wir anregen, dass künftig alle neuen Schulgebäude oder auch sonstiger öffentlicher Gebäude in irgend einer Form Energie produzieren und sei es nur zu edukativen Zwecken. Scheinbar gibt es nächstens einen Abbruch eines Werkhofgebäudes, das eine Photovoltaikanlage hat, die damit heimatlos wird. Es ist zwar eine Erstgenerationenanlage und nicht sehr modern. Dafür ist sie gratis. Wäre es nicht denkbar, dass man sie zum Beispiel im Rahmen eines Schülerprojektes auf das Dach montieren könnte? Im Gegensatz zu einer solarthermischen Anlage ist weder die Montage noch der Betrieb einer solchen Anlage eine Hexerei und bietet sich eigentlich fast an. Wir sagen ja zum Neubau.

Werner Good, SP-Fraktion: Im Vordergrund dieses Geschäftes steht das Wohl der Kinder. Nach der Asbestanierung gibt es mehr Raum im Sälischulhaus, und es gibt mehr Raum im Froheimschulhaus. Wünschenswert wäre für uns, wenn im Zuge der Erweiterung des Raumangebots auch die Räume für Familienstrukturen bereit gestellt würden, zum Beispiel Tagesschule, Mittagstisch etc. Wir sind froh, dass endlich etwas Bewegung in die Schulraumplanung kommt. Jahrelang wurden wir hier immer wieder vertröstet. Oft hatte man auch den Eindruck, der Stadtrat sei sich nicht ganz einig. Jetzt geht etwas, und darüber freuen wir uns. Obwohl das Geschäft ein erster Schritt zu sein scheint, ist es doch nur ein Schritt aus einem grossen logistischen Druck heraus. Es fehlt noch die gesamthafte abschliessende und schlüssige Planung über die Weiterentwicklung des Schulraumangebots und der geografischen Ansiedlung in unserer Stadt. Nun zum eigentlichen Kern des Geschäftes: Den Neubau betrachten wir als soliden zeitgenössischen Entwurf, der sich ausnehmend gut in das Gebäudeensemble auf dem Hügel des Froheims einpasst. Er ist zurückhaltend, geschickt in die Topografie eingepasst, in die Architektur, lässt den eigentlichen Hauptdarsteller, das alte Froheimschulhaus seine Rolle behalten. Dass bereits heute Studien zur Weiterentwicklung des Gebäude Richtung Westen vorliegen, betrachten wir als gute, vorausschauende Arbeit. Wir bedauern, dass die Baudirektion kein ordentliches selektives Verfahren durchgeführt hat. Ein Mehr an Zeit hätte es lediglich bei der Ausarbeitung von Offerten durch verschiedene Architekten gebraucht. Raumprogramm,

Kostenvorgabe, Termin etc. müssen ja von der Abteilung Stadtplanung vorgängig vorgegeben werden. Für die Einrichtung von Provisorien am Rötzmattweg 8 erwarten wir, dass die Wieder- und Weiterverwendung im Vorfeld geklärt ist. Auch wenn gesamthaft Fr. 230'000.—an Provisorien zur Entlastung des Baukredits Sälischulhaus resultieren, ist es wünschenswert, dass die Kosten für die Provisorien in der Rötzmatt aufgezeigt werden. Das Geschäft ist für die SP-Fraktion in seinem Kern unbestritten. Für die Ausarbeitung des Antrags möchten wir uns bedanken, im Speziellen für die gute Dokumentation des Bauwerks, die enegetischen und finanziellen sowie städtebaulichen Aspekte. Die SP-Fraktion wird dem Geschäft im Interesse der Kinder und Schulen einstimmig zustimmen.

Stephan Hodonou: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat sich auch ausführlich mit dieser Vorlage beschäftigt und sie diskutiert. Unbestritten ist, dass wir hinter dem Neubau stehen und, und es ist klar, dass es Anpassungen für die Sek-1-Reform braucht. Bei aller Einstimmigkeit hatten wir auch einige Fragen, wo wir noch etwas zu kaufen haben. Mit einigen Punkten haben wir uns etwas schwer getan. Ich möchte einfach drei erwähnen, bei denen wir nicht ganz zufrieden gestellt waren. Der erste ist der Fahrplan des Projektes. Das Stichwort ist Beschleunigung. In der Botschaft wird die beschleunigte Umlagerung als effizientestes Szenario gepriesen. Das ist nicht immer unbedingt das kostenbeste Szenario. Es wird einfach Wert auf Effizienz gelegt. Einzelne haben sich am Folgenden gestört: Der Entscheid, ist relativ knapp gefallen. Am 9. August hat der Stadtrat entschieden, dass der Schulkreis vorläufig allein weiter geht, und am 16. September haben wir den Finanzplan erhalten, indem ein Betrag von 1,8 ;Millionen Franken vorgesehen ist. Vor knapp zwei Monaten haben wir ihn durchgewunken. Unterdessen ist dies nun quasi Makulatur und schon fast verdoppelt. Wir fanden es irgendwie etwas unschön, dass wir damals nichts gehört hatten, dass schon eine Anpassung im Raum stand. Wir hatten des Gefühl, dass alles etwas schnell geht. So gut wie das Gebäude dokumentiert ist, bei der Argumentation und den Gründen für uns manchmal etwas enegmatisch, wie alles gekommen ist. Wir hatten auch etwas den Eindruck, dass, wenn es schnell geht, Gefahr besteht, dass Fehler passieren. Ganz nach dem Motto: Wenn es pressiert, passiert es. Hier besteht eine gewisse Gefahr, weil man rasch etwas umsetzen möchte. Wir haben wichtig gefunden, dass man die Schnittstelle zwischen Planung, wo kein Wettbewerb stattgefunden hat, und der Umsetzung, wo wieder ein Wettbewerb stattfindet, gut begleiten und auch beobachten müsste und dies nicht ganz einfach ist. Der zweite Punkt, der zu diskutieren gab, ist der Umfang. Wir sind für eine grosszügige Lösung. Für uns ist auch klar, dass die Räume immer genutzt und gut genutzt werden können. Auf der anderen Seite haben wir in der Argumentation einen Widerspruch entdeckt, indem man als Stadt eigentlich allein ein Kreis ist, gleichzeitig 15 bis 20 % der Schüler an die Sek P gehen und man aber jetzt statt zweigeschossig, wie es geplant war, dreigeschossig fährt. Wir haben irgendwie nicht ganz nachvollziehen können, wie dies jetzt gekommen ist. (Bei der Sek P ist es sogar so, dass im Gäu die Sek-P-Schüler bei fast 30 % liegen. Dort kann es eventuell sogar noch einmal anders aussehen). Der letzte Punkt war die Grösse der Räume. Hier haben wir auch diskutiert, weil es in unserer Fraktion Stimmen gab, die sagten, man bewege sich am unteren Rahmen der Schulräume: Man geht eher von grösseren von mindestens 70 Quadratmetern aus. Die geplanten Räume sind alles etwas tiefer. Es stellt sich die Frage, ob dies sinnvoll ist und man nicht grössere Zimmer hätte planen sollen. Das sind die Fragen, bei denen wir etwas gerungen haben. Aber die Vorlage als solche, dass das Geld bereit gestellt werden, war zu keiner Minute umstritten.

Domenico Maiolo: Die SVP-Fraktion hat das Geschäft an ihrer Sitzung kontrovers beraten. Einserseits macht es Sinn, den bestehenden Holzpavillon durch einen zeitgemässen Neubau zu ersetzen und so den künftigen Schülerinnen und Schülern eine zweckmässige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Was aber ein Neubau mit einer Verbesserung der Pädagogik zu tun haben soll, ist uns bis heute nicht klar. Andererseits sind uns folgende Gebäude und Gegebenheiten unangenehm aufgefallen. Erstens: Neu- oder Umbauten werden immer wieder unter anderem unter dem Deckmantel der Schulreformen angepriesen und müssen wie in diesem Beispiel der Fall meistens unter gewissem Zeitdruck bewilligt und

ausgeführt werden. Zweitens: Tiefere Diskussionen werden unserer Ansicht nach so absichtlich unterbunden und in den vorherrschenden Unsicherheiten, hervorgerufen durch die Schulreformen, weitgehend abgewürgt. Drittens: Nicht erstaunt hat uns indes, dass das diskutierte Leitgemeindenmodell wegen Subventionsausfällen in Dulliken und Trimbach gescheitert ist. Es zeigt eindrücklich, wie unsensibel mit der Bildung unserer Jugend in Anbetracht der drohenden Subventionsverluste umgegangen wird. Erfreut sind wir aber über die Erkenntnis der zuständigen Fusionsturbos, dass ein komplizierter Zusammenarbeitsvertrag bei einer allfälligen Fusion zur Makulatur vorkommen würde. Nichts desto trotz hat uns aber wahrscheinlich diese Erkenntnis bei der Zeit 1'000 Steuerfranken gekostet. Zusammengefasst zeigt sich somit wieder einmal mehr, dass bei einer Fusion noch weitere Leitgemeindenmodelle oder sonstige abgehobene technokratische Modelle weiter verfolgt werden sollen, damit die wichtige Schulstufe die Erwartungen erfüllen kann, welche die weiterführenden Schulen und die Wirtschaft an sie stellen. Die SVP-Fraktion begrüsst vorab in Bezug auf den Neubau und wird den beschlossenen Anträgen unter den vorerwähnten Gesichtspunkten zustimmen.

Thomas Frey, FdP-Fraktion: Es ist eigentlich schon alles gesagt worden, aber nicht von allen. Wir von der FdP finden es ein gutes Projekt und eine gute Investition. Das Projekt lässt unseres Erachtens auch eine künftige flexible Nutzung zu. Eine Erweiterung ist bereits angedacht. Zwei Punkte haben uns gestört: Einen hat Werner Good erwähnt, dass die gesamte Schulraumplanung noch nicht für alle ersichtlich vorliegt. Ein zweiter Punkt, der meiner Meinung nach noch überdacht werden muss, ist, dass wir einen Betonbau haben. Betonoberflächen auf Schulareal, ich weiss nicht recht, mit Graffiti usw., dass man sich hier vielleicht noch zwei, drei Gedanken dazu machen muss. Wir werden zustimmen und finden es eine gute Sache, was hier läuft.

Theo Schöni: Ich möchte noch auf ein kleines Detail im Zusammenhang mit dem Projekt hinweisen. Es wurde allseits gelobt, wie es architektonisch und gestalterisch ein guter Wurf ist. Ich habe mich dann gewundert beim Bericht und Antrag, was denn die Altstadtkommission dort noch verloren hat. Aber mittlerweile ist mir dies klar. Ihr erinnert Euch: Ortsbildschutz in diesem Quartier. Ein sehr umstrittenes und heftig diskutiertes Thema. Ich möchte einfach und bin froh, dass die Stadt dort hinten mit einem so grosszügigen und innovativen Projekt Zeichen setzt. Das wird die Anwohner auch ermutigen, dass sie nicht irgendwie auf das Abstellgleis mit ihren Umbauten oder Projekten, die sie vielleicht durchführen möchten, gekommen sind. Es bedingt aber, dass die Anwohner so informiert werden und die Kommunikation so geführt wird, dass nicht allfällige Einsprachen kommen, die einen Zeitplan kurzum über den Haufen werfen könnten. In diesem Sinne möchte ich Euch auf den Weg geben: Kommuniziert früh und offen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Thomas Marbet: Ich finde es sehr gut, dass man auch dargestellt hat, durch wen die Architekturleistungen gemacht werden. Es ist reiner Zufall, dass es Marbet Architekten ist. Wir sind auch weder verwandt noch befreundet. Ich finde es aber gut, dass dies auch so in Vorlagen erwähnt wird, und möchte die Verwaltung ermuntern, im Rahmen des Möglichen zu sagen, wer bei solchen Projekten zum Zug kommt, vielleicht auch bei den Lieferanten, weil ich es wichtig finde, dass man die Betriebe kennt und weiss, ob sie ihre Steuern bezahlen, die Gesamtarbeitsverträge einhalten und Lernende beschäftigen. Ich weiss nicht, wie die Vergabepraxis in der Stadt ist. Sicher müssen die Submissionsbestimmungen eingehalten werden. Das hat man hier etwas mit der Dringlichkeit bemühen müssen. Dies kann nicht zu oft gemacht werden. Aber hier war es verständlich. Vorher ist im Rahmen des Votums von Mario Clematide zu Mobiliar und Schulzimmer das Wort Bedürfnis gefallen. Ich finde, wenn wir von Steuergeldern sprechen, sollten wir alle dieses Wort nicht mehr verwenden, weil

Bedürfnis wirklich ein Wunsch und Bedarf Not ist. Wir sprechen hier eigentlich von Not. Davon müssen wir ausgehen. Bedürfnis hat für mich einfach einen etwas bitteren Nachgeschmack im Zusammenhang mit den Steuern, die wir von Betrieben und Einwohnerinnen und Einwohnern verlangen.

Urs Knapp: Wie Thomas Marbet möchte ich eine allgemeine Bemerkung machen. Ich tue es hier, weil es die erste Vorlage ist. In Zürich läuft seit Montag eine sehr intensive Debatte, wie teuer oder billig die Stadt im Vergleich mit Privaten baut. Es ist eine Debatte, die keinen politischen Aspekt hat. Das ist in Zürich interessant. Man hat dort gesehen, dass zum Beispiel Private bis zur Hälfte billiger Schulhäuser gebaut haben sollen als die Stadt oder Genossenschaften, zum Preis von zwei Dritteln praktisch vergleichbare Genossenschaftswohnungen wie die Stadt. Ein Punkt, der in den letzten Tagen sehr intensiv diskutiert wurde, zum Beispiel auch von Wiebke Rösler und anderen, ist ein Grund, dass die Stadt in Zürich immer teurer baut, weil immer 10 % Reserve eingerechnet wird und dies fast einlädt, dies zu benützen, und man soll auf die 10 % verzichten. Deshalb frage ich bei diesem Geschäft – beim nächsten könnte man es genau gleich fragen – wie die Haltung der Stadt ist. Weshalb wird einfach standardmässig Reserve eingesetzt, und ist dies nicht preistreibend? Man weiss ja, dass man sie benützen kann, da es budgetiert ist.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Bei den Reserven soll es wirklich nicht eine Fortschreibung sein. Die Erfahrung zeigt, dass man sie manchmal braucht. Deine Darlegungen sind interessant, und wir nehmen sie sicher ernst und zur Kenntnis. Wir werden auch prüfen, inwiefern eine solche Reserve eingebaut werden soll. Es ist nicht einfach Standard, sondern die Erfahrung zeigt, dass bei Umbauten ab und zu Reserven gebraucht werden. Man könnte allenfalls auch belegen, wo dies gebraucht wurde. Von daher würde ich doch empfehlen, dass man die Reserven belässt. Aber wir werden dies in Zukunft prüfen, dass man die Reservenbildungen auch ausweisen und dem Parlament darlegen kann, dass dies auch schon gebraucht wurde. Ich kann dies jetzt nicht gleich exakt belegen.

Urs Knapp: Es geht nicht um einen Antrag, sondern einfach darum, weshalb es so gemacht wird. Wir haben vorher auch vom Zero-Base-Budgeting gehört. Im Prinzip widerspricht dies auch der Reserve. Es ist ja immer so gemacht worden. Ich hätte auch nichts gesagt, wenn ich nicht die Artikel im Tagesanzeiger und der NZZ gelesen hätte.

René Wernli: Ein Grund dafür, dass die öffentliche Hand etwas teuer baut als wir Private liegt natürlich auch am Submissionsgesetz. Wir verhandeln natürlich mit unseren Unternehmen mit anderen Zahlen. Bei der öffentlichen Hand ist es so, dass sie eingeben und einer der günstigsten den Auftrag erhält. Wir verhandeln etwa dreimal nach. Dort liegen natürlich bei entsprechender Projektgrösse Millionen drin.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Das Projekt für den Neubau Werkenpavillon wird genehmigt.
2. Der Baukredit im Betrage von Fr. 3'310'000.00 wird zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 293.503.61 bewilligt.
3. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2010, Stand 112.2 Punkte / Basis 1. April 2005, gilt als mitbewilligt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./2. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativem Referendum.

Andreas Schibli: Selbstverständlich habe ich mich bei der Beratung des gerade behandelten Geschäfts nicht persönlich äussern wollen. Aber im Namen der zukünftigen Nutzer, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerschaft, möchte ich für die gute Aufnahme des Geschäfts herzlich danken.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner (2)
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 29/36

Prot.-Nr. 24

Sälischulhaus, Asbestsanierung/Kreditbewilligung

In der Sälischulanlage wurden im Winter 2010 während der Sondierarbeiten für die neue Fassade völlig unerwartet schwach gebundene Asbestvorkommen (Spritzasbest) entdeckt. Solange Asbest luftdicht abgeschlossen ist, besteht für Mensch und Umwelt keine Gefahr. Leider kam es in der Vergangenheit aber immer wieder vor, dass auch in solchen sogenannten «sicheren» Gebäuden trotz aller Vorsichtmassnahmen in Folge menschlichen Versagens Asbestfasern freigesetzt und die Raumluft kontaminiert wurde. Diverse Raummessungen im Sälischulhaus haben glücklicherweise ergeben, dass der Zustand der Raumluft absolut den Vorschriften entspricht.

Im Jahr 2010 wurde die Asbestsanierung des Traktes 2 fachgerecht und erfolgreich durchgeführt. Mit der nun vorliegenden Vorlage «Asbestsanierung» werden die potenziellen Gefährdungen der Benutzerinnen und Benutzer des Traktes 1 (Primarschule) und des Traktes 3 (Gemeinschaftstrakt) der Sälischulanlage beseitigt.

Der Stadtrat beantragt für diese Asbestsanierung in der Sälischulanlage einen Kredit von Fr. 2'160'000.00.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Mitte der 80er Jahre wurden in der ganzen Anlage des 1964 bis 1968 erbauten Sälischulhauses in Olten asbesthaltige Spritzbeläge festgestellt. Deren Sanierung erfolgte in den Jahren 1986 bis 1987. Nach der Sanierung der asbesthaltigen Beläge wurden in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Arbeitsinspektorat Solothurn Abschlussmessungen vorgenommen, um die Konzentration von allfälligen Asbestfasern pro Kubikmeter Raumluft festzustellen. Gestützt auf diese Abschlussmessungen konnte das Sälischulhaus bereits im Jahre 1987 aus dem Verzeichnis von Gebäuden mit asbesthaltigen Spritzbelägen gestrichen werden. Die Öffentlichkeit wurde zum damaligen Zeitpunkt eingehend darüber informiert. Nach menschlichem Ermessen konnte somit davon ausgegangen werden, dass die Schulanlage Säli asbestfrei ist.

Während der Sondierarbeiten für die neue Fassade wurde völlig unerwartet asbestähnliches Material entdeckt. Die Analyseresultate einer unabhängigen Firma für Beratungen und Planungen in allen Asbestfragen haben den Verdacht bestätigt, dass zwischen der Fassade und der Betondecke noch schwachgebundenes asbesthaltiges Material (Spritzasbest) vorhanden ist. Zudem weisen die Kittfugen einen ganz geringen Chrysotil-Asbest- und PCB-Anteil auf.

Gestützt darauf wurden während der Winterferien 2010 in der ganzen Schulanlage Säli sämtliche Fugen kontrolliert und wo notwendig zur Sicherheit versiegelt. Dadurch wird eine allfällige Belastung des Gebäudes verhindert. Zur Sicherheit wurde die einbezogene Firma beauftragt, den Zustand der Raumluft zu messen: Diese entspricht absolut den Vorschriften. Solange Asbest luftdicht abgeschlossen ist, besteht für Mensch und Umwelt keine Gefahr. Eine Gefährdung für die Benutzerinnen und Benutzer des Schulhauses besteht somit nicht.

Eine unverzügliche Sanierung im Sinne einer Sofortmassnahme drängte sich nicht auf resp. musste nicht umgehend eingeleitet werden. Die Asbestsanierung muss aber jeweils etappenweise vor den zum Teil bereits genehmigten Fassadensanierungsarbeiten ausgeführt werden. Während der Asbest-Sanierung wird der Schulbetrieb des jeweiligen Traktes ausgelagert. Diese Auslagerungen müssen selbstverständlich in Absprache mit allen betroffenen und beteiligten Parteien (insbesondere den betroffenen Schulleitungen) erfolgen.

Damit die Fassadensanierung des Traktes 2 wie vorgesehen im Jahre 2010 durchgeführt werden konnte, musste durch den Stadtrat für die Asbestsanierung des Traktes 2 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 650'000.00 genehmigt werden. Dieser Nachtragskredit erfolgte im Sinne einer dringlichen Anordnung ausserhalb des Voranschlages. Die Geschäftsprüfungskommission wurde über dieses Vorgehen schriftlich orientiert.

Die Asbestsanierung im Trakt 2 wurde in einer ersten Sanierungsetappe zwischen Ende Juni und Mitte August 2010 durch die Firma ARGE Ackermann fachgerecht durchgeführt.

2. Weiteres Vorgehen

Wie sich aus der Ausgangslage in diesem Bericht ergibt, handelt es sich bei der Asbestsanierung um eine zwingend notwendige Massnahme. Es muss klar festgestellt werden, dass die Asbestsanierung auch unabhängig von einer Fassadensanierung ausgeführt werden müsste. Es steht für die Verantwortlichen der Stadt Olten nicht zur Diskussion, ein Schulgebäude in ihrem Besitz zu haben, das allenfalls ein erhöhtes Risiko aufweisen könnte an Lungenkrebs zu erkranken. Gestützt darauf gilt der zu bewilligende Kredit als gebundene Ausgabe. Somit ist der Kredit für die Asbestsanierung nicht dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Die Asbestsanierung beim Trakt 1 soll im Jahr 2011 erfolgen und diejenige des Traktes 3 im Jahre 2012 (die Kreditgenehmigung für die Fassadensanierung durch das Parlament ist noch ausstehend).

Die Asbestsanierung wird fachlich begleitet durch die Firma Gebäuediagnostik Schmid AG, Zürich. Dabei wird auch ein Messkonzept erstellt und durchgeführt von der Asbest- und PCB-Sanierung (Asbestmessungen gemäss VDI-3492). Zusätzlich wird eine Dokumentation der Schadstoffsanierung mit einem Schlussbericht erstellt.

3. Kosten

Die Kostenermittlung erfolgte mehrheitlich auf Grund von Offerten/Submissionen.

	Trakt 1	Trakt 3
Untersuchung und Fachplanung Asbest und PCB	15'000.00	15'000.00
Fachbauleitungen Altlastensanierung	27'000.00	27'000.00
Messkonzept und messtechnische Begleitung	32'000.00	39'000.00
Altlastensanierung	620'000.00	760'000.00
Gerüste (Mehrkosten zu Fassadensanierung)	80'000.00	150'000.00
Diverse Arbeitsgattungen (Maurer, Elektriker etc.)	10'000.00	62'000.00
Architekt	26'000.00	32'000.00
Reserve/Unvorhergesehenes	74'000.00	100'000.00
Provisorien/Auslagerungen *	<u>66'000.00</u>	<u>25'000.00</u>
Kosten Altlastensanierung	<u>950'000.00</u>	<u>1'210'000.00</u>

* Die Kostenermittlung für Provisorien/Auslagerungen Trakt. 1 wurde auf dem Szenario ermittelt, dass der neue Werken-Pavillon im Areal des Froheimschulhauses bereits im Jahre 2011 fertig gestellt wird. Damit können die Provisorien im Sälischulhaus für die Asbestsanierungen im Jahr 2011 sowohl räumlich wie auch finanziell minimiert werden. Ohne das Szenario «Werk-Pavillon» muss für Provisorien mit Mehrkosten von ca. Fr. 230'000.00 gerechnet werden.

Gesamtkosten Asbest- und PCB-Sanierung

Trakt 1	950'000.00
Trakt 2 (bewilligter Kredit SR vom 17. Mai 2010)	650'000.00
Trakt 3	<u>1'210'000.00</u>
Totalkosten	<u>2'810'000.00</u>

Zu bewilligender Kredit

Gesamtkosten	2'810'000.00
./. bewilligter Kredit	<u>650'000.00</u>
Zu bewilligender Kredit	<u>2'160'000.00</u>

Beschlussesantrag:

1. Der Kredit im Betrage von Fr. 2'160'000.00 wird zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 293.503.38 bewilligt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2010, Stand 112.2 Punkte/Basis 1. April 2005, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Marcel Steffen: In der GPK haben wir den Ausführungen von Martin Wey ganz gut folgen können. Die Dringlichkeit und Notwendigkeit haben wir glasklar festgestellt. Es hat keine einzige Wortmeldung gegeben, welche die Massnahme zur Sanierung in Frage gestellt hätte. Dass die Asbestsanierung eigentlich eine hohe Anforderung an die Ausführung stellt und zudem eher eine teure Sanierung ist, können wir in dieser Vorlage gut sehen. Etwas aufgehalten haben wir uns und einigen Gesprächsstoff geliefert hat das Weglassen des fakultativen Referendums. Einerseits ist ohne konkrete Nennung festgestellt worden, dass es eine Tendenz gibt, dass man das Gefühl hat, das Volk werde etwas umgangen. Andererseits haben auch Befürchtungen bestanden, dass wenn man dies hier weglässt, etwas Tür und Tor für andere Kreditbegehren geöffnet und dort dann auch auf das fakultative Referendum verzichtet wird. Die Befürworter der Vorlage haben aber auch noch ein anderes Volksrecht aufs Tapet gebracht, nämlich jenes auf eine intakte Gesundheit, die höher als ein fakultatives Referendum zu gewichten sei, das unter Umständen eine Sanierung verzögern könnte. Die Begründung für das Weglassen ist vom Stadtrat her eigentlich ganz klar die gebundene Ausgabe im Sinne einer dringlichen Massnahme. Er hat auch ausdrücklich betont, dass er die Führungsverantwortung wahrnimmt, die Situation erkannt hat und das Risiko einer Asbestgefährdung höher einschätzt als ein fakultatives Referendum, das nicht auf dem Papier steht. Er hat mit diesen Ausführungen gleichzeitig den Ball ins Parlament zurück gespielt. Letztlich sind wir alle einstimmig auf die Vorlage eingetreten. Nach einer knappen Ablehnung des fakultativen Referendums sind wir dann auch einstimmig auf den Beschlussesantrag des Stadtrates eingestiegen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich möchte Marcel Steffen herzlich danken. Offenbar ist es mir gelungen, die Ausführungen dem Parlament bzw. der GPK so darzulegen. Es ist auch keine komplizierte Vorlage, und sie ist aus einer Dringlichkeit entstanden, wo wir im letzten Jahr schon einen dringlichen Nachtragskredit bewilligt und die GPK entsprechend orientiert haben. Ich denke, es ist unbestritten, dass hier eine Sanierung gemacht werden muss. Auch bin ich der Meinung, dass die Frage des fakultativen Referendums vom Stadtrat richtig behandelt worden ist. Wir haben diese Fragen in der GPK selbstverständlich aufgenommen, sind aber klar der Meinung, dass es auch nicht folgerichtig wäre, wenn man hier auf einmal das Fakultative hinein ziehen und begründen würde, nachdem wir die Dringlichkeit ja schon in einer Vorphase bejaht haben. Ich bitte Euch, natürlich im Namen der Schülerinnen und Schüler, aber auch im Namen aller, die sich dort aufhalten, der Sanierung zuzustimmen und dem Bericht und Antrag entsprechend zu folgen.

Marcel Buck: Eigentlich sollte man annehmen, dass dieses Geschäft keine Diskussionen bezüglich der Asbestsanierung zulassen dürfte und unbestritten ist. So auch in der Fraktion SVP. Jedoch als kritische, hinterfragende Fraktion sind wir bekannt, gerade solche Berichte und Anträge des Stadtrates genauer zu prüfen. Auf den ersten Blick ist klar, dass die Sanierung dringend notwendig ist und nicht bestritten wird.

Dr. Rudolf Moor: Selbstverständlich sind wir von der SP für die Sanierung der Asbestsituation. Asbest in der Luft ist etwas „Gruusiges“, dem wir unsere Kinder nicht aussetzen möchten. Wir finden es etwas unbefriedigend, dass die erste Sanierung offenbar unvollständig durchgeführt worden ist. Das bedauern wir. Auch nicht gerade ein Hit scheint uns, dass die gesamte Sanierung des Sälischulhauses über 4 Millionen Franken zu liegen kommt. Man kann sagen, man habe dies nicht gewusst. Aber trotzdem lässt dies insgesamt einen etwas fahlen Nachgeschmack zurück. Wir betrachten die Sanierung aber als gebundene Ausgabe. Auch wissen wir nicht, worüber bei einer Unterstellung unter das fakultative Referendum genau abgestimmt werden könnte. Eigentlich kann man nicht über den Betrag, sondern höchstens über den Zeitpunkt abstimmen. Es wäre eine etwas seltsame Abstimmung. Wollt Ihr es jetzt oder später? Irgend einmal muss ja saniert werden, und der Betrag wird wahrscheinlich mit der Zeit nicht kleiner. Aus diesem Grunde sind wir ganz klar dagegen. Die SP ist einstimmig für die ganze Vorlage.

Antonia Hagmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich denke, bei dieser Vorlage kann man als verantwortungsvoller Politiker gar nicht dagegen sein. Vielleicht sind einmal Fehler gemacht worden, indem bei der Teilsanierung nicht gleich die Asbestbehandlung vorgenommen worden ist. Ich denke, ob fakultatives oder nicht fakultatives Referendum ist jetzt gar keine Diskussion. Es muss einfach gemacht werden, auch zum Schutz der Schüler und Lehrpersonen und aller, die das Gebäude nutzen. Daher ist es bei uns gar keine Diskussion gewesen, und wir sind einstimmig dafür, dass der Beschlussesantrag angenommen wird.

René Wernli: Auch die FdP wird den Beschlussesantrag einstimmig unterstützen. Bezüglich fakultativem Referendum sehen wir es auch so, dass die Stadt Olten eine Verpflichtung hat, wenn in einem Schulhaus solche Materialien gefunden werden, dass so rasch als möglich saniert wird.

Die Fraktion Grüne wünscht das Wort nicht.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Marcel Buck: Es kommt selten vor, dass ich mit einem Sprecher der SP gleicher Meinung bin. Ebenfalls zu Unverständnis und teilweise harscher Kritik hat bei uns die Rolle der damaligen Verantwortlichen bei der Stadt als auch beim Kanton geführt. Es ist uns schleierhaft, wie es dazu hat kommen können, dass das Gebäude nach dem Feststellen von asbesthaltigen Spritzbelägen aus dem kantonalen Verzeichnis gestrichen worden ist. Wieso hat man nach dem Auffinden nicht das ganze Gebäude genauer untersucht? Aus unserer Sicht ein verantwortungsloser Fehler. Die Rolle, die das kantonale Arbeitsinspektorat damals gespielt hat, ist dahingehend fraglich, als dass eine solche routinemässige Messung abschliessend über die Gesundheit unserer Kinder gestellt worden ist. Spekulieren kann man allerdings darüber, dass man zum damaligen Zeitpunkt den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht auch noch aufbürden wollte, eine Gesamtsanierung finanzieren zu müssen. Wir sind deshalb der Meinung, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit der Asbestsanierung des Sälischulhauses sofort mit den kantonalen Stellen abklären soll, wie hoch der Kantonsanteil für diese Sanierung ist, da wir auch dem Kanton eine gewisse fehlende Sensibilität und Unterlassung vorwerfen. Noch einmal: Die Frage soll nicht sein, ob der Kanton etwas bezahlt, sondern wie viel er bezahlt. Ohne den Verhandlungen vorgreifen zu wollen, sind wir der Meinung, dass man sich hier auf einer Basis 50 : 50 finden sollte. Die Kommunikation des Resultates der Verhandlungen erwartet die SVP-Fraktion demnächst in diesem Saale. Wir stellen nun einen Antrag auf Änderung der Beschlussesanträge.

Punkt 2: unverändert

Beschlussesantrag 3 neu: „Der Stadtrat wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Regierungsrat des Kantons Solothurn über die Höhe einer finanziellen Sanierungsbeteiligung der Totalkosten aufzunehmen und das Resultat dem Gemeindeparlament zur Kenntnis zu bringen“.

Beschlussesantrag 1 neu: „Der Kredit im Betrage von Fr. 2'160'000.— wird unabhängig von Punkt 3 dieses Beschlussesantrags zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 293.503.38 bewilligt“.

Diese Änderung ist dahingehend gemacht worden, dass die Verhandlungen aufgenommen werden können, aber eigentlich auch die Sanierung sofort in Angriff genommen werden kann. Punkt 1 muss so abgeändert werden.

Punkt 4 neu: „Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt“.

Thomas Marbet: Ich weiss aus Objekten, die wir geprüft haben, dass die SUVA sehr stark ist, was Asbestfeststellungen oder –sanierungen betrifft, jedenfalls im Bereich Arbeitssicherheit. Vielleicht weniger im öffentlichen Raum, aber dies einfach als Hinweis, dass man dies prüfen kann - möglicherweise ist es geprüft worden – dass die SUVA solche Tests macht, im kleineren Rahmen auch gratis, was hier sicher nicht der Fall ist, weil es eine grössere Geschichte ist.

Andreas Schibli: Ich habe eine gewisse Sympathie für den Antrag der SVP. Aber es scheint mir, dass er chancenlos ist. Die Stadt hat ja dieses Gebäude gebaut, und ich kann mir nicht vorstellen, auch wenn es schön wäre, dass man hier beim Kanton noch Geld abholen kann. Aber das muss vielleicht ein Baufachmann sagen. Ich weiss es nicht.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Die Idee von Marcel Buck ist prima vista sicher richtig, dass alles daran gesetzt wird, allfälligen Schadenregress auf die Baufirmen bzw. Aufsichtsorgane des Kantons nehmen kann. Ich denke nicht, dass man den Auftrag, die Meinung des Stadtrates hier formal aufnehmen muss. Ihr könnt auch davon ausgehen, dass unsere Bauverwaltung die Abklärungen getroffen hat. Wir werden es aber entsprechend noch einmal wirklich verifizieren und mit dem Rechtskonsulenten die rechtlichen Grundlagen prüfen. Aber ich denke nicht, dass es formell in den Beschlussesantrag gehört, sondern es reicht, wenn es hier zu Protokoll gegeben wird und wir es, wenn es wirklich eine Chance hat, noch angehen und dann auch eine Berichterstattung machen werden.

Dr. Markus Ammann: Mir ist erstens unklar, was der Grund ist, weshalb man den Kanton belangen möchte und zweitens welches die rechtliche Grundlage wäre. Es ist mir völlig schleierhaft, weil der Kanton, so wie ich es verstanden habe, mindestens aus dieser Vorlage heraus, Abschlussmessungen gemacht hat. Es ist sehr gut möglich, dass es aufgrund von Abschlussmessungen keinen Hinweis gab, dass es noch Asbestfasern im Haus hat, weil diese in der Regel erst frei werden, wenn man daran bohrt und schraubt. Sonst hat man nichts in der Luft. In der Regel ist es auch keine unmittelbare Gefahr für die Kinder. Das muss ebenfalls einmal gesagt werden. Es ist selbstverständlich unschön, wenn man weiss, dass es so etwas hat. Aber in der Regel besteht keine unmittelbare Gefahr. Der Titel, unter dem man den Kanton irgendwie belangen möchte, fehlt mir hier völlig.

Marcel Buck: Ich finde diese Aussage ziemlich bedenklich. Wenn man in einem Gebäude in einer Ecke schon Asbest feststellt, kann man davon ausgehen, dass eventuell noch weitere Belastungen vorhanden sind. Ich bin der Meinung, dass hier einfach Unterlassungen begangen worden sind. Klar mag es zum damaligen Zeitpunkt mit einer Messung richtig gewesen sein, dass es unbelastet war, wobei man die Auswirkungen bei den Kindern erst in 40 oder 50 Jahren feststellen wird.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Es hat gewisse Zusatzinformationen bezüglich des Antrags der SVP gegeben. Ich möchte die SVP anfragen, ob der Änderungsantrag nach wie vor aufrecht erhalten wird oder er gestützt auf die Zusatzinformationen zurück gezogen wird.

Marcel Buck: Ich muss schon kurz überlegen. Es reicht mir eigentlich nicht ganz. Mir persönlich reicht die Beteuerung des Stadtrates nicht. Es ist mir klar, dass vielleicht rechtliche Bedenken vorwiegen können. Aber ich möchte an der Änderung an den Beschlussesanträgen, so wie ich sie gestellt habe, festhalten, um einen gewissen Druck aufzubauen und auch ein gewisses Signal nach aussen auszusenden.

Beschlussesantrag Marcel Buck

1. Der Kredit im Betrage von Fr. 2'160'000.00 wird unabhängig von Punkt 3 dieses Beschlussesantrags zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 293.503.38 bewilligt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2010, Stand 112.2 Punkte/Basis 1. April 2005, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Regierungsrat des Kantons Solothurn über die Höhe einer finanziellen Sanierungsbeteiligung der Totalkosten aufzunehmen und das Resultat dem Gemeindeparlament zur Kenntnis zu bringen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mit 36. 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Änderungsantrag von Marcel Buck abgelehnt.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Kredit im Betrage von Fr. 2'160'000.00 wird zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 293.503.38 bewilligt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2010, Stand 112.2 Punkte/Basis 1. April 2005, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:

Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner (2)
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. November 2010

Akten-Nr. 29/20

Prot.-Nr. 25

Disteli-Haus, Veräusserung/Genehmigung

Zusammenfassung

Im Bericht und Antrag zum Geschäft «Olten Info, Neuorganisation, Einmietung Frobургstrasse 1» des Gemeindeparlamentes vom 26. März 2009 wurde festgehalten, dass das Disteli-Haus nach Möglichkeit einer Nutzung durch Dritte mit entsprechenden Einnahmen oder einer Veräusserung zugeführt werden soll.



Die Wirtschaftsförderung hat ihr Domizil im Januar 2010 vom Disteli-Haus an die Froburgstrasse 1 verlegt. Die Stiftung für Kunst des 19. Jahrhunderts, welcher gemäss Vereinbarung ebenfalls Lokalitäten im Disteli-Haus zur Nutzung überlassen wurde, hat sich im Sommer 2010 bei der Bürgergemeinde eingemietet.

Die leer stehenden Räumlichkeiten wurden im Spätherbst 2009 zur Miete ausgeschrieben. Daraufhin meldeten sich verschiedene Interessenten – zu einem Vertragsabschluss kam es hingegen nicht. Im Juni 2010 wurde das Objekt dann öffentlich zum Verkauf angeboten. Dabei resultierte ein Höchstangebot von 1.32 Mio. Franken der Firma WIB Solutions AG, Gunzgen. Die IT-Dienstleistungsunternehmung beabsichtigt – zusammen mit der Personalvermittlungsunternehmung Digema GmbH und aktuell 29 Mitarbeitern – von Gunzgen in das Disteli-Haus in Olten zu dislozieren.

Der Stadtrat, die Kommission für Stadtentwicklung und die Baukommission befürworten den Verkauf.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Das Gemeindeparlament hat am 26. März 2009 der Einmietung der Einwohnergemeinde Olten in der Liegenschaft Froburgstrasse 1 (Dienstleistungszentrum mit Info Desk im Parterre und Gruppenräumen im 2. Obergeschoss) per 1. Januar 2010 zugestimmt und in der gleichen Vorlage festgehalten, dass das bisher durch die Wirtschaftsförderung genutzte Disteli-Haus entweder vermietet oder verkauft werden soll.

Das ehemalige Herrschaftshaus wurde Ende November / anfangs Dezember 2009 zunächst zur Miete ausgeschrieben. Es folgten einige Besichtigungen - zum Abschluss eines Mietvertrages kam es allerdings nicht. Mit Schreiben vom 20. April 2010 bekundete dann die Firma WIB Solutions AG, Mittelgäustrasse 43, Gunzgen, schriftlich ihr konkretes Kaufinteresse. Die Geschäftsführung dieser Unternehmung hatte tags zuvor das Objekt besichtigt.

2. Verkaufsobjekt

Das Disteli-Haus wurde der Stadt Olten zum 100-jährigen Bestehen der Atel geschenkt. Im Rahmen der darauffolgenden Gesamtrenovation wurden in den Jahren 1996 / 1997 insgesamt (inkl. Nachtragskredit) Fr. 2'136'241.55 investiert, wobei der Lotteriefonds einen Beitrag von Fr. 500'000.00 leistete.

Im Verwaltungsvermögen (1140.30 / Kultur, Freizeit) ist die Liegenschaft auf einen Wert von Fr. 1.00 abgeschrieben.

3. Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken

Gemäss der «Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken» werden nur Liegenschaften und Grundstücke im Eigentum der Stadt Olten behalten, wenn diese zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder zur Förderung der im übergeordneten öffentlichen Interesse stehenden aktiven Stadtentwicklung dienen. Liegenschaften und Grundstücke, welche die erwähnten öffentlichen Interessen nicht erfüllen, werden grundsätzlich veräussert. Dabei soll ein marktkonformer bzw. ortsüblicher Verkaufspreis erzielt werden.

4. Stellungnahmen der Kommission für Stadtentwicklung und Baukommission

Gemäss der vorgeannten Richtlinie sind die Kommission für Stadtentwicklung und die Baukommission frühzeitig in den Prozess einzubeziehen. Diese haben sich denn auch im Rahmen ihrer Sitzungen vom 10. Mai 2010 (Baukommission) bzw. 25. Mai 2010 (Kommission für Stadtentwicklung) mit dem Geschäft beschäftigt. Beide Gremien haben sich für einen Verkauf der Liegenschaft ausgesprochen.

5. Öffentliche Ausschreibung

Im Weiteren gilt die Regel, dass grundsätzlich alle Verkäufe von Liegenschaften und Grundstücken öffentlich ausgeschrieben werden sollen. Aus der dementsprechend im Juni 2010 durchgeführten Ausschreibung resultierten bis zum Ablauf der Eingabefrist zwei Angebote, wobei das Höchste bei Fr. 1'115'000.00 lag.

Wie in der Verkaufsdokumentation erwähnt, wurde danach eine zweite Angebotsrunde durchgeführt. Bis zum neuen Eingabetermin ist noch ein Angebot – jenes der Firma WIB Solutions AG über Fr. 1'320'000.00 – eingegangen. Die zweite Interessentin, welche im Rahmen der ersten Runde ein Kaufangebot in der Höhe von Fr. 1'000'000.00 unterbreitete, liess den Termin der zweiten Angebotsrunde ungenützt verstreichen.

6. Kompetenz

Gemäss dem Gemeindebeschluss betr. Erwerb und Veräusserung von Grundstücken zur Förderung der Stadtentwicklung vom 4. Dezember 1988 ist das Gemeindeparlament (Preissumme höher als 1.0 Mio. Franken) zuständig.

Laut Ausschreibungsdossier erhält grundsätzlich der/diejenige Anbieter/in mit dem höchsten Preisangebot den Zuschlag, wobei ausdrücklich vorbehalten wurde, dass der Stadtrat bzw. das Gemeindeparlament auf einen Verkauf verzichten können, falls aus ihrer Sicht keine befriedigenden Angebote eingegangen sind.

7. Kaufinteressent

Die Darlegungen und Intensionen der Firma WIB Solutions AG können im Wesentlichen wie folgt zusammengefasst werden:

Die WIB Solutions AG sucht ein neues Domizil und ist sehr interessiert daran, das Disteli-Haus zu erwerben – das altherwürdige Haus gefällt den Firmenverantwortlichen; ist aber nicht die einzige Option. Der Standortentscheid soll noch in diesem Jahr gefällt werden – der Domizilwechsel ist dann im Jahr 2011 geplant.

Die WIB Solutions AG ist eine IT-Dienstleistungsunternehmung mit aktuell 29 Mitarbeitern. Im Jahre 1996 als GmbH gegründet und ab dem Jahr 2000 als AG weitergeführt, ist der Betrieb kontinuierlich und gesund gewachsen. Die Krise hat die WIB Solutions AG eher gestärkt und das Unternehmen ist davon überzeugt, in den nächsten 3 bis 5 Jahren jährlich weitere 10 bis 15 % neue Arbeitsplätze schaffen zu können. In Zukunft, d. h. sobald die WIB Solutions AG entsprechenden Platz für ihre Vorhaben findet, möchte man auch die Lehrlingsausbildung aktiv angehen. Die WIB Solutions AG unterhält keine Geschäftsräume oder Briefkastenunternehmungen in sogenannten Steuerparadiesen oder steuergünstigen Kantonen – die Unternehmung arbeitet lokal, denkt dennoch global und zahlt ihre Steuern im Kanton Solothurn. Zur Unternehmungsgruppe zählt auch die Firma Digema GmbH – eine Personalvermittlungsunternehmung, welche seit Jahren IT-Spezialisten vermittelt. Diese Gesellschaft würde mit der WIB Solutions AG umziehen, da diese sich in den gleichen Händen befindet.

8. Aktuelles und neutrales Verkehrswertgutachten

Die IBT Immobilien- und Bau-Treuhand AG, Olten, hat im Rahmen der Bewertung vom 22. Juli 2009 einen Verkehrswert von 1.50 Mio. Franken ermittelt.

Die Kaufinteressentin, WIB Solutions AG, hat zusätzlich bei der ITZ Immobilien Treuhand AG, Zofingen, eine neutrale Verkehrswertschätzung in Auftrag gegeben. Mit Datum vom 14. Juli 2010 resultierte ein Verkehrswert von 1.43 Mio. Franken.

9. Baulicher Zustand

Die Heizkosten von rund Fr. 10'000.00 pro Jahr weisen darauf hin, dass energetische Sanierungsmassnahmen vordringlich sind. Insbesondere durch die alten Fenster verpufft überproportional viel Energie. Die Firma WIB Solutions AG hat diesbezüglich bereits diverse Abklärungen getroffen bzw. Offerten eingeholt. Sie rechnen demnach mit Projektkosten von rund Fr. 130'000.00 für die Fenstererneuerung.

Die rege Nutzung durch Seminare und Tagungen hat ihre Spuren hinterlassen. Die ordentliche Lebensdauer (8 Jahre) für die Malerarbeiten ist längst überschritten. Die Decken und Innenwände bedürfen eines Neuanstriches. Das Hochbauamt hat diese Kosten berechnet – der entsprechende Investitionsbedarf kann demnach auf cirka Fr. 35'000.00 beziffert werden.

10. Kaufangebot / Einflussbestimmende Faktoren

Das Disteli-Haus wird von den Verantwortlichen der WIB Solutions AG einerseits als schönes, andererseits aber auch sehr altes Haus bezeichnet. Aufgrund dessen ergeben sich für die WIB Solutions AG einige Punkte, die sich nicht als günstig erweisen und dementsprechend beim eingereichten Kaufangebot angemessen berücksichtigt werden mussten. Insbesondere die folgenden Faktoren waren einfluss- und preisbestimmend:

- Aufgestauter Sanierungsbedarf (s. Punkt 9 / Baulicher Zustand)
- Altertümerschutz: Das Disteli-Haus wurde im Jahre 1937 (mit der Altstadt und der Holzbrücke unter Denkmalschutz) gestellt. Die sehr alte Bausubstanz und die Auflagen der Denkmalpflege verursachen im Quervergleich mit anderen Objekten überdurchschnittliche Kosten für Betrieb und Unterhalt. Die typischen Stilmerkmale wie Stuckdecken, Wandtäferungen, Parkettböden usw. wurden im Rahmen der Gesamtrenovation 1996 / 1997 aufwändig erhalten und wo nötig ergänzt oder zum Teil erneuert. Die getätigten Sanierungsmassnahmen waren aus der damaligen Sicht und mit Blick auf die geplante Nutzung der Stadt Olten zweifellos richtig. Für den Kaufinteressenten mit veränderten Nutzungsabsichten sind die erwähnten Renovationen aber nicht unbedingt gleichermassen wertvoll / sinnvoll. Es kann deshalb nicht erwartet werden, dass die getätigten Investitionen nun vollumfänglich im aktuellen Kaufangebot Niederschlag finden.

- Das Raumangebot ist über mehrere Geschosse bzw. Zwischengeschosse verteilt – die Flächeneinteilung ist gegeben bzw. die Flexibilität für Anpassungen oder Erweiterungen ist beschränkt.
- Im heutigen Zustand ist das Objekt (noch) nicht auf eine reine Büro- / Geschäftsnutzung ausgelegt – es sind vorgängig aufwändige elektrische bzw. IT-Installationen notwendig.
- Mehrgeschossiges Haus ohne Personenlift.
- Die Maisonette-Wohnung wird durch eine mitten durch das Haus gehende Treppenanlage erschlossen. Die Büronutzung kann damit nicht in sich geschlossen werden – hinsichtlich Sicherheit, Diskretion und Privatsphäre ein gewichtiger Nachteil.
- Der zur Liegenschaft gehörende Umschwung ist alles andere als grosszügig. Der Kiesvorplatz gehört nicht zum Grundstück.
- Die Parkplatzsituation ist problematisch, da es weder für die Geschäftsleitung und die Mitarbeiter/-innen noch für die Kundschaft ein ausreichendes Angebot an Parkplätzen auf und um das Grundstück gibt. Dies wiederum erzeugt dauerhaft hohe (Neben-) Kosten zur Parkplatzbeschaffung.
- Die Aussenwirkung des Gebäudes respektive der Quartiercharakter wird mit der Realisierung des geplanten Bauvorhabens der Alpiq AG völlig verändert.
- Beträchtliche Immissionen sowohl auf der West- (stark befahrene Aarburgerstrasse) als auch auf der Ostseite (Bahnlinie) der Liegenschaft.

11. Erwägungen

Die Gründe, weshalb die Ausschreibungen (Miete / Kauf) für das Disteli-Haus auf nur wenig Resonanz gestossen ist, sind im Wesentlichen in der vorgenannten Auflistung zu suchen. Darüber hinaus kann allgemein ein recht grosses Angebot an leer stehenden Gewerbe- und Büroflächen beobachtet werden. Wie grundsätzlich auf jedem Markt beeinflusst nicht zuletzt Angebot und Nachfrage den Wert einer Immobilie. Die Nachfrage bestimmt den Preis – steigende Nachfrage führt zu anziehenden Preisen, umgekehrt führt eine schwache Nachfrage zu sinkenden Preisen.

Nach Abwägung aller vorgenannten Aspekte ist das eingereichte Kaufangebot der WIB Solutions AG als nachvollziehbar bzw. marktkonform zu beurteilen.

Die aus dem Verkauf resultierende Ansiedelung einer Unternehmung mit knapp 30 Mitarbeitern liegt im übergeordneten Interesse der Stadtentwicklung und stellt für die künftige Nutzung des Disteli-Hauses zweifellos eine Ideallösung dar.

Beschlussesantrag:

1. Der Verkauf der Liegenschaft «Disteli-Haus», Aarburgerstrasse 7, GB Olten Nr. 5581, mit einem Verkaufspreis von Fr. 1'320'000.00 an die Firma WIB Solutions AG, Gunzgen, wird genehmigt.
2. Die anfallenden Vertrags- / Amtschreibereikosten sowie die Handänderungssteuer sind vollumfänglich von der Käuferschaft zu tragen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Urs Knapp: Das Disteli-Haus hat in der GPK nicht viel Diskussionsstoff gegeben. Es haben aber trotzdem gewisse emotionale Faktoren mitgespielt. Grundsätzlich hat der Kopf bei allen GPK-Mitgliedern für den Verkauf votiert. Deshalb ist sie am Schluss auch einstimmig eingetreten und hat den Beschlussesanträgen zugestimmt. Bei gewissen Mitgliedern hat mehr oder weniger das Herz gesagt, es wäre auch schön, wenn das Haus noch im Stadtbesitz wäre. Unabhängig des emotionalen Bedauerns, dass die Stadt für dieses Haus spätestens seit dem Umzug des Info-Points und der Wirtschaftsförderung in das ehemalige EKO-Haus keinen Bedarf mehr hat und unabhängig von den Abklärungen, die es noch gibt, ob noch irgend eine Rückzahlung erfolgen muss, ist die GPK für den Verkauf dieses Hauses. Eventuell weiss der Stadtrat inzwischen mehr, ob hier ein Urteil der „gelehrten Weisen aus Solothurn“ vorliegt oder nicht. Aber die GPK hat klar gesagt, sie sei auch für einen Verkauf, selbst wenn die Stadt einen Teil der Subvention aus den Neunziger Jahren zurück zahlen müsste.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Über die Ausgangslage und Geschichte ist im Bericht und Antrag einiges beschrieben. Ich denke, dass wir das Objekt schliesslich nicht mehr nutzen konnten, auch mit dem Entscheid, dass wir die Frohburgstrasse bezogen haben, wir uns insbesondere auch bemüht haben, einen Mieter und eine Käuferschaft zu suchen. Das Resultat liegt vor. Wir befinden uns in einem relativ tiefen Preissegment, wenn man vergleicht, was in dieses Gebäude investiert wurde. Auf der anderen Seite – das sieht man auch unter Punkt 10, wo das Kaufangebot mit den einflussbestimmenden Faktoren dargelegt wird – ist das Verkaufsobjekt mit gewissen Mängeln behaftet, so dass sich dieser Preis nach Auffassung des Stadtrates und auch der vorberatenden Kommissionen (Baukommission und Kommission für Stadtentwicklung) rechtfertigt und der Verkauf entsprechend genehmigt respektive beantragt wird. Wir sind auch froh, dass wir einen Kaufinteressenten gefunden haben, eine Firma, die sich in Olten mit immerhin 29 Arbeitsplätzen niederlassen möchte. Wir freuen uns sehr, wenn wir diesen Kauf schliesslich tätigen und diese Firma in Olten willkommen heissen können. Zur Frage oder Abklärung aus der GPK, die sicher alle Fraktionen interessiert: Wir haben aus Solothurn noch kein Resultat, weder negativ noch positiv. Dieses kommende Resultat werden wir auch einer Beurteilung unterwerfen, ob wir dies akzeptieren wollen oder nicht. Wenn noch Fragen betreffend Abklärungen sind, bin ich auch sehr dankbar gewesen, dass der Stadtpräsident dort seinen direkten Draht in die kantonale Verwaltung spielen lassen konnte. Er könnte mich noch ergänzen oder diesbezügliche Fragen beantworten. Im Namen des Stadtrates beantrage ich Ihnen, dem Beschlussesantrag in dieser Form zuzustimmen.

Georg Dinkel: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates grossmehrheitlich zustimmen. In der Fraktion hat der günstige Verkaufspreis schon zu reden gegeben. Hoffen wir doch, dass die Fr. 500'000.— des Lotteriefonds nicht zurück bezahlt werden müssen, und fordern den Stadtrat auf, sich im Falle einer Rückzahlung vehement zu wehren. Es sind auch verschiedene Ideen wie eine Jugendherberge oder ein günstiges Studentenhotel zur Diskussion gestanden. Positiv ist doch, dass wieder 29 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In der Hoffnung, dass der eine oder andere in Olten Wohnsitz nimmt, stimmen wir der Vorlage grossmehrheitlich zu.

Huguette Meyer Derungs, SP-Fraktion: Beim Lesen des Beschlussesantrages habe ich mich zuerst gefragt, ob die Argumente wirklich vom Verkäufer und nicht etwa vom Käufer eingebracht worden sind. Es tönt fast etwas so, als ob die Stadt Olten froh wäre, das geschenkte Haus endlich los zu werden und wenigstens 1,3 Millionen Franken dafür zu erhalten, obwohl die kürzlich getätigten Investitionen weit über dem Verkaufspreis liegen. Für viele Bewohner Oltens, um noch etwas emotional zu werden, ist die Liegenschaft nicht einfach ein schönes, aber sehr altes Haus, wie es von den Käufern fast etwas despektierlich

genannt wird, sondern es geht hier immerhin um das Haus von Martin Disteli, einem begabten Oltner Karikaturisten und einem unbequemen Verfechter der beginnenden Demokratisierung in seiner Zeit. Dass die Liegenschaft aufgrund fehlender Parkplätze und Auflagen des Denkmalschutzes für Private nur beschränkt interessant ist, liegt eigentlich auf der Hand. Es stellt sich aber jetzt die Frage, weshalb die Verantwortlichen der Stadt trotzdem einen Verkauf anstreben. Im Beschlussesantrag fehlen unserer Meinung nach wichtige und klärende Angaben. Sind alternative Nutzungen wirklich gründlich geprüft wurden? Hier können wir im Antrag nichts heraus lesen. Weshalb sind die Mietverträge nicht zustande gekommen? Das können wir nicht heraus lesen. Wie sieht es mit den Ideen der Liegenschaftsgruppe im Projekt Olten Ost? Sind diese Ideen in Betracht gezogen worden? Für uns sind hier immer noch viele Fragen offen. Deshalb wird die SP-Fraktion dagegen stimmen.

Thomas Frey: In der FdP-Fraktion hat das Geschäft nicht sehr viel zu reden gegeben. Wir sehen die Notwendigkeit des Verkaufs dieser Liegenschaft. Positiv ist, dass eine innovative Firma mit 29 Arbeitsplätzen die Liegenschaft neu nutzen wird und auch für die angetönten fehlenden Parkplätze ist offenbar eine Lösung gefunden worden. Das Beispiel zeigt, dass die Stadt genau schauen muss, was sie sich schenken lässt, weil ein Geschenk manchmal wirklich ein Geschenk ist. Das haben wir jetzt hier mit einem Verlust von rund Fr. 800'000.—, das Geschenk plus die Investitionen, abzüglich der Kaufpreis ergibt rund Fr. 800'000.—, die hier rückwärts gemacht wurden. Gut, man kann sagen, man hat es 15 Jahre lang nutzen können. Aber man muss einfach genau prüfen, was man sich schenken lässt.

Myriam Frey Schär: Wir Grünen sind mit dem Geschenk Disteli-Haus nie so richtig glücklich gewesen, und zwar nicht, weil es ein schlechtes Haus wäre oder es uns nicht als ein gutes Haus erscheint. Aus unserer Sicht ist es einfach eines gewesen, das sich als öffentliches Gebäude nicht sehr gut eignet. Die Liegenschaft ist für ein öffentliches Gebäude unzureichend erschlossen. Es ist allerdings für ein Geschäft ausgezeichnet ÖV-erschlossen, wo Leute mit dem Zug kommen. Die Oltner sind schon da. Sie müssen nicht mit dem Zug zum Disteli-Haus fahren. Unterdessen ist ein adäquater und zum Teil viel besserer Ersatz für die bisherigen Nutzungen gefunden worden. Entsprechend sind wir mit einem Verkauf an eine private Eigentümerschaft einverstanden. Auch freuen wir uns über die neuen Arbeitsplätze, die dadurch in Olten entstehen, und sind auch nicht unbedingt sehr euphorisch, dass der zitierte Verkaufspreis unter dem geschätzten Verkehrswert liegt. Wir gehen aber davon aus, dass die Stadt ihr ganzes Verhandlungsgeschick in die Waagschale gelegt hat. Insofern werden wir Bericht und Antrag folgen.

André Köstli: Die Unterlagen habt Ihr ja alle gelesen. Daraus ergibt sich, dass die Stadt Olten das Disteli-Haus damals geschenkt erhalten hat. Die Stadt Olten hat 2,1 Millionen Franken investiert. Der Lotteriefonds hat auch noch eine halbe Million beigesteuert. Die Liegenschaft gehört derzeit zum Verwaltungsvermögen, dient aber nicht mehr der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Es ist deshalb nur konsequent, wenn sie verkauft wird. Zwar ist es ein Schönheitsfehler, dass die Liegenschaft nach den Investitionen von mehr als 2,1 Millionen Franken zu einem vergleichsweise tiefen Preis von 1,32 Millionen Franken verkauft werden soll. Doch der Markt gibt offensichtlich einfach nicht mehr her, und es gibt ausserdem aus unserer Sicht nicht den geringsten Anlass, darüber zu lamentieren. Ein Verkauf ist die wesentlich bessere Option als das Gebäude weiterhin zu behalten, es mehr schlecht als recht zu nutzen und für den Unterhalt weitere Steuergelder zu verpuffen. Die Stadt Olten kann sich wirklich vielmehr glücklich schätzen, dass es gelungen ist, einen privaten Bieter zu finden, der die Liegenschaft übernimmt und einer lukrativen Nutzung zuführen möchte. Dadurch werden in Olten voraussichtlich sogar auch noch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Sie werden vielleicht sogar noch hier wohnen. Gleichzeitig wird das Steuersubstrat in Olten deshalb tendenziell erhöht, wogegen eigentlich auch hundertprozentige Sozialisten keine Einwände haben sollten. Eine Ablehnung dieses Geschäfts würde vor allem auf ein fundamental gestörtes Verhältnis zur Privatwirtschaft und

zu unserer ganzen Gesellschaftsordnung überhaupt schliessen lassen. Das Disteli-Haus bleibt das Disteli-Haus, egal, wer dort einzieht. Deshalb empfiehlt Ihnen die SVP einstimmig, den Beschlussesanträgen 1 – 3, dem Geschäft, zuzustimmen.

Stephan Hodonou: Ich staune heute wirklich über ein paar Sachen, vor allem auch über die FdP, dass man bei einem früheren Geschäft relativ viel Geld durchgewunken hat, ohne viele Fragen zu stellen, und jetzt das Haus ohne Not verkaufen will. Wenn das Haus rein persönlich und privat mir gehören würde und ich es zu diesem Preis verkaufen müsste, würde ich es nicht verkaufen, vor allem wenn es keine Belastung für meine Rechnung ist. Es ist für die Stadt keine Belastung. Das Haus ist abgeschrieben. Sogar wenn man die Rechnung 2009 anschaut, hat es sogar noch einen Gewinn abgeworfen. Es hat seine Kosten gedeckt. Dass man jetzt jedes erdenkliche Argument zusammen sucht, kommt mir fast verzweifelt vor, um es noch zu verkaufen und Fr. 300'000.—, vielleicht sogar Fr. 800'000.— ans Bein streicht. Das macht doch einfach keinen Sinn, vor allem, wenn das Haus so gut ausgelastet war, als die Seminarräume gebraucht wurden. Der Kundenstamm wäre eigentlich noch vorhanden. Es ist irgendwie völlig widersinnig. Ein Beispiel für ein Argument für den Verkauf: Der aufgestaute Sanierungsbedarf – ich zitiere – erschreckende Fr. 165'000.— für die Stadt Olten. Wir haben heute den Finanzplan quasi um mehr als 1 Million aufgestockt. So und Fr. 165'000.--... Das ist für mich Verschleuderung von Steuergeldern, wenn man etwas, das eigentlich selbsttragend ist, zu einem Discountpreis verscherbeln will. Wenn man mit dem heutigen Hypozins rechnet, könnte ich es sogar noch selber kaufen. Für die Leute, mit denen ich gesprochen habe, ist es etwas unverständlich, dass man zu diesem Preis verkauft. Vielleicht müsste überlegt werden, hier auch eine Namensabstimmung durchzuführen, damit man genau weiss, wer dieses Haus verkaufen will.

Daniel Probst: Stephan Hodonou, Du hast uns schon eingeschworen. Ich weiss nicht, wie stark Du Dich mit diesem Geschäft beschäftigt hast. Es rendiert nicht mehr. Gewisse Institutionen, die einmal dort waren, sind ausgezogen. Die Fensterläden sind geschlossen. Es läuft nichts mehr. Bei einem Weiterbetrieb hätte man investieren müssen. Einen Investor für ein Haus zu finden, das unter Heimatschutz steht, ist auch nicht so einfach. Es gibt einfach mehrere Sachen, die hier mitspielen. Wir haben dies sehr genau geprüft und müssen sagen, dass am besten ist, wenn wir verkaufen. Wenn es Käufer wie Du gegeben hätte, die 1,5, 2, 3, 4,5, 6 Millionen bezahlt hätten, weil es so ein Superstandort ist, hat man dies vielleicht verpasst und nicht gefunden. Wir sind der Überzeugung, dass der Stadtrat dort alles versucht und das Möglichste heraus geholt hat. Jetzt können wir doch froh sein, dass wir ein Unternehmen und Arbeitsplätze haben, die nach Olten kommen und das Disteli-Haus beziehen. Freuen wir uns doch! Möchtest Du, möchtest Ihr dies verhindern? Geben wir doch eine Chance. Das ist doch lässig. Ich finde auch gut, dass der Stadtrat wahrscheinlich gelernt hat, sich Sachen schenken zu lassen. Stichwort: Legat Kull, wo Ihr es eben nicht gemacht habt. Bravo!

Stephan Hodonou: Ganz leer ist es nicht. Es hat noch Mieter, die im Moment Fr. 23'400.— pro Jahr bezahlen. Ich habe sie gefragt. Das Ganze kostet rund Fr. 6'000.—. Bis zum Jahr 2009 ist das Haus ausgelastet gewesen und hat einen Gewinn abgeworfen. Weshalb ist es jetzt nicht mehr ausgelastet? Weil die Wirtschaftsförderung die Bewirtschaftung eingestellt hat. Aber der Kundenstamm ist ja noch vorhanden.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Das ist das Stichwort gewesen. Du hast es ja sehr ausführlich und mit Emotion gesagt. Fast wie ein Pfarrer hast Du Dich an den Fr. 165'000.— geweidet. Das ist nur die Investition, um dort wieder irgendetwas Normales zu veranstalten. Nur eine Investition, damit es nicht quietscht und knarrt, Dir die Decke nicht auf den Kopf fällt und das Geländer bei der Treppe hält. Einfach, damit wir uns verstehen. Wenn wir es weiter vermieten möchten, gibt es vielleicht noch ein paar andere Investitionen. Ich bin von dieser Geschichte in dreifacher Hinsicht betroffen. Erstens als Präsident der Wirtschaftsförderung

und derjenige, der das Haus über die Wirtschaftsförderung hat bewirtschaften lassen, wo wir gute und weniger gute Jahre hatten, die Zinsen getragen haben, wo gewisse Investitionen gemacht werden konnten. Die Benutzung des Hauses gibt Abnutzungen, so dass immer wieder etwas investiert werden muss. Dieses Parlament, Du – ich weiss nicht, ob Du dafür oder dagegen gewesen bist – hat in einer ungefähr vierstündigen Session dem Bezug von Olten Info, Frohburgstrasse 1, zugestimmt. Wirtschaftsförderung, Region Olten Tourismus und Verwaltung Stadttheater in einem Gebäude, Parterre, beste Lage, mit eigenem Bahnhof. In diesem Parlament ist gefragt worden, was mit dem Disteli-Haus geschieht. Als Stadtrat haben wir erklärt, dass wir versuchen, das Disteli-Haus alternativ anders zu nutzen. Wir haben alles probiert, das Haus anders zu nutzen; für unsere Zwecke war dies aber nicht möglich. Der Verkauf des Disteli-Hauses wurde öffentlich ausgeschrieben. Es haben sich nicht sehr viele Leute gemeldet. Mit anderen Worten: Dieses Parlament hat unter anderem gesagt: Veräussert das Disteli-Haus, wenn es nicht anders geht. Ganz klar. Das kann nachgelesen werden. Der Stadtrat hat dies getan und Verhandlungen aufgenommen. Jetzt bin ich der Präsident der Wirtschaftsförderung. Ich bin höchst glücklich, dass wir die WIB Solutions AG nach Olten gebracht haben, ein Unternehmen, das in der Hightech-Branche tätig ist und die beste Lage ausgesucht hat, die aber mit der Unbill-Geschichte von keinen Parkplätzen leben kann, sich anders orientiert, die bereit ist, das unter Denkmalschutz stehende Haus zu erhalten. Es sieht nämlich auf dem farbigen Foto sehr gut aus. Wenn man etwas tiefer geht, vielleicht weniger. Man muss schon sehen, dass dies auch eine von der Baudirektion geführte Verhandlung ist. Zum Geschenk: Wir haben es seinerzeit von der berühmten Firma, die ihren Hauptsitz nebenan hat, erhalten. Das Gebäude war komplett am Boden, die Fensterscheiben draussen, und man hat allerhand Leute dort hin- und her gehen sehen. Man hat es geschenkt erhalten. Es war damit verbunden, dass man die Tagungs- und Konferenzentrumsfunktion der Stadt Olten pushen möchte, nämlich Räume dafür anzubieten. Damals – ich habe noch auf der anderen Seite gesessen -- haben wir beschlossen, dass wir einen Investitionskredit auslösen, um die Liegenschaft zu sanieren, aber mit der Auflage Denkmalschutz. Einfach, damit wir uns richtig verstehen. Verbindet dies nicht immer mit Martin Disteli. Ich kenne die Geschichte etwas und habe es auch nachgelesen. Sein Vater hatte das Haus. Er ist dann leider Konkurs gegangen. Martin Disteli ist dort geboren und hat ein paar Tage dort gelebt. Ende der Fahnenstange. Das ist einfach so. Wir haben vom Kanton wegen des Denkmalschutzes und der Tagungs- und Konferenzsituation, wo man für Olten ein Zeichen setzen sollte, Geld erhalten. Damit kann ich gleich an die im Raum stehende Frage anhängen. Es ist schon unglaublich und unsäglich, dass Ex-Parlamentarier von Olten, die für die Stadt, die Bevölkerung, die Kinder und für alle ja alles machen wollen, der Stadt Olten ein Ei legen wollen, indem sie einen Kredit zurück haben und die „Hütte“ gleichwohl abreißen wollen. Das geht überhaupt nicht, da es unter Denkmalschutz steht. Jetzt ist der Kanton gefordert. Leider haben wir den Bericht noch nicht. Ich kann hier Folgendes klar deklarieren: Wenn der Bericht so ist, wie er nicht erwartet wird, dass wir etwas bezahlen müssen, wollen wir es gleichwohl verkaufen, damit die Leute, die heute vom Parlament einen Entscheid erwarten, weiter fahren und planen, bei uns einziehen und ihre Firma eröffnen und sich bei uns wohl fühlen können. Dann gehen wir aber weiter. Das kann ich Euch auch garantieren. Das lassen wir uns nicht unbedingt bieten, wenn gewisse Entscheidungen aus Solothurn so auf uns zukommen. Man muss es dann schon sehr gut begründen. Dies einfach noch etwas Salbe nach allem. Wir haben alles versucht, Auf dem Haus stand die Inschrift „Soli Deo Gloria“. Entscheiden wir doch glorreich, das Haus zu verkaufen und einem neuen Eigentümer zu übergeben.

Daniel Dähler: Stephan Hodonou, ich glaube, dass es sinnvoller ist, das Haus jetzt mit dieser wirtschaftlichen Kraft zu verkaufen, als wenn wir es Dir für 2 oder 3 Millionen Franken verkaufen. Das ist nachhaltige Finanzpolitik.

Beschluss

Mit 43 : 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen wird Eintreten beschlossen.

Stephan Hodonou: Die Möglichkeiten und Ideen der Liegenschaftsgruppe sind in diesem Sinne noch nicht abgeklärt worden, und wir verbauen uns dort auch eine Chance, dies noch zu tun, weil es dann ohne Not weg ist.

Beschluss

Mit 38 : 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Verkauf der Liegenschaft «Disteli-Haus», Aarburgerstrasse 7, GB Olten Nr. 5581, mit einem Verkaufspreis von Fr. 1'320'000.00 an die Firma WIB Solutions AG, Gunzgen, wird genehmigt.
2. Die anfallenden Vertrags- / Amtschreibereikosten sowie die Handänderungssteuer sind vollumfänglich von der Käuferschaft zu tragen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Heinz Eng: Ich danke Euch für die intensive Sitzung und wünsche allen eine gute Heimkehr.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.